

Kurzschriftlicher Bericht

39. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

XXVI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 10. Mai 2007

Inhalt:

Fragestunde:

L-8154/1-XXVI: Anfrage des Abg. Mag. Steinkellner an Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl (Seite 4)

L-8155/1-XXVI: Anfrage der Abg. Moser an Landesrat Ackerl (Seite 9)

L-8156/1-XXVI: Anfrage der Abg. Jachs an Landesrat Ackerl (Seite 11)

Verlesung und Zuweisung des Einganges (Seite 15)

Dringlichkeitsanträge:

Beilage 1164/2007: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die im Rahmen der geplanten Großinvestitionen bei der Kaisertherme Bad Ischl NfG. & Co. KG und Tassilo Kurbetriebe Bad Hall GmbH NfG. & Co. KG (Oö. Thermenoffensive) zu übernehmenden Mehrjahresverpflichtungen und Haftungen sowie die vorzunehmenden Liegenschaftsübertragungen.

Redner/in: Abg. Mag. Steinkellner (Seite 16)
Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 17)
Abg. Schwarz (Seite 18)
Abg. Steinkogler (Seite 19)
Abg. Dr. Frais (Seite 20)

Beilage 1171/2007: Initiativantrag betreffend den Abschluss eines Finanzierungsabkommens für die zu errichtende Verbindung der Mühlkreisbahn mit dem Hauptbahnhof Linz (City-S-Bahn).

Redner: Abg. Kapeller (Seite 22)
Abg. Hirz (Seite 23)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 24)
Abg. Mag. Stelzer (Seite 26)

Beilage 1172/2007: Initiativantrag betreffend eine Novelle des Ökostromgesetzes.

Redner/in: Abg. Schwarz (Seite 27)
Abg. Mayr (Seite 29)
Abg. Makor-Winkelbauer (Seite 30)
Abg. Dr. Brunmair (Seite 32)

Verhandlungsgegenstände:

Beilage 1166/2007: Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend die mittelfristige Finanzvorschau der Oö. Gesundheits- und Spitals-AG für die Jahre 2007 – 2011.

Berichterstatter: Abg. Dr. Aichinger (Seite 33)

Redner/innen: Abg. Dr. Röper-Kelmayr (Seite 33)
Abg. Dr. Brunmair (Seite 34)
Abg. Schwarz (Seite 36)
Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 38)

Beilage 1167/2007: Bericht des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport betreffend das Landesgesetz, mit dem das Landesgesetz über die Oö. Lehrer-Kranken- und Unfallfürsorge geändert wird (Oö. LKUFG-Novelle 2007).

Berichtersteller: Abg. Mag. Stelzer (Seite 40)

Rednerin: Abg. Kraler (Seite 40)

Beilage 1168/2007: Bericht des Gemischten Ausschusses (Ausschuss für Verfassung und Verwaltung und Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten) betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Landesbeamtengesetz 1993, das Oö. Landes-Vertragsbedienstetengesetz, das Oö. Gehaltsgesetz 2001, das Oö. Landes-Gehaltsgesetz, das Oö. Pensionsgesetz 2006, das Oö. Landesbeamten-Pensionsgesetz, das Oö. Kranken- und Unfallfürsorgegesetz für Landesbedienstete, das Oö. Nebengebühreuzulagengesetz, das Oö. Landesbediensteten-Schutzgesetz 1998, das Oö. Mutterschutzgesetz und das Oö. Statutargemeinden-Beamtengesetz 2002 geändert werden (Oö. Landes- und Gemeinde-Dienstrechtsänderungsgesetz 2007).

Berichtersteller: Abg. Hingsamer (Seite 41)

Redner: Abg. Dr. Frais (Seite 41)
Abg. Hingsamer (Seite 41)
Abg. Schenner (Seite 42)
Abg. Trübswasser (Seite 44)
Abg. Stanek (Seite 46)
Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl (Seite 47)
Abg. Schenner (Seite 49)
Abg. Dr. Frais (Seite 50)
Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl (Seite 51)

Beilage 1169/2007: Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten betreffend das Landesgesetz über die Einforstungsrechte in Oberösterreich (Oö. Einforstungsrechtegesetz - Oö. ERG).

Berichterstellerin: Abg. Pühringer (Seite 52)

Redner/innen: Abg. Pühringer (Seite 52)
Abg. Peutlberger-Naderer (Seite 54)
Abg. Brandmayr (Seite 55)

Beilage 1164/2007: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die im Rahmen der geplanten Großinvestitionen bei der Kaisertherme Bad Ischl NfG. & Co. KG und Tassilo Kurbetriebe Bad Hall GmbH NfG. & Co. KG (Oö. Thermenoffensive) zu übernehmenden Mehrjahresverpflichtungen und Haftungen sowie die vorzunehmenden Liegenschaftsübertragungen.

Berichtersteller: Landesrat Dr. Stockinger (Seite 56)

Redner/in: Abg. Trübswasser (Seite 57)
Abg. Moser (Seite 57)
Abg. Mag. Strugl (Seite 58)

Beilage 1171/2007: Initiativantrag betreffend den Abschluss eines Finanzierungsabkommens für die zu errichtende Verbindung der Mühlkreisbahn mit dem Hauptbahnhof Linz (City-S-Bahn).

Berichtersteller: Abg. Kapeller (Seite 58)

Beilage 1172/2007: Initiativantrag betreffend eine Novelle des Ökostromgesetzes.

Berichterstatterin: Abg. Schwarz (Seite 59)

Redner: Landesrat Dr. Stockinger (Seite 59)
Landesrat Anschober (Seite 60)

Vorsitz: Erste Präsidentin Orthner
Zweite Präsidentin Weichsler
Dritte Präsidentin Eisenriegler

Schriftführer: Erster Schriftführer Abg. Bernhofer

Anwesend:

Von der Landesregierung:

Landeshauptmann Dr. Pühringer, die Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider und Hiesl, die Landesräte Ackerl, Anschober, Dr. Kepplinger, Sigl und Dr. Stockinger, entschuldigt Landesrätin Dr. Stöger

Die Mitglieder des Landtags, entschuldigt Abg. Ing. Aspöck

Landesamtsdirektor-Stellvertreter Dr. Mayer

Landtagsdirektor Dr. Hörtenhuber

Amtsschriftführer: HR Dr. Dörfel

(Beginn der Sitzung: 10.07 Uhr)

Erste Präsidentin: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung des Oberösterreichischen Landtags. Es ist dies die 39. in dieser Legislaturperiode. Ich begrüße Sie dazu sehr herzlich, die Mitglieder der Landesregierung, die Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag, die Bediensteten des Hauses, die Vertreter der Medien. Die Damen und Herren und die jungen Leuten auf unserer Galerie seien alle herzlich willkommen. Die Frau Landesrätin Stöger und der Herr Abgeordnete Aspöck sind heute von der Sitzung entschuldigt.

Die amtliche Niederschrift über die letzte Sitzung liegt vom 11. bis 25. Mai in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf. Und Sie haben auch das Protokoll über die 36. Sitzung im Landtag auf Ihren Plätzen aufliegen.

Wir beginnen diese Landtagssitzung mit einer Fragestunde. Die erste Frage ist die des Herren Klubobmann Mag. Steinkellner an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl. Ich bitte beide Herren.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, guten Morgen Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Guten Morgen Herr Klubobmann!

Abg. **Mag. Steinkellner:** Die B174 hat zwischen Braunau und Straßwalchen die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit erreicht. Eine Korridoruntersuchung wurde mit dem Ziel durchgeführt, eine neue Trasse zu finden, die sowohl leistungsfähig ist als auch die Anrainer vom Verkehr entlastet. Vor wenigen Tagen haben Sie als Ergebnis der Untersuchungen die Ostumfahrung von Mattighofen präsentiert. Inwieweit findet diese Trasse die Zustimmung der betroffenen Gemeinden?

Erste Präsidentin: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Herr Klubobmann! Eine B 174 haben wir nicht in Oberösterreich. Ich habe aber recherchiert. Es ist die B 147. Es ist nur ein kleiner Ziffernsturz. Daher möchte ich Ihnen dazu eine Information geben.

Zur aktuellen Anfrage darf ich dahingehend Stellung nehmen, dass wir eine Variantenuntersuchung gemacht haben, eine Korridoruntersuchung gemacht haben, die über viele Jahre gelaufen ist, die sehr gründlich war. Und da wurde festgelegt, dass erstens die Trassenentscheidung dem Ergebnis der Korridoruntersuchung entspricht. In die Trassen- und Korridoruntersuchung waren neben dem Umweltanwalt alle Fachabteilungen eingebunden, die in den späteren Verfahren mitzureden hatten.

Zweitens: Die gefundene Verkehrslösung entspricht in allen Punkten den an sie gestellten Anforderungen und es kann auf Grund der umfassenden Vorbereitung davon ausgegangen werden, dass ein auf dieser Trassenempfehlung basierendes Projekt in den erforderlichen Behördenverfahren positiv beurteilt wird und genehmigt werden kann. Und anmerken darf ich, dass ich zwischenzeitlich den Auftrag gegeben habe, auf dieser Basis die Detailplanung zu erstellen.

Zum Dritten: Die kürzlich getroffene Entscheidung für eine Ostumfahrung von Mattighofen wurde von der Stadt Mattighofen und deren Umlandgemeinden überwiegend positiv aufgenommen. Lediglich in der Gemeinde Schalchen gibt es Zustimmung und Ablehnung. Die Ursache für die in Schalchen geteilte Meinung ist darin zu suchen, dass das Gemeindegebiet von Schalchen die Stadt Mattighofen nahezu umschließt und damit sowohl eine Westvariante als auch die empfohlene Ostvariante auf dem Gemeindegebiet von Schalchen zu liegen kommt.

Viertens: Die Ost- bzw. Westvariante wird von jeweils eigenen Bürgerinitiativen bekämpft. Ich habe zwei Bürgerinitiativen, eine sitzt im Westen, eine sitzt im Osten. Eine applaudiert und die andere protestiert. Jetzt kann ich es mir aussuchen, ob wir die Entscheidung oder die andere treffen. Wir haben jeweils eine Bürgerinitiative gegen uns.

Fünftens: Mit der Entscheidung für eine Ostumfahrung von Mattighofen ist auch an die zuständige Abteilung der Auftrag zur Erstellung der Projektunterlagen ergangen. Diese Projektunterlagen sind auch den Gemeinden vollinhaltlich zugänglich.

Sechstens: Das vorrangige Ziel ist die Erstellung eines Einreichprojektes, mit dem die rechtlichen Voraussetzungen für diese Umfahrungsstraße in Form einer Verordnung nach dem Landesstraßengesetz geschaffen werden können. Die Gemeinden träumen davon, dass eine Waldvariante möglich wäre. Die ist erstens nicht wirksam und zum Zweiten absolut nicht genehmigungsfähig. Daher brauche ich eine Waldvariante nicht ins Auge fassen.

Siebtens: Wie alle anderen betroffenen Gemeinden wird auch die Gemeinde Schalchen in den Planungsprozess, der jetzt beginnt, wir haben ja mit der Planung noch nicht begonnen, natürlich eingebunden und nur so ist es auch möglich, dass das Umfahrungsprojekt und die in den Gemeinden existierenden Entwicklungspläne und Wünsche auch berücksichtigt werden können.

Und achtens und letztens: Über die Umfahrung von Mattighofen hinaus wird für den gesamten Straßenzug, weil Mattighofen ist ja nur ein Teil der B 147 zwischen Braunau und Lengau, ein Ausbaukonzept erstellt. Die dafür durchgeführte Korridoruntersuchung wird demnächst abgeschlossen. Wir haben uns einmal auf den Teil Mattighofen konzentriert, dass das Ganze auch noch überschaubar bleibt, und werden logischer Weise dann Richtung Friedburg uns weiter entwickeln. Aber Mattighofen ist von unserer Seite entschieden.

Erste Präsidentin: Bitte, Herr Klubobmann!

Abg. **Mag. Steinkellner:** Herr Landeshauptmann! Grundsätzlich bin ich der Überzeugung, dass jedes Regierungsmitglied ja sehr genau weiß, was die oberösterreichische Bevölkerung denkt, möchte und will. Und kein Regierungsmitglied wird sich gegen die Bevölkerung, auch im Straßenbau, stellen. Aber genauso, glaube ich, bist du überzeugt, dass Bürgermeister es noch genauer wissen, was die Gemeindebürger denn tatsächlich wollen. Und jetzt sagen die Bürgermeister von Braunau, Burgkirchen, Neukirchen, Mauerkirchen, Uttendorf, Mattighofen, Munderfing und Jeging, dass die von dir vorgelegte Variante keine gute Variante ist und schlagen eine andere Variante vor. Was hast du jetzt unternommen, dass diese Bürgermeistervariante zum Wohl der Bevölkerung auch umgesetzt wird?

Erste Präsidentin: Bitte!

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl**: Herr Klubobmann! Die Information dürfte nicht mehr die letzte sein. Ich glaube, bei der Umfahrung Mattighofen bin ich relativ auf dem Laufenden. Ich habe mich auch der Diskussion vor ungefähr 1.700 Bürgern in Mattighofen gestellt. Ich habe zwischenzeitig zur Kenntnis genommen, dass mit Ausnahme des Bürgermeisters von Schalchen, des Herrn Fuchs, alle anderen die getroffene Entscheidung akzeptieren. Also da müsstest du deinen Informationsstand überprüfen.

Sogar die Stadt Mattighofen, deren Bürgermeister Öller ja im Landtag sitzt, hat zwischenzeitlich eine Stellungnahme dahingehend abgegeben, dass sie diese Entscheidung nicht mit Freude aber zur Kenntnis nimmt. Es ist auch nicht unbedingt notwendig, dass man großes Freudenempfinden hat, wenn man eine Straßenentscheidung treffen muss, weil es immer ein Eingriff ist. Die anderen Bürgermeister, die du angesprochen hast, mit denen war ich zwischenzeitlich, mit allen, beisammen. Denen geht es um die Fortsetzung des Teils nach Mattighofen. Die haben damit kein Problem. Sogar die nicht meiner Partei angehörige Bürgermeisterin einer Nachbargemeinde hat mir im direkten Gespräch bestätigt, dass sie mit der Entscheidung natürlich leben kann, dass sie aber in der Folge auch eine entsprechende Entwicklung des nächsten Stückes haben will.

Und damit du weißt, dass es mehrere Meinungen gibt, darf ich dir auszugsweise auch ein paar Zeilen vorlesen von einem Brief, den mir der Hannes Höck, er ist Obmann der Bürgerinitiative MUM (Mensch, Umwelt, Mattig) aus Mattighofen, Sumpfgasse 3, am 6. März vor einigen Wochen geschrieben hat, wo er schreibt: Diese Untersuchung, er bezieht sich auf das, was gemacht wurde, diese Untersuchung wurde von unserer Initiative von Anfang an begrüßt, weil dadurch die oftmals sehr emotional und diffus geführte Diskussion mit sachlichen Inhalten bereichert werden konnte. Als eine von mehreren Bürgerinitiativen möchten wir noch einmal darauf hinweisen, dass sich auch derzeit allen Medienberichten zum Trotz sicher nicht alle Schalchener automatisch gegen die Ostumfahrung aussprechen werden können. Die Ortschaften Unterlochen, Oberlindach, Unterlindach und Baumgarten liegen weit ab von der Osttrasse und stehen logischer Weise für die Entscheidung.

Oder ein zweiter Brief, den mir eine sehr alte Dame geschrieben hat, das ist aus der zitterigen Schrift ersichtlich. Den Brief habe ich auch vor einigen Tagen bekommen. Die Franziska Weiss schreibt mir da: Der Schalchener Bürgermeister hat Frauen zum Sparmarkt nach Mattighofen geschickt. Alle, die aus dem Geschäft heraus kamen, wurden um Unterschriften angebettelt. Schalchen besteht aus Lug und Trug. Und dann setzt sie fort. Also die Meinungen gehen dort natürlich auch auseinander.

Nur eines, lieber Herr Klubobmann! Wir haben zwei mögliche Lösungen gehabt. Eine im Osten, eine im Westen. Beide befinden sich auf Schalchener Gebiet. Die Fachabteilungen, die damit befasst waren, sind einhellig zur Auffassung gekommen, dass die Ostvariante empfohlen wird. Ich habe in der Landesbaudirektion noch im vergangenen Jahr vor den Regionsvertretern das Ergebnis präsentiert. Vom Umweltschutz bis zum Naturschutz bis zum Forst bis zur Wasserwirtschaft bis zur Raumordnung haben alle vorbehaltlos gesagt: diese Trasse genehmigen wir, da gibt es keine Unsicherheiten mehr. , wir haben alles untersucht, dazu stehen wir. Ein Teil der Anwesenden war negativ berührt. Ein anderer Teil war erleichtert. Hätten wir anders entschieden, dann wäre der andere Teil negativ berührt gewesen, und die andere Seite erleichtert gewesen.

In Richtung Mattighofen muss man sagen, es ist für mich der letzte Anlauf. Wenn diese Trasse möglich wird, dann werden wir diese bauen. Eine Trasse, die für mich nicht genehmigungsfähig ist, weil mir der Umweltschutz von Haus aus sagt, dass er gegen diese Trasse

zum Verwaltungsgerichtshof gehen wird, wo mir der Naturschutz von Haus aus einen Einspruch macht, die gebe ich nicht in Auftrag, weil es schade ist um jeden Euro, den man dort für Planung ausgibt. Wir haben ungefähr eine Million Euro ausgegeben, um den ganzen Raum korridormäßig zu untersuchen. Ich kenne kein Gebiet, das so gut untersucht ist, wie das in Mattighofen. Das ist auch eine unendliche Geschichte geworden. Auf dieser Basis habe ich die Entscheidung gemacht, habe ich die Detailplanung in Auftrag gegeben. Wenn die ruiniert wird, wenn sie verhindert wird, dann muss Mattighofen zur Kenntnis nehmen, dass mein Latein am Ende ist und dass ich keine Lösung mehr weiß.

Erste Präsidentin: Bitte noch eine Zusatzfrage!

Abg. Mag. Steinkellner: Unabhängig deiner Lateinkenntnisse (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl: "Ich habe überhaupt keine Lateinkenntnisse!") oder ob vielleicht die Briefschreiberin unter Druck stand und deswegen gezittert hat, das möchte ich jetzt nicht hinterfragen, geht es um deine Aussagen, wenn du sagst, die so genannte Waldvariante wäre nicht genehmigungsfähig gewesen, weil zwei Parteien sagen, sie werden dagegen Einspruch erheben. Die Bürgerinnen und Bürger all dieser Gemeinden wollten aber diese Variante. Warum hast du kein Verfahren durchgeführt, um die von den Menschen gewollte Variante ernsthaft zu prüfen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Herr Klubobmann! Ich muss es noch einmal sagen: Straßenentscheidungen sind nicht so einfach möglich, dass man abstimmen lässt, sind mehr für das oder mehr für das. Es gibt in den Gesetzen K.o.-Kriterien, wo du niemals eine Genehmigung bekommen würdest, selbst wenn vier Parteien und hundert Prozent der Bürger dafür wären. Es gibt K.o.-Kriterien, wo einfach eine Straße nicht genehmigungsfähig ist. Das nehme ich zur Kenntnis. Nicht ich habe die Korridoruntersuchung geführt, sondern diejenigen, die in den späteren Verfahren Parteistellung haben, mitentscheiden können, haben diese Empfehlung ausgesprochen und zwar aus zwei Gründen, sie ist nicht wirksam, weil sie zu weit weg ist. Wir haben in Mattighofen die Situation, dass fast der ganze Verkehr Ziel und Quelle Mattighofen hat. Wenn ich jetzt die Straße weit weg lege, kann ich fast keine Wirksamkeit erreichen. Wir haben bei dieser, Ost oder West, jeweils eine Wirksamkeit in der Umlagerungsfähigkeit von rund 5.000 Fahrzeugen, und bei der Waldvariante sind wir weit darunter.

Dann gibt es K.o.-Kriterien, wo die Naturschützer, wo der Umweltschützer, wo die Wasserwirtschaft, wo der Forst sagen, niemals geben wir dort eine Genehmigung angesichts dessen, dass es eine Alternative gibt, die wirksamer ist und die weniger Eingriff in das Naturgeschehen ist. Das muss ich realistisch zur Kenntnis nehmen, denn ich könnte jede Planung in Auftrag geben, aber ich würde die Genehmigung nicht bekommen.

Erste Präsidentin: Danke. Herr Abgeordneter Ing. Öller, bitte.

Abg. Ing. Öller: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Als Betroffener muss ich mich da kurz zu Wort melden in dreifacher Hinsicht. Zweifach, indem ich meiner Frage noch etwas vorausschicken möchte. Die Bürgermeister sind natürlich nicht diejenigen, die ihre Privatmeinung da vertreten, sondern sie haben die Meinung der Bevölkerung zu vertreten. Sie sind das Sprachrohr der Bevölkerung, zum einen. Zum anderen habe ich mit Freude vernommen, dass es auch weiter geht im Hinblick auf die gesamte Nord-Süd-Verbindung. Ich habe erst vorgestern wieder eine E-Mail gekriegt, wo auf den unzumutbaren Straßenzustand in dieser Nord-Süd-Verbindung im Bezirk Braunau hingewiesen wurde. Natürlich gibt es immer Widerstände gegen jegliche Variante.

Meine Frage lautet: Wie gedenken Sie mit dem bestehenden Widerstand, der sich vor allem eben im Bereich Schalchen formiert, umzugehen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl**: Herr Abgeordneter, Sie haben die gesamte Vorgeschichte erlebt. Sie haben die Veranstaltungen der Landesbaudirektion erlebt. Und Sie haben auch die Informationsveranstaltung in Ihrer Gemeinde erlebt. Wir haben dort als ersten Schritt vorgegeben, dass wir den Gemeinden einmal bis Ende Februar die Möglichkeit geben, eine Stellungnahme abzugeben. Die Stellungnahmen sind dann im März zu uns gekommen. Nachdem nichts wesentlich Neues in den Stellungnahmen gekommen ist, haben wir auf Basis der Korridoruntersuchung, wo wir ausführlich die Begründung für die Entscheidung geliefert haben, die Detailplanung in Auftrag gegeben. Die läuft jetzt an. Da werden die zwei Gemeinden insbesondere also Mattighofen und Schalchen intensiv eingebunden sein. Mein Versuch wird sein, auf dieser Basis zu einer Baugenehmigung zu kommen. Das sind meine nächsten Schritte.

Dass mit der Umfahrung Mattighofen das Problem nicht gelöst ist, das habe ich auch immer gesagt. Aber ich mache einmal einen ersten Schritt. Wenn ich den klar habe, kann ich weitere Schritte machen, aber es ist der erste Schritt und nicht der letzte Schritt.

Abg. **Ing. Öller**: Danke.

Erste Präsidentin: Danke. Weitere Wortmeldungen? Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Brunmair.

Abg. **Dr. Brunmair**: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Es ist ja nicht nur die Trassenführung, die die Bürger in Schalchen eben auf die Palme bringt und die also doch teilweise mit Recht hier Einspruch erheben, es ist auch die kolportierte Bauweise, nämlich, dass also, wie ich aus vielen Gesprächen und eben auch von Bürgern gehört habe, dass eine dammähnliche Bauweise, brückenähnliche Bauweise geplant ist mit entsprechenden Lärmschutzmaßnahmen, die dann eine Gesamthöhe bis zu zehn Metern erreichen sollen und die also vielen Bürgern da vor die Wohnungen und vor die Häuser gestellt werden, dass also das ein riesiges Problem darstellt.

Meine Frage daher: Inwieweit wird die Art und Weise oder die Projektierung hier noch so beeinflusst von Ihrer Seite, dass die Bürger doch dann irgendwann einmal kompromissmäßig also mit dieser Umfahrungsvariante leben können?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl**: Herr Abgeordneter Brunmair, Sie haben nicht die richtigen Informanten gefragt. Sie haben die als Informanten genommen, die bewusst, ganz bewusst schlechte Informationen weitergeben, unrichtige Informationen weitergeben. Ich weiß, dass es eine Bildmontage gibt, ich würde sagen eine Bildmanipulation gibt, wo auf Stelzen eine Straße dargestellt wird, die natürlich furchtbar aussieht, das weiß ich. Die hat aber keine Grundlage, denn es gibt noch kein Projekt. Es gibt auch noch überhaupt keine Planung.

Was wir gemacht haben ist einzig und allein uns festzulegen, dass wir in diesem Bereich eine Planung machen und nicht in dem anderen oder in dem noch weiter entfernten Bereich. Das ist entschiedene Sache. Und in diesem Bereich beginnt jetzt die Detailplanung. Und bei dieser Detailplanung werden alle Antworten gegeben. Dass wir schonend vorgehen wollen, dass wir nicht für die Leute eine Lebenssituation schaffen wollen, dass sie nicht mehr leben

können, das ist selbstredend. Aber es hat niemand einen Plan, weil es noch keinen Plan gibt dafür.

Abg. **Dr. Brunmair:** Offensichtlich ist die Information im Innviertel oft ein schwieriges Problem.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** So ist es.

Erste Präsidentin: Jawohl. Weitere Wortmeldungen gibt es nicht mehr. Danke, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl. Die nächste Anfrage ist die der Frau Abgeordneten Moser an den Herrn Landesrat Ackerl.

Abg. **Moser:** Guten Morgen, Herr Landesrat!

Landesrat **Ackerl:** Guten Morgen, liebe Frau Abgeordnete! "Den Medien war kürzlich zu entnehmen, dass im Bezirk Urfahr-Umgebung die Warteliste für einen Platz in einem der Seniorenheime besonders lang ist. In Gramastetten soll die Situation besonders heikel sein, weil das neue Bezirksseniorenheim noch in Planung ist und das Fürsorgeheim der Gemeinde nicht saniert werden kann, weil das Land Oberösterreich den Baubeginn um ein Jahr verschoben hat.

Warum wurde die für Anfang dieses Jahres in Aussicht gestellte Sanierung des Heimes um ein Jahr zurückgestellt?"

Erste Präsidentin: Bitte, Herr Landesrat.

Landesrat **Ackerl:** Liebe Frau Abgeordnete! Es werden da zwei Heime zusammengespannt, die nicht zusammengehören. Beim ehemaligen Gemeindealtenheim, das nunmehr von ARCUS geführt wird, handelt es sich um eine psychiatrische Nachsorgeeinrichtung, die sich operativ eben in der Verantwortung von ARCUS, dem ehemaligen Sozialsprengel südwestliches Mühlviertel befindet, aber zur Gänze dem Aufgabenbereich der Sozialhilfe Land zugeordnet ist. Aus budgetären Gründen gibt es da eine Verschiebung, es ist aber damit keine wie immer geartete Problematik des Platzmangels generell verbunden für diese Örtlichkeit, sondern da geht es eher darum, dass die Wohnplätze für Menschen mit psychiatrischen Erkrankungen im extramuralen Bereich beträchtlich ausgeweitet werden müssen und selbstverständlich da auch das Mühlviertel eine Rolle spielt. Wir haben zur Zeit 29 Plätze und 35 Plätze werden für Menschen mit psychischer Beeinträchtigung im Bezirk Urfahr noch benötigt, also nur in diesem Bezirk. Diese Größenordnung hat aber nicht unmittelbar mit der Örtlichkeit Gramastetten zu tun.

Das andere ist, dass der Sozialhilfeverband in Urfahr-Umgebung hinsichtlich der Renovierung oder allfälligen Neuerrichtung des Hauses in Gramastetten einen sehr langwierigen Entscheidungsprozess auch auf Grund innerer politischer Uneinigkeit gehabt hat und erst nachdem eine Klärung herbeigeführt wurde und etliche Gutachten in Auftrag gegeben wurden, was denn die beste Variante sei, ist jetzt nach einem Architektenwettbewerb entschieden worden, dass dieses Haus zum Teil neu errichtet wird nach außen. Von der Architekturplanung her schaut es völlig neu aus, sodass da die weiteren Schritte gesetzt werden können. Insgesamt gibt es im Bezirk Urfahr-Umgebung zur Zeit eine Warteliste für 117 Personen.

Erste Präsidentin: Haben Sie noch eine Zusatzfrage? Bitte.

Abg. **Moser:** Ja, Zusatzfrage. Ich habe jetzt aus der Antwort so ein bisschen durchgehört, es hat eher innerpolitische Konflikte gegeben. Mich hat natürlich schon die Aussage von Ernst Lang, Chef des Pensionistenverbandes, der eben über die verzweifelte Angehörigen schreibt und der das einfordert, dass nicht einmal Pflegestufe 5 einen Platz bekommt, die hat mich natürlich schon sehr berührt. Es ist in diesem Zusammenhang auch nie die Frage aufgetaucht oder die Bemerkung, dass es eine Spezialeinrichtung für psychisch Kranke ist, sondern gesprochen ist immer nur geworden von einem zweiten Altenheim. Wird jetzt ein zweites gebaut zu der Einrichtung von ARCUS? Wie schaut das jetzt aus?

Landesrat **Ackerl:** Ich wiederhole. Es hat ein Alten- und Pflegeheim der Gemeinde Gramastetten gegeben mit zirka 30 Plätzen, das in keiner Weise der Heimverordnung entsprochen hat und vor der Schließung gestanden ist. Wir haben aber einen Kompromiss für den Standort dahingehend gefunden, dass wir dringend nach Wohnplätzen für psychisch beeinträchtigte Personen gesucht haben und eigentlich die Bewohnerschaft schon vor zehn und fünfzehn Jahren sehr stark an der Zahl, also überwiegend aus Menschen bestanden hat, die eine psychiatrische Diagnose hatten. Daher ist dieser Übergang von der Finanzierung durch den Sozialhilfeverband im Bereich der Sozialhilfezahlungen auf die Sozialhilfe Land mit einer Ausschließlichkeit für psychiatrische Nachsorge verbunden gewesen. Steht für den Altenbereich an sich nicht mehr zur Verfügung. Es ist auch nicht richtig, es als Alten- und Pflegeheim zu bezeichnen. Im Sprachgebrauch der Bevölkerung ist so manches ein bisschen anders als wir halt das im speziellen Bereich dann zu sehen haben.

Das andere ist das Alten- und Pflegeheim Gramastetten des SHV Urfahr-Umgebung, das mit der Übersiedlung der Bewohnerinnen und Bewohner in das neue Alten- und Pflegeheim Walding geschlossen wurde. Selbstverständlich fehlen dann 90 Plätze. Das ist ja doch völlig klar. Das Problem ist nur, dass relativ lang eine politische Auseinandersetzung, aus meiner Sicht nicht besonders gescheit, es so langwierig zu betreiben, stattgefunden hat, bis dass man sich endlich dazu durchgerungen hat jetzt, dieses Projekt, wie es jetzt kommt, umzusetzen.

Es entspricht den Intentionen, die wir im Großen und Ganzen hatten, dass ein Neubau eher die Möglichkeiten der Heimverordnung und des jetzt richtigen Lebens im Alter berücksichtigt als eine Renovierung, eine sehr teure Renovierung des Altbaus. Aber das Haus ist geschlossen und deswegen fehlt es. Weil der Ersatz durch Walding mit 70 Plätzen ist unzureichend, weil wir ja auch einen Zuwachs an Menschen haben, die da einziehen wollen und der natürlich unberücksichtigt bleibt.

Das Problem ist, dass überhaupt im SHV Urfahr-Umgebung es immer wieder etwas eigenartig anmutende Auseinandersetzungen um Standorte gibt. Denn, obwohl es notwendig wäre, längst für Steyregg den Standort festzulegen, weil dort einfach von der Größenordnung her die Zahl an Menschen da ist und ja Steyregg eigentlich eine etwas abseits liegende Gemeinde im Bezirk Urfahr-Umgebung ist, gibt es bis jetzt dafür keinen Beschluss, aber auch für einen weiteren Standort keinen. Wir haben bereits den SHV darauf hingewiesen das zu tun, und dem Bezirkshauptmann als Vorsitzenden des SHV ist das auch klar. Ich bin also jetzt überzeugt davon, dass sie sich schon bemühen werden, jedenfalls seitens der Administration, die politisch Verantwortlichen darauf aufmerksam zu machen, dass das Zuwarten absolut nichts bringt.

Erste Präsidentin: Danke.

Abg. **Moser**: Eine Zusatzfrage.

Erste Präsidentin: Bitte.

Abg. **Moser**: Kannst du mir sagen, Herr Landesrat, ob es in anderen SHVs auch Probleme gibt, was Planung, Umbau, Sanierung, was diese Maßnahmen betrifft? Sind die SHVs im richtigen Zeitlimit? Oder haben wir wo anders auch Probleme?

Landesrat **Ackerl**: Wenn sich der Kollege Hiesl nicht einmischt, nicht. In Rohrbach haben wir das letzte Problem gehabt. (Beifall. Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl: "Vor-sicht!")

Abg. **Moser**: Gut, also wir haben keine Probleme. Danke.

Erste Präsidentin: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann rufe ich die nächste Anfrage auf, die der Frau Abgeordneten Maria Jachs an den Herrn Landesrat Ackerl.

Abg. **Jachs**: Herr Landesrat! "Der Prüfungsbericht der Abteilung Gemeinden über die Einschau in die Gebarung des Sozialhilfeverbandes Freistadt sorgte in den letzten Wochen für Aufmerksamkeit. Entgegen der rechtlichen Vorgabe wurden Inhalte des Berichtes bereits vor der Behandlung in der Verbandsversammlung medial veröffentlicht. Am 19. April 2007 wurde in mehreren Medien darüber berichtet, obwohl die Verbandsversammlung erst am 24. April 2007 stattgefunden hat und Prüfungsberichte bis dahin als vertraulich gelten.

Angesichts des Aufsehens in der Region frage ich Sie, sehr geehrter Herr Landesrat: Haben Sie bereits Recherchen oder Erhebungen über die rechtswidrige Vorveröffentlichung des vertraulichen Prüfungsberichtes veranlasst?"

Landesrat **Ackerl**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ihrem Wunsch gemäß habe ich mich bemüht, meine neuen justiziellen Fähigkeiten dafür zu nutzen um Recherchen anzustellen und herauszufinden, ob irgend wie irgendetwas in den Medien gestanden ist, was darauf schließen lässt, dass Inhalte preisgegeben wurden. Die mir zugänglichen Medienberichte lassen allerdings nur einen Schluss zu, dass bekannt war, dass es diesen Prüfbericht gibt, aber inhaltlich steht an den von Ihnen zitierten Tagen vor der Verbandsvollversammlung nichts in den Medien. Das heißt also, es wurde in dem Zusammenhang dem Verschwiegenheitsgebot Folge geleistet.

Was mich nur etwas wundert ist, dass es diese Aufregung über diesen Prüfbericht gibt. Ich kann das nicht verstehen. Und würde ich den Herrn Bezirkshauptmann beraten können, als Vorsitzenden des Sozialhilfeverbandes hätte ich ihm angeraten, zu diesem Prüfbericht rechtzeitig eine Information zu geben und nicht so lange zuzuwarten, erstens. Und zweitens, über Fragen, mit denen eine Unterschiedlichkeit besteht, bei der Besprechung, die zwischen den Prüfern und dem SHV stattgefunden hat, eine schriftliche Stellungnahme abzugeben oder nachträglich zu verlangen, dass das hinzugefügt wird.

Ich halte die Vorgangsweise, wie sie da abgelaufen ist, in Ihrem Interesse, auch im Interesse dessen, dass Sie da eine Anfrage stellen, für nicht gut, weil eigentlich im Prüfbericht sehr viele wichtige Fragen angesprochen werden, die tatsächlich zu hinterfragen sind, also wo man sagen muss, da wird es schon notwendig sein, Praxisänderungen herbeizuführen, aber es sind natürlich auch Prüfbemerkungen enthalten, die bei einer eindeutigen Stellungnahme

durch den Bezirkshauptmann als Vorsitzenden des Sozialhilfeverbandes in schriftlicher Form an die Aufsicht es ermöglicht hätte, einen nüchterneren Zugang zu haben.

Denn über die Grundstückssituation zum Beispiel bin ich einer anderen Meinung wie die Prüfer. Nur ich ändere keinen Prüfbericht, den ich kriege, weil das ja bedeuten würde, dass ich in Prüfbemerkungen eingreife, weil wir ein Verfahren haben, indem ja die betroffenen Personen einbezogen sind. Zumindest ist mir klar, wenn ich jemandem einen Grund als Grünland abkaufe und innerhalb einer kurzen Zeit wird er umgewandelt in Bauland, dann hat der einen Anspruch darauf, dass er in der Preisdifferenz eine Entschädigung bekommt. Das hätte der Prüfer eigentlich in seiner Prüfung mitbewerten und mitberücksichtigen müssen und hat es nicht gemacht. Da halte ich dem SHV-Vorsitzenden vor, dass er aus meiner Sicht, aus Gründen, die ich nicht nachvollziehen kann, es zulässt, dass im Prüfbericht eine rechtliche oder prüferische Wertung aufscheint, die bereits zum Zeitpunkt der Besprechung eine Veränderung im Prüfbericht ermöglicht hätte.

Den Prüfbericht so zur Kenntnis nehmen, auf der letzten Seite wird ja dann immer festgehalten, wie das ausgeht, und da steht: "Grundsätzlich vermittelte die Einschau in die Gebarung des SHV Freistadt den Eindruck, dass der Obmann des SHV und die Bediensteten der Geschäftsstelle ihre Aufgaben engagiert und kompetent wahrnehmen. Im Rahmen der Schlussbesprechung am 9. November 2006, an der seitens des SHV der Obmann, der erste Bearbeiter der Geschäftsstelle und der Zentralverwalter seitens der Sozialabteilung, die Herren Mag. Wall und Mag. Exel, sowie seitens der Abteilung Gemeinden die zwei beteiligten Prüfer teilnahmen - geprüft hat nämlich die Gemeindeaufsicht - wurde bezüglich der Prüfungsfeststellungsfragen großteils Übereinstimmung erzielt. Abschließend darf dem Obmann des SHV sowie den Bediensteten der Geschäftsstelle und der Heime ein Dank für die gute Zusammenarbeit im Laufe der Prüfungen ausgesprochen werden."

Und genau am 9. November, zu dem Zeitpunkt war Ihnen ja nicht unbekannt, da wird ja geredet während solchen Prüfungen, was denn eine wesentliche Beanstandung sein könnte, und da hat es keinen Versuch gegeben, bereits im Prüfbericht das schriftlich unterzubringen.

Erste Präsidentin: Bitte, eine Zusatzfrage?

Abg. Jachs: Eine Zusatzfrage. Ich glaube aber schon, dass Herr Bezirkshauptmann Dr. Zierl hier rechtmäßig gehandelt hat, weil es heißt, dass der Prüfbericht erst öffentlich diskutiert werden kann, wenn er in der Verbandsversammlung vorgestellt worden ist. Ich möchte aber hier auch sagen und es ist auch von Ihnen schon angesprochen worden, dass es in diesem Prüfbericht auch Widersprüche gibt. Aufgezeigt wird, dass Entscheidungen im SHV-Vorstand nach der Vorlage der Gutachten vom Land so auch entschieden worden sind, und im Nachhinein wird das im Prüfbericht kritisiert. Würden Sie hier einer nochmaligen Prüfung durch eine externe Firma zustimmen?

Landesrat Ackerl: Also ich ziehe nicht in Zweifel, dass der Herr Bezirkshauptmann als Vorsitzender des SHV korrekt gehandelt hat. Nur wenn ein Prüfbericht gebracht wird, der so wie dieser Prüfbericht doch einige Punkte enthält, die ein Problem sind, und es wird der Vollversammlung kein schriftlicher Bericht vorgelegt, was es an Gegenäußerungen dazu gibt, sondern es wird eine Zeit zugewartet bis dass man eine Sitzung einberuft, zuerst den Vorstand informiert und dann den Vorsitzenden der Prüfer und dann gibt es einmal die Vollversammlung, dann lässt man sehr viel Zeit verstreichen, die Möglichkeiten gibt auch öffentlich die Frage aufzuwerfen, ja was passt denn bei dem Prüfbericht nicht, dass es da zu keiner Be-

handlung kommt. Ich halte die Vorgangsweise im Interesse des SHV auch jetzt für nicht richtig, dass man die drei Monate abwarten will.

Und wissen Sie was ich auch für ein Problem halte. Es ist ja interessant, ich habe mir das Protokoll schicken lassen der Vollversammlung, weil ich schon wissen wollte, was tatsächlich gesagt wurde. Ich bin ja informiert worden, dass es also da sehr heiße Diskussionen gegeben hat, und was mir aufgefallen ist, dass ein Bürgermeister quasi festlegt den Prüfbericht nicht zur Kenntnis zu nehmen, nicht zu beantworten, pauschal gesagt, und einfach zurück schreiben, man akzeptiert das nicht.

Man soll einmal mit der Machtpolitik aufhören. Auch wenn der Bürgermeister ein sehr mächtiger Mann zu sein scheint. Ein Prüfbericht ist ein Prüfbericht, den kriegen in Oberösterreich im Laufe der Zeit 444 Bürgermeister, den kriegen 15 Sozialhilfeverbände, es gibt zwischen durch noch viele andere Prüfungen, und oft genug gibt es etwas, was einem nicht passt oder was einem ein Problem ist. Wir haben aber auch sehr viele gute Prüfberichte. Ich halte das für politisch nicht akzeptabel, was da gesagt worden ist, weil noch dazu etliche Kollegen der selben Partei dieses Bürgermeisters, auch Bürgermeister, die Geschichte weit niedriger hängen und halt sagen, na gut man hat jetzt Zeit zu beraten, man muss sich das anschauen und man findet die eine oder andere Formulierung sehr hart und man will das so nicht haben und man sollte reden. Aber zu sagen, wir nehmen die Prüfung nicht zur Kenntnis, weil uns das Prüfergebnis nicht passt, das ist genau das, was wir in einer Demokratie brauchen.

In Wirklichkeit ist die Prüfung im Großen und Ganzen in Ordnung. Die sollen jetzt einmal sachlich Position beziehen. Der SHV kann ja sagen, wir nehmen uns einen Experten oder da gibt es ja vielleicht welche, die selber einen Beruf erlernt haben wo sie Experten sind, sollen Position beziehen, sollen sagen, was ihnen nicht passt daran. Aber zum Beispiel, es ist schon eine merkwürdige Entwicklung, die ich auch mit dem Kollegen Stockinger schon einmal besprochen habe, dass bei den Biomasseanlagen offensichtlich, weil jetzt durch den Klimaschutz eine besondere Euphorie besteht, dass man da eine wesentliche Verbesserung der CO₂-Bilanz erreichen kann, dass bei Biomasseanlagen es zu einem dramatischen Preisunterschied zwischen dem Betrieb mit einer Heizungsanlage, die auch den Umweltnormen wie sie heute sind voll entspricht, und Hackschnitzelheizungen besteht, und bei den Hackschnitzelheizungen ein Verdacht nicht ausgeräumt werden kann, auch nicht bei der Bioenergie in Unterweißenbach, dass die Hackschnitzel nicht aus dem Mühlviertel kommen, sondern auch aus dem Ausland hertransportiert werden und man da die CO₂-Bilanz für die Transporte noch dazurechnen müsste.

Aber es ist jedenfalls so, dass, wenn der SHV Freistadt glaubt oder die Mehrheitsfraktion im SHV Freistadt glaubt, dass das ein ungerechter Prüfbericht ist, der unrichtige Darstellungen enthält, es die Möglichkeit der Gegenäußerung gibt. Die würde ich ja nicht wie der eine sagt nicht tun, sondern das würde ich tun, das auch fachlich belegt. Da kann man auch Leute heranziehen, die von der anderen Seite vielleicht diese Aufgabe betrachten. Und ich würde Ihnen jetzt wirklich empfehlen darauf einzuwirken, dass besonders was die Fragen der Bioenergie betrifft, also im Wesentlichen geht es um Biomasse verschiedenster Art oder Hackschnitzelheizungen, dass wir da danach trachten, dass es zu günstigeren Kostensituationen kommt. Denn meine Kritik ist ja, wenn ich heute ein Bioheizwerk errichte für einen öffentlichen Bereich, mittlerweile wissen wir, dass andere auch schon angeschlossen werden, aber für einen öffentlichen Bereich, dann darf nicht der Eindruck entstehen, dass der SHV das nicht macht, weil es private Interessen gibt, dass das die Privaten machen und der Verdacht sich deswegen entwickelt, weil die Preisunterschiede nach einer Prüfung, die nicht ich veran-

lasst habe, sich als enorm herausstellen. Das ist ja nicht die einzige, in der Stadt Freistadt haben wir ein ähnliches Problem und in anderen Gemeinden Oberösterreichs auch.

Und was wir nicht wollen ist, dass die Biomasse erhalten muss, dass aus ihr ein Selbstbedienungsladen im öffentlichen Bereich gemacht wird oder auch bei Privaten gemacht wird, wo die Unterschiede so exorbitant sind, dass nicht die Leute sagen, das ist gut, da schließen wir uns an, da tun wir mehr, sondern dass es in die umgekehrte Richtung geht. Und ich muss Ihnen sagen, ich bin sehr verärgert, weil wir feststellen, dass das eher in der Zahl von negativen Prüfbemerkungen zunimmt und sich die Dinge nicht einschleifen. (Zwischenruf Landesrat Dr. Stockinger: "Kollege Ackerl, das ist eine unzulässige Pauschalierung!")

Erste Präsidentin: Gibt es noch eine Zusatzfrage?

Abg. Jachs: Ja noch eine Zusatzfrage. Sie haben jetzt einen Kritikpunkt aufgezeigt, ich möchte noch einen anderen ansprechen, und zwar wird bei den Krankenständen aufgezeigt, dass gerade im Altenheim Pregarten eine sehr hohe Anzahl von Krankenständen verzeichnet wird. Wir wissen, dass dort zwei Bedienstete schwer krank sind und es wird im Prüfbericht der SHV auch aufgefordert hier zu handeln. Was würden Sie hier empfehlen?

Landesrat Ackerl: Dass der SHV Freistadt eine ganz sachliche Stellungnahme abgibt. Ich konnte zum Beispiel dem Prüfbericht nicht entnehmen, allerdings dann den veröffentlichten Pressemeldungen, dass es sich um Krankenstände auf Grund schwerer Erkrankungen handelt, und ich glaube, dass das einfach zur Fürsorgepflicht eines Dienstgebers im öffentlichen Bereich auch dazu gehört, dass diese Frage vor Ort so geklärt wird, und das habe ich zuerst nicht angesprochen, das könnte man zu dem mit dazu nehmen. Normalerweise hätte es eigentlich in den Prüfbericht nicht hinein müssen. So wie das jetzt drinnen steht, kann ich nicht wissen zum Beispiel als der, der ihn vorgelegt bekommt, dass es sich dabei um derartige Schicksale handelt. Ich bin davon ausgegangen, dass das eher, und das hatten wir ja schon in Heimen, dass es eher um interne Problemsituationen geht, wo Leute immer wieder ausfallen. Aber ich verstehe Sie und das wird in diese Richtung auch angesehen.

Erste Präsidentin: Danke. Herr Abgeordneter Affenzeller bitte.

Abg. Affenzeller: Herr Landesrat eine Zusatzfrage. Vorweg eine Bemerkung, in der Anfrage wurde behauptet, dass es Aufregung in der Region gibt, ja es gibt in der Bevölkerung große Aufregung über den Inhalt des Prüfberichtes und es gibt insbesondere in der Mehrheitsfraktion im Sozialhilfverband große Aufregung, dass das auch öffentlich diskutiert worden ist oder wird. Ich bekenne mich dazu, dass der Inhalt des Prüfberichtes nach der Vollversammlung in der Öffentlichkeit diskutiert werden muss und ich bekenne mich auch dazu, dass ich vorher kritisiert habe, dass nicht im Vorstand und im Prüfungsausschuss eine intensive Auseinandersetzung über diesen Prüfbericht stattgefunden hat.

Meine Frage Herr Landesrat! Die Erstreaktionen der Mehrheitsfraktion und insbesondere des Freistädter Bürgermeisters Fraktionssprecher Mühlbachler waren so, dass sie gesagt haben, mit diesem Prüfbericht setzen wir uns inhaltlich nicht auseinander, das weisen wir zurück, so wortwörtlich gesagt in der Vollversammlung, so lassen wir nicht zu, dass mit uns geredet wird. Meine Frage daher, unsere Position war klar, eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung mit den Kritikpunkten und meine Frage daher: Wenn diese Haltung der Mehrheitsfraktion im Vorstand so beibehalten wird, wie sind dann die Überlegungen in der weiteren Vorgangsweise, gibt es deinerseits auch Überlegungen, zum Beispiel auch den Landesrechnungshof einzuschalten?

Landesrat **Ackerl**: Es wird auf die Stellungnahme des Sozialhilfeverbandes ankommen, ob weitere Schritte erforderlich sind oder nicht. Aber ich denke auf jeden Fall, was die Biomassefrage betrifft werde ich den Landesrechnungshof um ein Gutachten ersuchen.

Erste Präsidentin: Weitere Wortmeldungen? Bitte Herr Klubobmann Steinkellner.

Abg. **Mag. Steinkellner**: Herr Landesrat, werden Sie diesen offensichtlich in der Bevölkerung so strittigen Bericht, wo es einige Dinge zu besprechen gibt, auch dem Kontrollausschuss übergeben?

Landesrat **Ackerl**: Wenn Sie Herr Vorsitzender des Kontrollausschusses den Bericht anfordern, werden Sie ihn dann kriegen, wenn die Stellungnahme des SHV Freistadt vorliegt. Ich ersuche, dass man das berücksichtigt, das gehört eigentlich zum Prozedere dazu, weil Sie haben ja selbst aus meiner Anfragebeantwortung gehört, auch ich nicht mit jedem Prüfergebnis konform gehe.

Abg. **Mag. Steinkellner**: Ich fordere ihn gerne an.

Erste Präsidentin: Danke. Weitere Wortmeldungen gibt es nicht mehr. Danke Herr Landesrat Ackerl. Die Anfragestunde ist geschlossen und ich ersuche den Herrn Schriftführer den Eingang bekannt zu geben.

Abg. **Bernhofer**: Der Eingang umfasst heute sechs Beilagen. Die Beilage 1164/2007, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die im Rahmen der geplanten Großinvestitionen bei der Kaisertherme Bad Ischl NfG. & Co. KG und Tassilo Kurbetriebe Bad Hall GmbH NfG & Co. KG (Oö. Thermenoffensive) zu übernehmenden Mehrjahresverpflichtungen und Haftungen sowie die vorzunehmenden Liegenschaftsübertragungen. Diese Beilage soll gemäß Paragraf 26 Absatz 5 der Landtagsgeschäftsordnung keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 1171/2007, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend den Abschluss eines Finanzierungsübereinkommens für die zu errichtende Verbindung der Mühlkreisbahn mit dem Hauptbahnhof Linz (City-S-Bahn). Diese Beilage soll ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Weiters die Beilage 1172/2007, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend eine Novelle des Ökostromgesetzes. Diese Beilage soll ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 1173/2007, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend den Rechenschaftsbericht der Oö. Kinder- und Jugendanwaltschaft über den Zeitraum 1. Jänner 2004 bis 31. Dezember 2006. Diese Beilage wird dem Sozialausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1174/2007, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz über die Maßnahmen auf dem Gebiet des Weinbaues (Oö. Weinbaugesetz - Oö. WBG). Diese Beilage wird dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1175/2007, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend den Oberösterreichischen Bodeninformationsbericht 2007. Diese Beilage wird dem gemischten Ausschuss, bestehend aus dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten und dem Ausschuss für Umweltangelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Erste Präsidentin: Ich bedanke mich beim Herrn Schriftführer. Alles was der Herr Abgeordnete Bernhofer verlesen hat, finden Sie entweder auf Ihren Plätzen oder auf elektronischen Weg auf Ihren Laptops. Wir haben Ihnen weiters auch die Beilage 1165/2007, das ist die Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend den Tätigkeitsbericht 2006 und den Rechnungsabschluss 2006 des O.ö. Landmaschinenfonds auf Ihren Plätzen aufgelegt. Die Beilage 1165/2007 habe ich dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Beratung zugewiesen.

Wir behandeln die Dringlichkeiten und beginnen mit der Zuerkennung der Dringlichkeit zur Beilage 1164/2007. Es handelt sich hier um die Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die im Rahmen der geplanten Großinvestitionen bei der Kaisertherme Bad Ischl NfG. & Co. KG und Tassilo Kurbetriebe Bad Hall GmbH NfG & Co. KG (Oö. Thermenoffensive) zu übernehmenden Mehrjahresverpflichtungen und Haftungen sowie die zunehmenden Liegenschaftsübertragungen. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtages erforderlich. Ich eröffne darüber die Wechselrede und erteile dem Herrn Klubobmann Mag. Steinkellner das Wort.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Hier handelt es sich um einen Dringlichkeitsantrag der Landesregierung. Ich sehe, dass die Regierungsbank jetzt ziemlich leer geworden ist und ich verstehe es schon, mit Ausnahme des Landesrates Kepplinger, aber er wird mir ja dann entsprechend Auskunft geben können, warum diese Materie jetzt plötzlich dringlich im Landtag beschlossen wird. Wie ja bereits die Frau Präsidentin kurz ausgeführt hat in Ihrer kurzen Berichterstattung, geht es um eine Großinvestition von 62 Millionen Euro, die ohne Vorberatung in einem Ausschuss per Dringlichkeit jetzt hier beschlossen wird.

Und da möchte ich schon auf ein paar Punkte hinweisen. Zum Beispiel auf einen Beschluss, dass wir 470.000 Euro im Jahr für die Kurparkpflege zur Verfügung stellen. Ich mache das gerne selber, wenn man mir diese Aufgabe geben würde oder auch der freiheitliche Klub würde das machen. 470.000 Euro pro Jahr und wir reden nicht einmal darüber, was das bedeutet. Wir investieren in Hotels und Zimmer über 20 Millionen Euro. Was wir wollen ist, dass die touristische Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird, die Bäder, die Kureinrichtung, das gehört erneuert, das wollen wir für Bad Ischl, das wollen wir für Bad Hall. Aber warum bauen wir mit Steuergeldern Hotels? Früher gab es ja in diesem Haus eine Partei, die hatte unter anderem auch Wirtschaftsbündler in ihren Reihen sitzen. Früher gab es bei diesen Wirtschaftsbündern manchmal die Ansicht, ist es denn wirklich recht und billig, dass wir mit Steuergeld ein öffentliches Hotel daneben hinstellen? Na selbstverständlich wollen wir die Infrastruktur. Aber dass man gerade in einem Privatbereich jetzt verstaatlichte Hotels daneben hinstellt, um der Privatwirtschaft zu konkurrenzieren, wäre früher jedenfalls von den Wirtschaftsbündern abgelehnt worden. Offensichtlich hat es da in der Zwischenzeit einen Gesinnungswandel gegeben und die Wirtschaftsbündler haben nichts mehr wirklich zu sagen.

Man wird angesprochen, ja das war so dringend, damit man den Baubeginn jetzt durchziehen kann. Ich habe hier eine nicht unbedingt von besonderer Leserschaft begleitete Zeitschrift, die österreichische Bürgermeisterzeitung. Wenn man sich die österreichische Bürgermei-

terzeitung anschaut, Aprilausgabe, Frau Präsidentin Sie werden es nicht glauben, da lesen Sie den Beschluss, den wir heute hier dringlich beschließen im Landtag, bereits in der Aprilausgabe der Bürgermeisterzeitung. (Zwischenruf Abg. Dr. Brunmair: "Unglaublich!") Danke Herr Kollege.

Das Problem ist, wie ernsthaft ist denn dann unsere Beratung. Es gibt keine Beratung über die Sinnhaftigkeit, wir wissen nicht genau was gebaut wird, wir kennen kein Projekt, wir beschließen allerdings Haftungen und ein Finanzierungsmodell, da würde ich ganz gerne, dass ein Regierungsmitglied, jetzt ist nur mehr der Rudi Anschober auf der Regierungsbank, vielleicht könnte der Rudi Anschober herauskommen und für die Regierung den Abgeordneten das Finanzierungsmodell erklären.

Ich lese nur kurz, weil vielleicht manche Kollegen und Kolleginnen diese Passage gelesen haben, was hier beschlossen wird. Laut Planrechnung der TIG können Beträge, die Planrechnung kennen wir nicht, in Höhe des Genussscheinkapitals bzw. die darauf zu leistenden Ausschüttungen aus dem künftigen Cash-flows der TIG finanziert werden. Dieses Modell impliziert ein Andienungsrecht, welches zu Lasten der Oö. Thermenholding GmbH gehen soll. Eine durchaus juristisch und finanzwirtschaftlich spannende Angelegenheit. Ich bitte nur jemanden von der Regierung auch den Abgeordneten das zu erklären, was das bedeutet.

Für den Fall der Inanspruchnahme des Andienungsrechtes muss daher die Oö. Thermenholding GmbH in der Lage sein, den nicht durch Eigenfinanzierungen abdeckbaren Teil des Genussscheinkapitals von max. 31 Millionen Euro zuzüglich allenfalls nicht geleisteter Gewinnausschüttungen bedecken zu können. Auch eine interessante finanzwirtschaftliche Beschlussfassung, sehr geehrte Damen und Herren, die Sie heute treffen werden, und ich gehe davon aus, dass nachher jeder genau weiß, was er heute wirklich beschlossen hat. Ein derartiger Beschluss einer Großinvestition, die schon lange bekannt ist, die veröffentlicht wird, mit Dringlichkeitsbeschluss hier einfach drüber gehen zu lassen, ist eine schwarze, eine böse und eine bittere Stunde für dieses Haus. Und die Wirtschaftsbündler, die es vielleicht noch in der Fraktion irgendwo geben sollte, sollten erklären, wie sie in der Zukunft mit dem neuen verstaatlichten Bereich im Hotelbetrieb gegenüber anderen privatwirtschaftlichen Hotels umgehen. Wir werden diese Vorgangsweise jedenfalls ablehnen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich erteile dem Herrn Landeshauptmann Dr. Pühringer das Wort.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Diesem Antrag liegt ein entsprechender Beschluss des Aufsichtsrates der Thermenholding zugrunde. Ich bin Vorsitzender dieses Aufsichtsrates und wir haben uns die Beschlussfassung nicht leicht gemacht. Wir haben mehrere Modelle geprüft, die Hypo Bank eingebunden, die ja, sehr geehrter Herr Klubobmann, immer dein Vertrauen hat. Die haben das ganz genau und mehrmals durchgerechnet. Die Geschäftsführung der Thermenholding hat die Wirtschaftlichkeit berechnet und ich glaube wir haben ein sehr gutes und vernünftiges Modell gefunden. Es ist bekannt, dass in anderen Bundesländern, insbesondere in der Steiermark, die unsere unmittelbaren Konkurrenten sind, genauso in Niederösterreich, direkt wesentlich mehr staatliches Geld und Förderung in die einzelnen Thermenprojekte hineinfließt wie in Oberösterreich. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "In die Therme, aber nicht ins Hotel!") Ich habe auf einem hohen Level der eigenerwirtschafteten Mittel gesetzt und man kann das Hotel und die Therme nicht trennen, weil es eine Gesamtanlage ist. Und wenn bei dieser einen Gesamtanlage immerhin ein Eigenfinanzierungsgrad von 50 Prozent gegeben ist, dann – und darüber wird ja in späterer Folge im Aufsichtsrat zu reden sein – gehe ich

davon aus, dass das Land, das hier über die Hypobank vorstreckt, durch Dividenden drei Jahre nach Beginn der Anlage sich wieder refinanziert und die Mitteln zurückbekommt. Das ist ja nicht ein Geld, das wir hingeben; das geben wir hin, damit wir rasch investieren können. Wir investieren rasch in Bad Ischl, wir investieren rasch in Bad Hall – warum – weil wir gesehen haben, dass das eine Erfolgsstory ist, weil wir im letzten Jahr alleine in Bad Schallerbach 700.000 Nächtigungen erreicht haben und wir jetzt nicht warten können eine Anlage nach der anderen langsam zu entwickeln. Der Markt ist ungeheuer explosiv auf diesem Sektor. Wir müssen in eineinhalb Jahren dabei sein und wir werden dabei sein. Mit einer intelligenten Finanzierung ist uns das auch sichergestellt und ich gehe selbstverständlich davon aus, wenn Bad Hall, wenn Bad Ischl, wenn Bad Schallerbach in Betrieb sind, dass nach einer gewissen Anlaufzeit die Thermenholding natürlich Dividenden bekommen wird, die entweder für weitere Investitionen verwendet werden oder zur Refinanzierung dienen.

Ich kann Ihnen nur empfehlen, diesem Antrag – so wie im Aufsichtsrat auch eine große Einmütigkeit gegeben war – die Zustimmung zu geben, denn er sichert eine seriöse Finanzierung, er sichert ein rasches Investieren und er sichert vor allem, dass wir den Wettbewerb, der natürlich groß ist am Sektor der Thermen, auch wirklich grenzüberschreitend und länderüberschreitend gewinnen können. Denn eines ist klar, Ende nächstes Jahr hat Oberösterreich eine vollkommen neue Thermenlandschaft und das ist das Entscheidende. Das unterscheidet uns auch von den anderen Bundesländern und Anbietern. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke! Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. Schwarz: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich möchte mich jetzt nicht auf eine Wirtschaftsdiskussion im Detail einlassen, sondern einfach ein bisschen ausholen und den Hintergrund auch beleuchten. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.) Wie gestern ja schon Professor Nefjodow ganz eindeutig auch belegt und untermauert hat, wird die Wachstumslokomotive für den nächsten Wirtschaftszyklus, für den nächsten längerjährigen Wirtschaftszyklus der Gesundheitsmarkt sein. Der Gesundheitsmarkt ausgehend von den Menschen im Mittelpunkt, die Menschen, die immer mehr für sich selbst schauen, gesund zu bleiben und hier auch investieren, Zeit und auch Geld. Also hier wird sich einfach ein Zukunftstrend entwickeln, der sowohl Arbeitsplätze als auch für die Gesundheit an sich sehr viel bewirken wird.

Wenn wir von den eigenen Bedürfnissen ausgehen, wenn wir den WHO-Begriff der Gesundheit hernehmen, psychisches, physisches und soziales Wohlbefinden, dann glaube ich, ist gerade so ein Thermenaufenthalt, ein Kurzaufenthalt in der Therme auch für Politikerinnen und Politiker sehr zu empfehlen. Ich kann auch dort auftanken, auftanken zum körperlichen Wohlbefinden, auch wieder Zeit zu schöpfen, in sozialen Kontakt zu treten - in Kontakt mit meiner Tochter, mit der ich vor kurzem vier Tage in einer Therme verbracht habe, wo dieser soziale Aspekt wieder mehr in den Vordergrund kommt - aber auch dieses psychische Wohlbefinden, wenn man sich wieder rundherum auch Zeit nimmt, die eigenen Bedürfnisse wahrzunehmen; dann wird der Selbstwert wieder gestärkt und man hält es auch – das Leben einer Politikerin in diesen Zeiten – besser aus. Also hier sehen wir, ist ein Zukunftstrend da, wo die Menschen sehr wohl in diesen Bereich investieren.

Und hier sieht man auch die Verbindung mit dem Tourismus. Wellness und Gesundheitstourismus ist nicht nur ein Thema in der oberösterreichischen Tourismusphilosophie, sondern auch ein neuer Markt, und man sieht ja, dass er zu einer wichtigen Säule neben dem Städtetourismus geworden ist. Hier haben sich natürlich auch die Komponenten verändert, weil sich die Kuraufenthalte, die klassischen Kuraufenthalte, die vorher so üblich waren, verän-

dert haben in kürzere, in eher mehr Therapieangebote plus Hotelleistungen einfach verwandelt haben. Das Bedürfnis der Menschen hat sich hier wesentlich gewandelt und viele machen einen Gesundheitsurlaub. Und ich glaube hier haben wir eine gute Verbindung geschaffen.

Und eines muss auch klar sein, Wellness und Gesundheit soll für die Menschen nicht Abzocke sein. Im Sinne des KonsumentInnenschutzes brauchen Wellnessangebote auch Qualität. Und wir sind auch verantwortlich als Politikerinnen und Politiker, hier zu schauen, dass diese Angebote für die Konsumentinnen und Konsumenten transparent sind, eine hohe Qualität auch gewährleisten. Da braucht es Rahmenbedingungen vom Baulichen, aber auch vom Angebot, von der Angebotspalette. Es ist nicht genug, nur ein Bad zu haben, wo man sich dann massieren lassen kann, sondern es braucht eine Angebotspalette, damit auch ein Familienurlaub möglich ist und es braucht natürlich auch sehr viel Investitionen in die Ausbildung des Personals. Ich bin überzeugt und wir sind überzeugt als Grüne, dass diese Entscheidung richtig war, nämlich aufbauend auf einem sehr detaillierten und gut ausgearbeiteten Konzept, wo genau angeschaut wird, was alles möglich ist, wie sind die Trends, wie sind die Erfahrungen anderer Regionen, hier wirklich etwas zu investieren, schnell zu investieren, um eine nachhaltige regionale Absicherung zu gewährleisten, dass die Region dann durch einen wirklich gestärkten Tourismus und ein Gesundheitsgebot nachhaltig abgesichert ist, dass es ein attraktives Angebot für unsere Bürgerinnen und Bürger auch in Oberösterreich gibt. Das ist in sehr kurzer, schneller Zeit zu erreichen. Ich glaube, dass ist eine wichtige Entscheidung und es ist ein klarer, wesentlicher Beitrag auch zur Gesundheitsvorsorge, wo wir ja auch aufgerufen sind, wenn wir Steuergelder investieren, in nachhaltige Projekte, aber auch im Sinne der Gesundheitsvorsorge für unsere Menschen etwas zu tun. Ich glaube, es ist eine gute Entscheidung getroffen worden vom Aufsichtsrat der Thermenholding, nicht oberflächlich, nicht schnell, sondern wirklich fundiert, aufbauend auf einer Basis, wo man wirklich mit gutem Gewissen sagen kann, ja diese Investition wird sich lohnen und wird einen wesentlichen Beitrag für die nachhaltige Sicherung des Wirtschaftsstandortes und der Arbeitsplätze in diesem Bereich sein. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke! Nächster Redner ist Herr Kollege Steinkogler.

Abg. Steinkogler: Frau Präsidentin, hoher Landtag, meine geschätzten Damen und Herren! Ich verstehe ganz ehrlich gesagt die Aufregung vom Kollegen Steinkellner nicht. Ich bin selbst jahrelang in der Holding bzw. im Aufsichtsrat der Kaisertherme gewesen und es war auch von seiner Fraktion immer eine Vertreterin dabei und der ist es immer eher zu langsam gegangen als zu schnell, also ich verstehe jetzt nicht, warum du auf einmal die Sinnhaftigkeit dieses Beschlusses in Frage stellst. Dieser Dringlichkeitsantrag ist nämlich deshalb notwendig, um wirklich diese Thermenoffensive zu starten. Es ist schon gesagt worden, die Investitionsvolumina betragen in Bad Hall rund 27 Millionen Euro und in Bad Ischl 35 Millionen Euro mit dem Tiefgaragenprojekt, das sind insgesamt 62 Millionen Euro oder in alten Schillingen gesagt 850 Millionen Schilling, die in nächster Zeit investiert werden. Die Finanzierung erfolgt zu 50 Prozent durch Gesellschafterzuschüsse des Landes und zu 50 Prozent durch Fremdmittel, also über ein Genusscheinmodell der TIG, also der Oberösterreichischen Thermenimmobilien GmbH, weil das ist auch vom Kollegen Steinkellner so in Frage gestellt worden, was das überhaupt ist. Das ist nichts anderes als eine Immobilien GmbH, wo alle Immobilien von Bad Hall und Bad Ischl vereinigt sind.

Heute geht es bei diesem Antrag in erster Linie um die Mehrjahresverpflichtung, die Haftungsübernahmen und die Übertragung der Liegenschaften in die TIG. Ziel dieser Offensive ist es, dass sich Oberösterreich bis zum Jahr 2010 als das Qualitätsgesundheitsland positio-

niert. Wir bekennen uns als Eigentümer zu den oberösterreichischen Thermenstandorten Bad Ischl, Bad Hall und Bad Schallerbach. Es ist schon gesagt worden, Bad Schallerbach hat sich ja als großer Renner erwiesen und da hat sich die Investition schon bewiesen, dass sie sinnvoll war und in weiterer Folge auch zu dieser intensiven und umfassenden Investitions-offensive. Diese Strategie ist auch die Basis für das Gesamtkonzept Gesundheitstourismus Oberösterreich. Es werden nämlich dadurch für Oberösterreich wichtige volkswirtschaftliche Ziele wie die Sicherung und die Schaffung der Arbeitsplätze in diesen Regionen, die Erhaltung – (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: 470.000 Euro für einen Gärtner im Jahr?) bitte - um das geht es nicht, da geht es um 62.000 Euro in die Therme Bad Hall und Bad Ischl und da geht es nicht um die Gärten, sondern es sind jetzt schon über 600 Arbeitsplätze, die noch dementsprechend um fast 200 aufgestockt werden, und ich glaube, das sollten wir nicht in Frage stellen, sondern das ist ganz wichtig für das Salzkammergut und ganz wichtig auch für die Region Bad Hall und Kremsmünster.

Es geht auch um die Erhaltung und um die Erhöhung der Gesundheitskompetenz in Oberösterreich. Es geht auch um die Stärkung der Wirtschaft in dieser Region, besonders auch der Bauwirtschaft. Es geht auch um das mehr der Wertschöpfung für die Regionen und die Attraktivitätssteigerung des Tourismuslandes Oberösterreich mit dem Megatrend Gesundheit, ist vorhin schon gesagt worden, was gestern dieser anerkannte Wissenschaftler gesagt hat. Und ich würde deshalb bitten, aus diesen Gründen, die für diese Regionen und für ganz Oberösterreich wichtig sind, um die Zustimmung der Dringlichkeit und in weiterer Folge auch um die Zustimmung des Regierungsantrages. Ich danke! (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zur Dringlichkeit, Herr Klubobmann Dr. Fraiss bitte!

Abg. Dr. Fraiss: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gebe in einem Punkt dem Kollegen Steinkellner absolut Recht. Es wiederholt sich in der letzten Zeit immer häufiger, dass Dringlichkeitsanträge der Regierung hier eingehen ohne dass Zeit gefunden werden kann, darüber in Ausschüssen zu beraten. Wir haben heute in der Klubobmännerkonferenz diese Frage auch noch einmal besprochen. Ich glaube auch, dass es zwingend ist, dass Fragen, wo der Landtag darüber zu befinden hat, darüber zu entscheiden hat, dass darüber auch ordnungsgemäß zu beraten ist.

Ein weiterer Punkt Kollege Steinkellner – und da haben wir keinen gemeinsamen Nenner: Wir sehen es so, dass diese beiden Betriebe Bad Hall und Bad Ischl zwei Leitbetriebe großer Regionen sind. Ich bin längere Zeit schon im Aufsichtsrat und wir haben uns wirklich bemüht, alle Möglichkeiten zu prüfen, was möglich ist. Es hat sich noch nie ein Privater gefunden und ich weiß nur, dass wir immer mehr Druck erzeugt haben, so rasch als möglich aus diesem Stadium des "Dahinwurschtelns", wo die Abgänge immer größer geworden sind, herauszukommen und moderne, letztendlich auch ertragsorientierte Betriebe daraus zu gestalten.

Wir werden deshalb sowohl der Dringlichkeit als auch dem Antrag heute zustimmen. Wenngleich ich – und ich sage das dazu – schon einige Anmerkungen machen muss. Dass zum Beispiel der Herr Landeshauptmann im Jahr 2005 anlässlich der Landesgartenschau und beim anschließenden Weihnachtsbesuch in Bad Ischl bei einer Pressekonferenz jeweils 20 Millionen Euro seitens des Landes in Aussicht gestellt hat. (Zwischenruf Abg. Steinkogler: "Jetzt werden es noch mehr!") Wir haben das letzte Datum genommen, weil ich immer vom letzten ausgehe, und da glaube ich, dass das auch das authentischste Ergebnis ist, von dem ist hier wenig zu sehen, es gibt natürlich jetzt nur die 31 Millionen. Und auch hier eine kritische Anmerkung zu der Ausdehnungsmöglichkeit bis zum Jahr 2020: da muss ich schon dazu sagen, wäre es mir lieber gewesen, bis 2014 die Verbindlichkeit zu haben, um auch zu

wissen, dass die Zahlungen nicht ins Unendliche bis zum Jahr 2020, wo viele von uns hier herinnen nicht mehr dabei sein werden, verschoben wird.

Hinsichtlich der Haftungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die damit entstanden sind, habe ich zwei Anmerkungen zu machen. Das Genussscheinmodell habe ich anlässlich der Aufsichtsratssitzung hinterfragen lassen und es liegt – und hier verrate ich nichts besonders – den Unterlagen des Aufsichtsrates ein Prüfungsprotokoll auch der KPMG zu Grunde, dass es sich hierbei um die günstigste Finanzierungsmöglichkeit für das Land Oberösterreich handelt. Wir müssen uns als Landtag klar sein, dass eine Haftung, die damit verbunden ist, eigentlich ein Ausgleich dafür ist, ob das Land Oberösterreich mehr Eigenmittel eingesetzt hätte oder nunmehr auf eine höhere Erlöslage hofft und damit unter Umständen durch die Erlöse selbst weniger Eigenmittel einzubringen hat. Ein zweiter Punkt – den habe ich gestern mit Herrn Landeshauptmann noch besprochen - und es freut mich, dass es zu Stande gekommen ist: Es wäre zu wenig gewesen, was heute an Unterlagen vorhanden gewesen ist, denn wir hätten heute zugestimmt, dass mit der Auslagerung an die TIG der Landtag keine Möglichkeit mehr gehabt hätte, allfällige Veräußerungen von diesen Liegenschaften überhaupt noch zu beeinflussen, weil seine Zustimmung nicht mehr erforderlich gewesen wäre. Es freut mich, dass ich heute in der Früh sowohl für die Landesholding als auch für die Thermenholding die beiden Entwürfe bereits unterschrieben von Herrn Landeshauptmann und vom Hofrat Widera bekommen habe, dass diese Beschlüsse gefasst werden, sodass die Zustimmung der Gesellschafter in beiden Gremien erforderlich ist und damit auch entsprechend Artikel 3 Ziffer 3 unseres Landtagsbeschlusses bei Überschreitungen gewisser Höchstgrenzen selbstverständlich auch der Landtag einzubinden ist.

Wir werden also dieser Dringlichkeit heute zustimmen. Wir hoffen und wir gehen davon aus, dass es ein richtiges Signal für die Regionen ist, dass es für die Menschen, was die Arbeitsplätze betrifft, ein richtiges Signal ist und eines möchte ich jedem mitgeben: Es ist höchste Zeit aus diesem "Dahinwurschteln" herauszukommen und moderne Betriebe zu entwickeln. Aber eines sage ich auch heute schon, das habe ich im Aufsichtsrat schon mehrfach gesagt, beim 6. Kondratjeff wird nicht davon gesprochen Wellnesscenters zu errichten, sondern man geht davon aus, dass die Gesundheit im Zentrum stehen wird. Und hier werden wir die feine Differenzierung auch noch auszudiskutieren haben. Denn wir glauben, dass nicht nur Erholung und Spaß das Entscheidende sein werden, sondern wir glauben sehr wohl, dass die vielen Möglichkeiten, die sich in Bad Hall und Bad Ischl auch von der medizinischen Seite her ergeben, ein wesentlicher Bestandteil für eine weitere perspektivische Entwicklung dieser beiden Standorte sein soll. Damit werden wir diesem Antrag zustimmen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke! Ich schließe die Wechselrede und ich lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die der Dringlichkeit zur Beilage 1164/2007 betreffend die im Rahmen der geplanten Großinvestitionen bei der Kaisertherme Bad Ischl NfG. & Co. KG Tassilo Kurbetriebe Bad Hall GmbH NfG. & Co. KG (Oö. Thermenoffensive) zu übernehmenden Mehrjahresverpflichtungen und Haftungen sowie die vorzunehmenden Liegenschaftsübertragungen zustimmen ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen wurde.

Der Herr Schriftführer hat ebenfalls angekündigt, dass die Unterzeichner der Beilage 1171/2007 betreffend den Abschluss eines Finanzierungsübereinkommens für die zu errichtende Verbindung der Mühlkreisbahn mit dem Hauptbahnhof Linz (City-S-Bahn) im Rahmen

ihres Antrages vorschlagen, diese Beilage ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorbereitung zuzuweisen. Bei dieser Beilage 1171/2007 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend den Abschluss eines Finanzierungsübereinkommens für die zu errichtende Verbindung der Mühlkreisbahn mit dem Hauptbahnhof Linz (City-S-Bahn). Es benötigt ebenfalls einen Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtages und ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 1171/2007 betreffend den Abschluss eines Finanzierungsübereinkommens für die zu errichtende Verbindung der Mühlkreisbahn mit dem Hauptbahnhof Linz (City-S-Bahn) die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Kapeller.

Abg. **Kapeller:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor zwölf Jahren, also im Jahr 1995 wurde die City-S-Bahn beschlossen, wobei ursprünglich die Errichtung für die Jahre 1997 bis 2005 geplant gewesen wäre. Wäre damals alles nach den Vorstellungen gegangen, die die Verantwortungsträger, also auch wir gehabt hätten, so hätten wir schon vor zwei Jahren die Eröffnung dieses sehr wichtigen Verkehrsprojektes in die Realität umgesetzt und die Bahn würde bereits in Betrieb sein. Leider ist es ganz anders gekommen und wir haben – und viele erinnern sich noch daran – am 18.11.2004, bei der damaligen Landtagssitzung, einen Initiativeintrag eingebracht, weil wir damals wollten, dass die City-S-Bahn rasch realisiert und nicht weiter verzögert wird. Viele erinnern sich noch an den Tag vorher, da war der damalige Verkehrsstaatssekretär Helmut Kuckacka hier im Haus. Beim zweiten City-S-Bahn-Gipfel hat der damals festgestellt, dass die City-S-Bahn ein verkehrspolitisch sinnvolles und wirtschaftlich vertretbares Projekt sei und er hat damals in Aussicht gestellt, dass die Errichtung ab dem Jahre 2010 realisiert werden sollte. In der Zwischenzeit zogen natürlich sehr viele Jahre wieder ins Land mit wechselnden Verkehrsministern und die Neuwahl des Parlaments.

Und nun haben am 26.03.2007 Finanzminister Molterer und auch Bundesminister Faymann das Investitionsprogramm der Bundesregierung präsentiert, und darin ist auch festgehalten, dass die Planung der City-S-Bahn nun bis zum Jahr 2009 vorgenommen werden soll. Die Umsetzung ist aber von der Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Oberösterreich abhängig, da bei den bisherigen konkreten Finanzierungsverhandlungen mit dem Bund es bisher noch zu keiner abschließenden Finanzierungsvereinbarung gekommen ist. Bei den konkreten Finanzierungsverhandlungen mit dem Bund wurden ja Forderungen aufgestellt, Sie alle kennen sie, dass vom Land Oberösterreich hier eine Mitfinanzierung bei den Grundstückskosten gegeben sein soll, wobei die Grundstücke ja bereits einer ÖBB-Tochtergesellschaft gehören. Und der Bund verlangte weiters, dass sich das Land an den Betriebsführungskosten der ÖBB-Infrastruktur beteiligen müsste, und das Land Oberösterreich hat diese Vorgaben nicht akzeptiert. Daher ist es notwendig, dass es zu neuerlichen Verhandlungen kommt, denn ich glaube, es steht außer Frage, dass diese Bahn gebaut werden muss, und genauso steht es für mich außer Frage, dass natürlich auch diese Bahn in unser oberösterreichisches Verkehrskonzept in der ursprünglichen Formulierung hinein gehört. Und daher ist es unbedingt notwendig, dass wir uns immer wieder als Abgeordnete sehr klar für die City-S-Bahn aussprechen und uns auch dazu bekennen.

Und daher haben wir den vorliegenden Initiativantrag eingebracht mit folgendem Resolutionstext: Der Oberösterreichische Landtag ersucht die Oberösterreichische Landesregierung in Abstimmung mit der Stadt Linz mit der Bundesregierung in Verhandlungen einzutreten, um ein Finanzierungsübereinkommen für die zu errichtende Bahnverbindung der Mühlkreisbahn und dem Hauptbahnhof Linz abzuschließen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben diesen Antrag auch deshalb dringend eingebracht, damit es nach Ende der Planungen im Jahre 2009 zu einer raschen Realisierung der City-S-Bahn kommen kann. Wir wollen, dass die City-S-Bahn rasch gebaut wird, ohne weiteren Zeitverlust, und dass nach Abschluss der Planung dies auch ermöglicht wird, weil ich davon ausgehe, dass die City-S-Bahn eine sehr starke Stärkung für den öffentlichen Verkehr in Oberösterreich sein wird. Und ich ersuche daher auch als Vorsitzender des Unterausschusses die Landtagsdirektion einen Termin zu koordinieren, damit wir rasch den Unterausschuss zur City-S-Bahn einberufen, damit wir uns auch auf Grund der Beschlüsse mit dieser Thematik beschäftigen können. Ich möchte mich auch bedanken bei den Abgeordneten der österreichischen Volkspartei und den Grünen, die diesen Antrag unterstützen, und ich ersuche alle Abgeordneten dieses Hauses, diesem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung zu geben, aber nicht nur dem Dringlichkeitsantrag, sondern auch dem Antrag selbst. Ich danke Ihnen dafür. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich bedanke mich. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Hirz.

Abg. **Hirz:** Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Grünen haben gemeinsam mit der ÖVP am Sonderlandtag dieses Jahres am 19. März einen Antrag eingebracht und auch abgestimmt, der den Bundesminister Faymann auffordert, ÖV-Projekte in Oberösterreich entsprechend umzusetzen. Konkret wird die Bundesregierung ersucht, für die rasche Realisierung und gesicherte Finanzierung folgender ÖV-Projekte einzutreten: Das ist der Ausbau der Westbahn, Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehr, der Ausbau der Summe-rauerbahn, da hat es einen Antrag im letzten Landtag gegeben, und natürlich der Neubau der City-S-Bahn. Und wir haben diesen Antrag deswegen auch ganz bewusst eingebracht, weil uns klar war, dass in einer Gleichstellung Straße und Schiene die Straße die wesentlich besseren Karten hat, und dass wir hier von Seiten des Landes Oberösterreich entsprechende Prioritäten setzen müssen. Es hat die SPÖ diesem Antrag leider nicht zugestimmt, und ich glaube, dass diese Enttäuschung, vom 26.3, was die Infrastrukturprojekte in Oberösterreich betrifft, wahrscheinlich nicht nur (Unverständlicher Zwischenrufe) uns - ich habe ja gesagt, dass man Prioritäten setzen muss. Ich weiß schon, dass das in eurem Antrag auch drinnen war, aber keine Prioritätensetzung. Weil ich schon angenommen habe, dass die Straße wahrscheinlich gewinnen wird, und leider ist es auch so gekommen, und ich nehme fast an, dass die zwei Anträge, die jetzt gestellt worden sind, so eine Art Wiedergutmachung sind für das, dass es die Zustimmung von eurer Seite nicht gegeben hat.

Was die Planung betrifft bis 2009, die Bundesminister Faymann angekündigt hat, so stellt sich für mich doch die Frage, was eigentlich noch geplant werden soll. Die Planungen habe ja begonnen 1999 mit der Machbarkeitsstudie der ÖBB und ich war selbst bei dem zweiten City-S-Bahn-Gipfel dabei, da konnte Staatssekretär Kukacka ganz genau auf die Pläne zurückgreifen, die im Endeffekt vorgelegen sind. Genauer Streckenverlauf bis zu den Haltestellen Europaplatz, Garnisonsstraße, Hafensstraße, Peuerbachstraße, das einzige Unklare war, wo soll die Brücke hinüber gehen. Aber im Großen und Ganzen sind die Planungen abgeschlossen und es ist leider, und da gebe ich dem Kollegen Kapeller Recht, dass seit diesem zweiten City-S-Bahn-Gipfel an und für sich Stillstand eingetreten ist. Und ich sage schon, und ich bedaure das auch, dass eigentlich der zuständige Verkehrsreferent, der jetzt vor mir sitzt und für den ÖV zuständig ist, sich nicht durchsetzen konnte auf Bundesebene, dass zumindest die ÖV-Projekte gleichrangig den Straßenprojekten behandelt werden. Das ist richtig, man zeigt dort hin, ich sage, ein Stück muss ich schon den Vorwurf erheben, dass mit dem starken Einsatz für die Straßen eigentlich die SPÖ ein Stück auch die Arbeit für den Franz Hiesl übernommen hat. Und ich glaube, dass dieser Antrag, der heute hier vorliegt,

auch ein Auftrag an den Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider ist, hier entsprechend beim Bundesministerium vorstellig zu werden und auch auf den Koalitionspartner Einfluss zu nehmen, die ÖVP, auch entsprechende Finanzmittel von Seiten des Bundes herzubringen. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Er hat mich ja darum ersucht!") Der Kollege Hiesl hat ersucht und der Erich Haider hat es erfüllt. Und ich denke, dass man ja schon einen Finanzierungsbeschluss hat, 80 Prozent Bund, 20 Prozent Land, und da glaube ich schon, dass es einen entsprechenden Auftrag gibt.

Wir Grüne werden diesen Antrag unterstützen, ganz bewusst, weil wir glauben, dass es für die City-S-Bahn keinen Aufschub mehr geben soll. Ich glaube, dass sie wichtig ist aus verkehrspolitischen Gründen, ich glaube, dass es uns auch gelingt mit diesem Lückenschluss zwischen Mühlkreisbahnhof und Hauptbahnhof auch Individualverkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen. Ich glaube, dass der Nutzen der City-S-Bahn auf der Hand liegt, vor allen Dingen, und da schaue ich die Kollegen aus dem Mühlviertel an, für das obere Mühlviertel, und im Speziellen natürlich, was den Nahverkehr betrifft, Rottenegg, Ottensheim, Puchenau, die das meiner Meinung nach besonders nützen können.

Der unterste, nach den Prognosen, der unterste Zuwachs ist also eine halbe Million Fahrten, die wir mit diesem Lückenschluss auf die Mühlkreisbahn bringen können. Das würde natürlich auch eine entsprechende deutliche Verbesserung der Verkehrssituation bei der Einfahrt nach Linz, bei der Rudolfstraße, bedeuten. Ich glaube auch, dass wir eine innerstädtische zweite Verkehrsachse in Linz brauchen und auch ÖV-mäßig den Osten von Linz erschließen sollten. Und immerhin sind 20.000 Arbeitsplätze fußläufig, fußläufig bitte, bei den vier Haltestellen erreichbar. Also, das ist wirklich so, dass es an der Sinnhaftigkeit dieser City-S-Bahn keinen Zweifel gibt. Es ist auch so, dass ja deswegen auch die City-S-Bahn zentraler Teil des Gesamtverkehrskonzeptes in Oberösterreich ist, das jetzt dem Ausschuss vorliegt.

Ich denke nur, und da erinnere ich mich an den Ausschuss, wo die Kollegen von der SPÖ immer wieder gesagt haben, sie wollen ganz genau festgeschrieben haben, wie denn der Streckenverlauf sei. Ich glaube, dass mit der heutigen Zustimmung, die wir dem Antrag geben, erstens einmal klar ist, dass sowohl die ÖVP als auch die Grünen die City-S-Bahn wollen. Ich mache auch darauf aufmerksam, dass es vielleicht nicht ganz schlüssig ist, auf der einen Seite ganz genau festzuschreiben, wo die City-S-Bahn verlaufen soll, und gleichzeitig der Bundesminister sagt, er möchte bis 2009 2,4 Millionen in die Planung noch investieren. Das ist für mich nicht ganz logisch, aber zum Schluss noch einmal, es ist keine Frage, die City-S-Bahn ist ein gutes Projekt, wir werden der Dringlichkeit zustimmen und natürlich auch inhaltlich zustimmen. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich erteile Herrn Klubobmann Steinkellner das Wort.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es handelt sich hier um ein absolut sinnvolles Projekt, es handelt sich hier um Infrastruktur, und es handelt sich offensichtlich auch um ein Projekt, das etwas mehr Zeit benötigt.

Kollege Steinkogler, nur ein Seitensatz zu dem, was du vorher gesagt hast. Niemand im Tourismus regt sich gegen die Infrastruktur auf, nur die Überlegung, dass wir öffentliches Geld in Hotelbetriebe hineinstecken und damit die private Wirtschaft konkurrenzieren, ist eine gefährliche Entwicklung. (Zwischenruf Abg. Steinkogler: "Das ist ja nicht richtig, das Hotel gibt es ja schon 30 Jahre!") Darüber denk einmal nach.

Hier ist nur eines interessant, dass heute der Landtag einen Beschluss fasst, dass wir finanziell die City-S-Bahn rechtsverbindlich absichern. Ich habe hier von der NAVEG, Baufortschritt beim City-S-Bahn-Tunnel 2005, ein Foto eines Tunnels der City-S-Bahn. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Der ist eh schon gebaut!") Der ist schon gebaut. Hoffentlich ist er auch finanziert, ich würde mir nämlich schon wünschen, danke - (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Der ist schon finanziert, das ist da herinnen beschlossen worden!") - worum geht es denn eigentlich, wir sollen keine potemkinschen Dörfer bauen. Danke, aber jetzt kommt es, ihr habt möglicherweise etwas zu bald gelacht. Man hat also einen Tunnel gebaut, man hat Maßnahmen ergriffen, und jetzt diskutieren wir überhaupt über die Finanzierung der gesamten City-S-Bahn, obwohl ich hier gerade ein Foto eines bereits fertigen Tunnels vorgelegt habe. Ich denke nur, bei Vorbereitung von derartigen, wichtigen Infrastrukturprojekten wäre es schon gescheit, wenn man die Gesamtplanung der gesamten City-S-Bahn rechtsverbindlich absichert, nicht in der Mitte drinnen irgend einen Tunnel möglicherweise, weil das andere nicht kommt, singulär dastehen lässt. Weil das ist eine Maßnahme, die auf Kosten der Steuerzahler gehen würde, wenn wir plötzlich nur da mitten drinnen einen Tunnel haben und rundherum würde es nicht weitergehen.

Wir wollen, dass sie kommt. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Darum musst du mithelfen!") Erich Haider, ich unterstütze dich absolut, dass sie kommt, ich bitte dich nur die Zusage aus dem Ausschuss jetzt auch wirklich einzulösen, denn du hast ja gesagt, dass bis Anfang 2006 weitere Informationen zur Entscheidung vorliegen werden. Wir haben jetzt schon fast nicht mehr Anfang 2007, und ich würde dich bitten, diese Zusage der Information für die Abgeordneten im Ausschuss einzulösen, wie es ja auch von deinem eigenen Verkehrssprecher von dir eingemahnt worden ist. Finde ich eh toll, dass die eigene Fraktion dem Parteiobmann sagt, jetzt sag uns endlich, was du uns zugesagt hast. Aber wenn es schon der eigene Verkehrssprecher macht, dann bitte ich doch auch, das tatsächlich umzusetzen. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Er hat es der Landtagsdirektion gesagt!") Nein, ich finde demokratiepolitisch ist das klasse, dass die eigene Fraktion den Verkehrsreferenten hier wirklich drängt. Die Zusage haben wir protokolliert, und der Erich Haider wird das auch tatsächlich tun.

Aber etwas anderes in der Verkehrspolitik sollte man hier in diesem Haus nicht vergessen, weil ja gerade der grüne Angriff wieder gekommen ist auf den öffentlichen Verkehr. Liebe grüne Fraktion! (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Nein, im Gegenteil!") Moment einmal, dass nichts weitergeht, diese Litanei kennen wir schon. Ich sage nur, ihr solltet vielleicht doch etwas kompromissbereiter sein. Denn solange die Grünen gegen die 4. Donaubrücke sind, solange die Grünen gegen den Westring sind, solange die Grünen gegen die Mühlkreisautobahn sind, solange die Grünen gegen eine Planung der Ostumfahrung von Linz sind, solange die Grünen gegen einen 6-spurigen Ausbau der Innkreisautobahn sind, und alles, was Straße betrifft blockiert wird, ist es halt schwierig, einen Konsens in Oberösterreich zustande zu bringen. Heute habe ich mich bemüht als Klubobmann in der Klubobmännerkonferenz wiederum einen gemeinsamen Antrag zu erwirken, dass vielleicht auch die rechtsverbindliche Absicherung der 4. Donaubrücke mit dem Westring kommen wird. Natürlich hat der grüne Klubobmann das in der Klubobmännerkonferenz blockiert, weil dazu Einstimmigkeit notwendig wäre. Gibt es nicht. Ich kündige deswegen bereits das Einbringen eines Antrags der Freiheitlichen an. Der Oberösterreichische Landtag ersucht die Landesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit der Bundesregierung oder ASFINAG ein Übereinkommen anzustreben, dass den in Aussicht gestellten Bau des Linzer Westrings samt 4. Donaubrücke verbindlich absichert. Und ich bringe diesen Antrag jetzt ein, damit man auch Straße und Schiene gleich behandelt werden und ich bitte um Unterstützung von allen Ab-

geordneten. Danke. (Beifall, Zwischenruf Abg. Hirz: "Die Straßen haben wir eh schon, aber die Schiene noch nicht!")

Zweite Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist Herr Kollege Stelzer.

Abg. **Mag. Stelzer:** Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die City-S-Bahn hat ja wirklich in diesem Haus, aber auch in der Stadt Linz eine zumindest lange Vorlaufgeschichte. Da wurden ja verschiedenste Varianten diskutiert, geprüft, erfunden. Da gibt es Begriffe, die geprägt wurden, Oismüller-Studie sage ich nur dazu, und so weiter. Aber die jetzige Variante, über die wir jetzt auch diskutieren, ist, glaube ich, wirklich unumstritten, und deshalb ist auch die Planung so weit fortgeschritten, weil sie nicht nur in der Stadt Linz, aber schon dort auch, eine wesentliche ÖV-Aufgabe übernimmt, sondern natürlich auch für die vielen Pendlerinnen und Pendler.

Und jetzt geht es darum, und das ist offensichtlich der ganz schwierige Teil an der Geschichte, dieses Ziel, das wir gemeinsam haben, auch zu erreichen und zu erkämpfen letztendlich im politischen Verteilungskampf in dieser Republik. Da haben wir einige Partner im Lande mit den betroffenen Gemeinden, da geht es um Regelungen wie Haltestellen, und so weiter. Wo es ja auch um das Mittun und das Mitfinanzieren geht. Im Speziellen natürlich mit der Stadt Linz, und es gibt schon noch einige Hausaufgaben, weil heute so ganz kurz nur, quasi als Nebenbemerkung, die Brückenfrage gefallen ist. Also, ich zumindest weiß nicht, und es gibt, glaube ich, auch noch keine Unterlagen, wie das jetzt wirklich mit der Donauquerung sein soll, denn die Stadt Linz sagt, wir möchten an Stelle der bisherigen Eisenbahnbrücke einen eigenen Straßenübergang, eine eigene Straßenbrücke schaffen. Wie das dann aber geht mit der Schienenquerung über die Donau, da ist, glaube ich, beileibe noch keine Lösung erzielt, also, das ist schon noch eine Hausaufgabe, die es hier im Land auch zu machen gibt. Und natürlich treten auch in der Stadt Linz immer wieder Neuerungen ein. Man kann in den Medien mitverfolgen, die Pöstlingbergbahn, die ja ein historisches Juwel ist, wird auf den Hauptplatz verlängert, das heißt, auf der Strecke zwischen Mühlkreisbahnhof und der Innenstadt verdichtet sich in Zukunft natürlich der Versorgungstakt. Ich nehme an, auch das wird auf Fahrgastzahlen und so weiter eine Auswirkung haben. Ich gehe aber davon aus, dass im Ressort des Referenten für den öffentlichen Verkehr all das schon aufbereitet und geprüft wird und dann auch uns zur Kenntnis gebracht wird.

Und der andere Partner in dieser Frage ist natürlich der Bund, ist die ÖBB, und dort wird es wahrscheinlich auch um ein wirklich hartes Verhandeln gehen. Und es stimmt schon, was der Kollege Hirz angesprochen hat, ein bisschen auffällig ist es schon, dass im Infrastrukturpaket all die Maßnahmen, die wir für den öffentlichen Verkehr im Land brauchen würden, trotz SP-Verkehrsministers, die wichtigen Schienenverkehrsprojekte des Landes nicht in der Dimension und in der Zeitplanung hineingekommen sind, wie wir das gebraucht hätten, aber vielleicht können wir es jetzt im Nachhang mit zusätzlichen Beschlüssen, letztes Mal Sumneraubahn, heute wieder die City-S-Bahn, dem Verkehrsreferenten Dipl.-Ing. Haider etwas leichter machen, sich da in Wien durchzusetzen. Ich glaube, dass wir da durchaus entsprechende Betätigungsfelder noch haben. Es ist ja, was die Elektrifizierung der Mühlkreisbahn anlangt, diese Verteilung ein Drittel Land und zwei Drittel Bund zumindest eine auffällig unübliche Finanzierungsverteilung im Nahverkehrsbereich, wenn es um Finanzierungsfragen geht. Es geht um die Frage, wir sollen einen Verkehrsdienstvertrag bezahlen und daneben dann auch noch für die Betriebsführungskosten der Infrastruktur zahlen. Das sind ja alles keine schlanken Beträge. Also, da gibt es wirklich Verhandlungsmaterial genug, um die es hier geht, und wo wir, glaube ich, auch Einigkeit zeigen aus dem Land heraus.

Und daher bin ich sehr dafür, dass wir uns wieder einmal im Unterausschuss treffen, Herr Kollege Kapeller! Ich glaube, die letzte Sitzung hatten wir im Mai 2005, und wenn ich mir anhöre, was wir heute diskutieren, diesen Informationsstand hatten wir eigentlich damals schon. Aber jetzt sind halt zwei Jahre verstrichen, und es ist wirklich zu hinterfragen, aber das wird uns ja der Herr Verkehrsreferent im Unterausschuss erklären, was in diesen zwei Jahren nicht erreicht wurde, muss man sagen, und er wird sicher auch ein Konzept auf den Tisch legen, wie das jetzt schneller geht, weil er ja hinter sich uns hat, die wir diese Einigung wollen in dieser Frage, auch heute wieder dokumentiert mit einem Beschluss. Und es zählen vor allem auch, glaube ich, Vorleistungen, die das Land schon erbracht hat, denn immerhin zahlen wir einen relativ gut ausgestatteten Verkehrsdienstvertrag Jahr für Jahr an die ÖBB, in der Summe mit über 150 Millionen, und wir sind ja auch bei der Mühlkreisbahn, um die es ja zum Teil bei der City-S-Bahn geht, auch sehr großzügig gewesen in der Unterstützung, in der Anschaffung von Fahrzeugen und dergleichen mehr. Also, ich würde sagen, wir hätten in Wien eine starke Position, jetzt muss sie umgesetzt werden. Wir stimmen der Dringlichkeit und dem Inhalt zu. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die der Dringlichkeit zur Beilage 1171/2007 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Und stelle die einstimmige Annahme fest.

Es wurde ebenfalls angekündigt, dass die Unterzeichner der Beilage 1172/2007 im Rahmen ihres Antrags vorschlagen, diese Beilage ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend eine Novelle des Ökostromgesetzes. Es ist ebenfalls ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Und ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 1172/2007 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Komisch, jedes Mal wenn ich herausgehe, sind es immer weniger. Kurzer Einstieg, wieder einmal Thema Ökostromgesetz. Es ist nicht nur beim letzten UN-Bericht ganz klar herausgekommen, wenn wir bis 2020 nicht wirklich die Trendumkehr schaffen, werden wir uns die Schäden, die aus diesem Klimawandel dann entstehen, nicht mehr leisten können.

Aber auch eines der wesentlichen Ergebnisse des Klimaschutzgipfels auf Bundesebene hat gezeigt, dass die Überarbeitung der bestehenden Ökostromregelung dringendst angegangen werden muss. Also ich glaube, hier zu reden über warum wir das brauchen ist müßig in diesem hohen Haus, das haben wir schon öfters gemacht. Der Energiesektor ist einer der Bereiche, die zum CO₂-Haushalt wesentlich beitragen und Einsparungen machen kann. Einerseits die Effizienz erhöhen, ganz klar, aber auch natürlich eine Erhöhung des Ökostromanteils.

Wir brauchen keine Evaluierung über die Folgen des bisherigen Ökostromgesetzes oder des neuen Ökostromgesetzes. Wir in Oberösterreich spüren ganz klar die Auswirkungen, die Kürzung des Vergütungszeitraumes, wir sind von 13 Jahren mit 100 Prozent Vergütung auf 10 Jahre zurück und dann abgestuft bis 12 Jahre. Hier ist ja ganz klar für die Anlagenbetreiber ein wesentlicher Nachteil. Die Fördermittel sind bis zu 80 Prozent gekürzt worden. Wir haben nur mehr noch 20 Millionen Euro jährlich zur Verfügung. Das ist so viel wie Fronius alleine in die Forschung in einem Jahr investiert.

Also hier haben wir dringend Aufholbedarf. Auch das schon angesprochene Windhundprinzip, das heißt, die Anlagenbetreiber bekommen erst dann Förderzusagen, wenn sie eine Genehmigung haben, das heißt sie müssen alle Vorarbeiten, alle Unterlagen, vorher investieren auf Risiko. Sie wissen nicht, ob sie es schaffen von der Zeit her in diesen Fördertopf hineinzufallen. Bitte das ist für Betreiber eine Zumutung. Das darf es nicht sein, hier schaden wir der österreichischen und auch der oberösterreichischen Wirtschaft ganz enorm.

Wir sehen die Auswirkungen bereits. Wir haben 2006 nur mehr noch eine einzige Biogasanlage, statt 47 in den Jahren 2004 und 2005. Wir haben nur mehr eine Biomasseverstromung genehmigt, die von der Firma Josko, statt 12 in den Jahren 2004 und 2005. Wir haben insgesamt beim letzten Ökostromimpulsprogramm, das von uns ausgegangen ist, insgesamt Einsparungen von 256.000 Tonnen CO₂ im ganzen Ökostrombereich. Diese Zahlen können wir mit diesem Ökostromgesetz nicht erreichen, also wir werden ganz klar weiter die CO₂-Bilanz, die Klimabilanz verfehlen. Hier ist Handlungsbedarf, aber nicht nur aus Klimagründen, sondern wie es sehr oft auch angesprochen wird hier im Landtag, auch um den Wirtschaftsstandort. Wirtschaftschancen werden damit gekürzt. Geplante 500 Millionen Euro sind 6.000 bis 8.000 Arbeitsplätze, die können nicht umgesetzt werden mit dieser jetzigen Förderung. Also hier schaden wir dem Heimmarkt ganz, ganz deutlich. Und die Ökonomie in Oberösterreich und in Österreich wird sich überlegen, ob sie noch weiter investiert in Forschung und Entwicklung und in Produktion, wenn der Heimmarkt so zusammenbricht. Auch die Exportchancen werden hier gekürzt, von anderen Folgeerscheinungen ganz abzusehen, dass sich der Atomstromimport erhöhen wird und dass auch die Importabhängigkeit in allen anderen Bereichen weiter wächst und größer wird.

Wir treten daher zum wiederholten Male für sofortige Neuverhandlungen über das Ökostromgesetz ein unter Einbindung der Länder mit den Expertinnen und Experten, um hier wirklich Vorrang zu geben für diese wichtigen Klimaschutzmaßnahmen. Die Effekte des deutschen Gesetzes für den Vorrang erneuerbare Energie sind bekannt, sind auch schon geprüft, sind evaluiert. Was hat es für Effekte gebracht? Es hat einen klaren Bruttobeschäftigungseffekt gebracht, nachweisbar bis zu 157.000 Arbeitsplätze. Hier muss man vergleichen, wie ist der Markt in Österreich und wie ist er in Deutschland. Es ist ein gesunder Mix von Ökostrom entstanden und hier ist die Abhängigkeit des Importes zurückgegangen. Der Ökostromzuschlag ist ein Teil, der hat die Wirtschaft nicht ruiniert, im Gegensatz, sie haben sie vor höheren Schadenszahlungen auch bewahrt. Der CO₂-Ausstoß ist in Deutschland bis zu minus 50 Prozent in diesem Sektor. Und ich glaube, das ist ein wesentlicher Beitrag und da sehen wir schon, dass dieses Gesetz mit den Eckpfeilern, die wir von der grünen Seite her vorschlagen haben, als Diskussionsbasis zu nehmen. Ja nicht irgendwas, sondern wirklich auch schon Erfahrungen zeigen, 45 andere Länder haben dieses Gesetz übernommen. Und ich glaube, hier können auch wir in Österreich, tun wir auch in Österreich gut daran, dieses als Basis zu nehmen.

Wir wollen mit den ExpertInnen hier an den Eckdaten, wie eben eine nachhaltige Energieversorgung dann auch sicherstellen, den Klimaschutz wesentlich vorantreiben und die Sicherung des Wirtschaftsstandortes. Die vier Eckpunkte sind angegeben. Das sind ganz klar auch abgeprüfte Eckdaten, ob das so möglich ist und notwendig ist. Und ich glaube, hier können wir gut vertrauen darauf auf Studien, die es gibt.

Was nehmen wir uns da heraus und wo lehnen wir uns da an? Eine langfristige Tarifgarantie ist für die Betreiber und Betreiberinnen für Ökostromanlagen ein wesentlicher Bereich hier zu kalkulieren, die degressiven Tarife für Neuanlagen, um die Technologie heranzuführen und

an die Marktreife heranzuführen, die Deckelung aber der Kostenbelastung für energieintensive Betriebe. Auch sind wir gefordert, Betriebe oder Industriezweige, die einfach nicht sagen können, wir sparen oder wir verwenden keine Energie, hier auch eine Deckelung einzuführen, dass es auch für diese berechenbar und kalkulierbar bleibt und natürlich mit klaren Effizienzkriterien. Ich bin auch nicht dafür, hier Geld zu verschwenden für etwas, was wirklich wirtschaftlich, aber auch umweltpolitisch nicht Sinn macht. Also hier klare Effizienzkriterien sind uns wichtig und ich glaube, da können wir auf einen guten Mix vertrauen. Und ich bitte um die Zustimmung der Dringlichkeit und auch der inhaltlichen Annahme, dass hier wirklich etwas vorangeht auf österreichischer Ebene. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich bedanke mich. Nächster Redner zur Dringlichkeit ist Herr Kollege Mayr.

Abg. Mayr: Sehr geehrte Landtagspräsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Klimawandel, globale Erwärmung, Klimakatastrophe, das sind Schlagwörter, die täglich in der Zeitung zu lesen sind. Einen Winter, der als Jahrhundertwinter eingegangen ist, ein April mit der Wahrscheinlichkeit, dass wir einen solchen erst in tausend Jahren wieder bekommen, 1 zu 1.000 ist die Wahrscheinlichkeit für einen solchen April. Das alles soll uns zum Nachdenken anregen und das ist auch der Grund für diesen Initiativantrag. Das Ökostromgesetz muss dringend erneuert oder verbessert werden. Es wurde darauf hingewiesen, dass Kyotozahlen, Kyotoverträge vorliegen und Österreich Probleme hat, diese einzuhalten, weil wir diese Zahlen, die hier angegeben sind, nicht schaffen. Es ist auch von der EU ein Vertragsverletzungsverfahren angekündigt worden. Das bedeutet für Österreich einerseits Zahlungen, aber andererseits auch, dass wir hier im Bereich Umwelt deutlich nachhinken und dort Maßnahmen unbedingt setzen müssen.

Allgemein kann jeder persönlich einen Beitrag leisten in verschiedenen Bereichen im Persönlichen. Und die Überlegung selbst, wie wir die Energieversorgung in Zukunft anstellen, muss auch dementsprechend diskutiert werden und muss auch darüber nachgedacht werden, wie wir es in Zukunft umsetzen. Der Verkehr, wenn man den ansieht, ein gewichtiger Faktor, seit 1990 hat sich der Lkw-Verkehr verdoppelt. Und auch in der Industrie und Landwirtschaft müssen wir darüber nachdenken wie wir sie in Zukunft darnach ausrichten. Die Verbesserungen der Energieeffizienz ist ein wesentliches Thema. Energie ist begrenzt und deshalb sollten wir auch darüber nachdenken wie wir diese noch besser effizient nutzen können.

Für mich wesentlich bei diesem Ökostromgesetz, das zurzeit Gültigkeit hat, es ist so gestaltet, dass es sehr wenig Anreize hat und sehr wenig auf dieses Ökostromgesetz reagieren, das heißt, wir haben sehr wenig Betriebe, die dort investieren. Und uns darf das nicht passieren, dass es in Zukunft zu einem Stillstand kommt, sondern es muss zu einem Wachstum kommen, zu einem deutlichen Wachstum für die nächsten Jahre. Auch in der Überlegung des Umweltgedankens heraus und deshalb auch das Ansinnen oder der Aufruf an die SPÖ, diesen Pelletsantrag, den wir in den letzten Monaten intensiv behandelt und diskutiert haben, zurückzuziehen, weil wenn wir ihn so gestalten würden und so beschließen würden, kommt es auch hier zu einem Stillstand. Und darum auch diesen zu überdenken, weil wir auch in dieser Richtung weiterarbeiten müssen. Es wird seitens der Regierung, und da hat sich die ÖVP stark gemacht, mehr Geld für Forschungszwecke zur Verfügung gestellt. Im Forschungsbereich sind etwa sehr, sehr viele Leute, die hier ihre Arbeit haben und in diesem Bereich tätig sind und für uns in Zukunft positive Aspekte ausarbeiten. In der Umwelttechnik allein sind 20.000 Personen beschäftigt und haben einen Umsatz in etwa von vier Milliarden Euro jährlich.

Ich habe gesagt, die ÖVP hat sich stark in der Regierung eingesetzt und diesen 500-Millionen-Euro-Klima- und Energiefonds in die Welt gerufen, um hier dem nochmals Nachdruck zu verleihen, dass in diesem Bereich verstärkt geforscht und auch gearbeitet wird.

Es ist beim Klimaschutzgipfel angesprochen worden dieses Ökostromgesetz zu überarbeiten, weil es, wie gesagt, einige Probleme beinhaltet und wir deshalb auch Maßnahmen treffen müssen, dass hier in Zukunft verstärkt investiert wird. Wir brauchen diese langfristigen Garantien für diejenigen, die bereit sind, im Ökostromgesetz zu arbeiten und zu investieren. Ich komme aus einem Bezirk, dem Bezirk Grieskirchen, der nachweislich die meisten Ökostromanlagen, wenn man es bezirksmäßig sieht, in Oberösterreich hat. Wir haben sehr viele Anlagen, die sehr, sehr gut arbeiten, aber wir haben auch in diesen letzten Jahren keine neuen mehr dazu bekommen. Diese degressiven Tarife, die dazu dienen sollen, dass sich diese Anlagen auf den neuesten Standard halten, finde ich sehr positiv, es muss aber überlegt werden, dass man auch den Anreiz dazu schafft, dass sich diese Betriebe daran beteiligen. Es soll auch eine Kostendeckelung für Großindustrien geben, die besonders energieintensiv arbeiten. Auch darüber soll nachgedacht werden. Und meiner Meinung nach gehören auch diese Förderungen für fossile Kraftwerke herausgenommen.

Ich bitte deshalb im Sinne unserer nächsten Generationen diesen Antrag zu unterstützen. Wir haben letztes Jahr diesen Antrag bereits im Landtag diskutiert, wir haben ihn mehrheitlich beschlossen. Mich freut es, dass auch dieses Mal eine Partei mehr sich diesem Antrag anschließt. Und ich hoffe auch und es wurde angekündigt, dass im heurigen Jahr eine Überarbeitung auf Bundesebene erfolgen soll, dass diese Überarbeitung dieses neuen Ökostromgesetzes so erfolgt, dass wir auch in Zukunft dort vermehrt Schwerpunkte setzen können im Sinne unserer nächsten Generationen. In diesem Sinne auch bitte noch einmal um Unterstützung dieses Initiativantrages. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist Herr Kollege Makor-Winkelbauer.

Abg. **Makor-Winkelbauer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Keine hundert Tage nach der Angelobung der neuen Bundesregierung fand ein großer Klimagipfel statt. Zugegeben, dieser Klimagipfel hatte einige Geburtswehen, aber er war letztlich doch erfolgreich. Und ist es nicht so, wissen wir das vielleicht nicht aus der eigenen Erfahrung, es können die schönsten Kinder daraus hervorgehen, auch wenn die Geburtswehen besonders heftig waren. Ich war dabei, auch wenn ich nicht unmittelbar mitwirken konnte, aber ich habe das zumindest mitgekriegt. Und ist es nicht allemal besser, es gibt einen Vaterschaftsstreit über ein Kind, als man würde es weglegen. Das würde auch keiner wollen, also da freuen wir uns eher von dieser Seite her.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die neue Klimastrategie 2007 setzt auf einen breit angelegten Maßnahmenmix und beruht im Wesentlichen auf drei Säulen, nämlich die Industrie, die Raumwärme und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Wichtig darüber hinaus, und darum geht es in diesem vorliegenden Antrag ist die Forcierung der erneuerbaren Energie, das Energiesparen und die Verbesserung der Energieeffizienz sowie die Förderung von Umwelttechnologien. Meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Erreichung dieser Klimaschutzziele wird es per Juli 2007 ein mit bis zu 500 Millionen Euro dotierten Klima- und Energiefonds geben. Kollege Mayr hat bereits darauf hingewiesen.

Gerade wir aus Oberösterreich und als sozialdemokratische Oberöreicher sind darauf auch deswegen besonders stolz, weil der sozialdemokratische Verhandlungsführer bei den

Koalitionsverhandlungen, wo das festgeschrieben wurde, unser Landeshauptmann-Stellvertreter Erich Haider war, dem ich auf diesem Wege auch herzlich dafür danke, dass es diesen Fonds geben wird. Der Fonds soll die Entwicklung und Forschung erneuerbarer Energietechnologien finanzieren, Projekte im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs und Regionalverkehrs sowie Projekte zur Unterstützung der Marktdurchdringung von klimarelevanten und nachhaltigen Energietechnologien unterstützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Angesichts des Klimawandels, es war bereits davon die Rede, ist eine Bündelung von vielen Maßnahmen für eine effiziente Klimastrategie notwendig und genau unbestritten umfasst dieses Maßnahmenbündel auch eine Novellierung des Ökostromgesetzes. Wir brauchen stabile, verlässliche und berechenbare Rahmenbedingungen mit fairen Einspeisetarifen. Ich glaube, dass es das Schlechteste wäre, wenn man in Halbjahresrhythmen oder womöglich noch kürzer das Ökostromgesetz novellieren würde, weil es eben dann nicht berechenbar ist. Ich denke, die unbestritten nicht besonders positiven Effekte der Novellierung 2006 sollten als Grundlage genommen werden, um das Gesetz zu überarbeiten und eine dauerhafte Lösung zu ermöglichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, im Ökostromgesetz ist durchaus noch Entwicklungsmöglichkeit und Ausbau drinnen. Das Gesetz sollte in jedem Fall darauf ausgerichtet sein, dass es zu einem Ausbau, zu einer Erweiterung der alternativen Energien in Österreich kommt.

Weil der Kollege Mayr, wie sage ich das jetzt, ein differenziertes Bild, ein differenziertes, wenn nicht sogar ein bisschen pessimistisches Bild gezeichnet hat, es stimmt ohne Zweifel was die Erreichung des Kyoto-Ziels betrifft, sind wir sehr weit vom Ziel entfernt. Es bedarf großer und größter Anstrengungen auch nur annähernd noch diese Ziele zu erreichen. Trotzdem in diesem Maßnahmenbündel und gerade auch was die Einbindung und das Verständnis der Bevölkerung betrifft, glaube ich, dass man doch auch immer wieder betonen muss, dass Österreich auf seinem Weg, was die erneuerbaren und regenerierbaren Energien betrifft, durchaus auf gutem Wege ist. Rund zwei Drittel des in Österreich produzierten Stroms kommen derzeit schon aus den regenerativen Energieträgern. Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, nimmt Österreich innerhalb der EU den zweiten Platz hinter Lettland ein. Und auch was den Zuwachs an erneuerbaren Energien betrifft und Ökostrom betrifft, ist Österreich unter den Top Five was die letzten fünf Jahre betrifft.

Im Jahr 2002 hat Österreich 412 Gigawattstunden Ökostrom erzeugt, vier Jahre später war es die achtfache Menge, 3.500 Gigawattstunden. Dass es dann zu einer Abflachung des Zuwachses gekommen ist, ist unbestritten, und darum, meine sehr geehrten Damen und Herren, wollen wir auch das Ökostromgesetz novellieren. Auch der Wirtschaftsfaktor Ökostromgesetz ist nicht zu vernachlässigen. Es ist jene Branche, die doppelt bis dreimal so schnell wächst als andere oder der Durchschnitt der österreichischen Wirtschaft und der Arbeitsplatzeffekt daraus darf ebenfalls nicht unterschätzt werden.

Abschließend meine sehr geehrten Damen und Herren, um dauerhaft und auch nachhaltig Ökostrom erzeugen zu können, glaube ich, muss es auch gelingen in der Bevölkerung Verständnis, nämlich nachhaltiges Verständnis für mögliche zukünftige Abgaben, die man auch brauchen wird, zu erhalten. Und um dieses Verständnis zu erhalten, halte ich es für sehr wichtig, dass man auch eine soziale Verantwortung im Umweltbereich immer mitdenkt, das heißt, wenn es darum geht mögliche Belastungen zu verteilen, dass sie auch fair auf alle Gruppen, auf alle Bereiche der Gesellschaft verteilt sind, weil es würde keinen Sinn machen im Bereich des Umweltschutzes da eine Umverteilungspolitik womöglich noch in die verkehr-

te Richtung zu machen. In diesem Sinne unterstützen wir den Antrag das Ökostromgesetz zu novellieren, ob es jetzt 1 : 1 das deutsche Modell sein soll, es hat viel Charme, mit den degressiven Tarifen, unbestritten, ob es 1 : 1 übernommen wird, das lassen wir dann unseren Experten in Wien entscheiden, dass es ein Vorbild ist und man Erfahrung gewonnen hat, ist ebenfalls unbestritten. Wir werden die Dringlichkeit und den Antrag unterstützen. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Als Letzter zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Dr. Brunmair.

Abg. Dr. Brunmair: Werte Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe hier den Presdienst des Landes mit Rudi Anschober, Landesrat Rudi Anschober, Dipl. Ing. Dr. Dell als Landesbeauftragten, wo also der schöne Titel "Oberösterreich setzt auf die Energiewende als wichtigen Teil der oberösterreichischen Klimastrategie", Zahlen, Daten und Fakten werden präsentiert. Da wird von tausenden neuen Arbeitsplätzen berichtet, dass sich die neueste Energiebilanz Oberösterreichs wirklich sehen lassen kann und dass wir auf einem guten, ja sehr guten Weg sind. Es wird auch in einem Satz bemerkt: Auch der Ökostrom konnte trotz Gegenwind aus Wien, damit ist also die letzte Novellierung natürlich gemeint, verstärkt werden. 13 % des oberösterreichischen Stromverbrauches erfolgen durch Ökostrom. Es wird also das ambitionierte Ziel vorgestellt zur völligen Umstellung des Wärme und Stromverbrauches auf erneuerbare Energie bis 2030.

Wir sagen grundsätzlich, alles was dem Klimaschutz dient, der Selbständigkeit, der Autarkie, was Energiefragen anbelangt, alles was hier sinnvoll, gut diskutiert und fundiert entwickelt wird, projiziert, geplant und finanziert und gefördert wird, ist richtig.

Aber, und nun zu dieser Resolution und zur Dringlichkeit. Ich stelle dem auch gegenüber als Faktum einen Aktenvermerk, eine Aussage vom Dezember 2004 zur damals in Diskussion stehenden Novellierung des Ökostromgesetzes 2002. Da sagt ein Experte: Das Ökostromgesetz 2002 hat ziemlich weit über das Ziel hinausgeschossen und eine sinnvolle Deckelung, so wie der gezielte Einsatz der Fördermittel im Sinne einer Kosten-/Nutzenrechnung wäre notwendig. Gleicher Experte (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Wie heißt er denn?") oder mehrere Experten sagen ebenso: Eine Übernahme des deutschen Systems sei Unsinn. Das deutsche System sei ein Musterbeispiel für eine ufer- und grenzenlose Ökostrompolitik, also so, wie man es nicht machen soll. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "War das der Vertreter der Ölwirtschaft?") Ich lasse das so im Raum stehen.

Nun haben wir hier einen Antrag dringlich, wo mehr oder weniger eine erst kürzlich beschlossene Novellierung wieder völlig umgedreht werden soll. Ich nenne es fast einen Zick-Zack-Kurs in die andere extreme Variante, nämlich die Übernahme weitgehend oder vielleicht doch nur teilweise, wie es der Vorredner bereits angekündigt hat, des deutschen Modells für die Förderung erneuerbarer Energien.

Das ist der Inhalt, dem wir heute hier dringlich nicht zustimmen können und nicht zustimmen wollen, weil wir sagen, wir brauchen, wenn wir schon in Oberösterreich so gut sind und in Oberösterreich Vorreiter auch für Österreich sind, dann sollten wir ein Modell entwickeln, das unsere Stärken betont und das unsere Strukturen, vor allem auch die landwirtschaftliche Struktur, die Landwirtschaft als Rohlieferant der Energie, dass wir das auf das spezifisch abgestimmt einbringen sollen, wenn wir schon der Meinung sind und die berechtigte Meinung haben, dass dieses Ökostromgesetz vielleicht wieder in der Restriktion zu sehr über das Ziel geschossen hat.

Wir glauben, dass es nicht richtig ist, jetzt einen Antrag dringlich einzubringen, wo 1:1 das deutsche Modell als die Basis und Grundlage der Reform vorgestellt werden soll. Das ist für uns ein Schritt zu weit und doch glaube ich wieder in die falsche Richtung, um das große Ziel, das wir vor Augen haben, wirklich umsetzen können.

Ich erinnere auch daran, dass die Grundlage in Deutschland durch die Atomkraftwerke eine andere ist, dass das einmal auch mit ein Grund ist, dass man sagt, da muss man sozusagen (Unverständlicher Zwischenruf Abg. Schwarz) einen Grenzstrich in diesem Fall ziehen und sagen, ein Modell, das österreichspezifisch ist, das unsere Strukturen in den Mittelpunkt stellt und das auch unsere Stärken in den Mittelpunkt stellt, welche Sparten des Ökostroms wirklich also den Durchbruch schaffen und dann auch von der Kosten-/Nutzenrelation das Richtige sind, dass das besser wäre. Daher werden wir der Dringlichkeit und diesem Antrag nicht zustimmen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich schließe die Wechselrede. Ich lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die der Dringlichkeit zur Beilage 1172/2007 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen wurde.

Wir kommen zu den Verhandlungsgegenständen und somit zur ersten Beilage 1166/2007. Das ist der Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend die mittelfristige Finanzvorschau der Oö. Gesundheits- und Spitals-AG für die Jahre 2007 bis 2011. Ich bitte Herrn Kollegen Dr. Aichinger über diese Beilage zu berichten. (Die Dritte Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Abg. **Dr. Aichinger:** Danke. Geschätzte Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Beilage 1166/2007, Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend die mittelfristige Finanzvorschau der Oö. Gesundheits- und Spitals-AG für die Jahre 2007 bis 2011. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1166/2007.)

Der Ausschuss für Finanzen beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen: Die beiliegende mittelfristige Finanzvorschau der Oö. Gesundheits- und Spitals-AG für die Jahre 2007 bis 2011, deren Rahmendaten für die Jahre 2007 und 2008 als verbindlich anerkannt werden, wird unter Berücksichtigung und nach Maßgabe der in der Vorlage der Oö. Landesregierung angeführten Erläuterungen bzw. näheren Regelungen genehmigt.

Dritte Präsidentin: Danke schön. Ich eröffne die Wechselrede, zu der Frau Abgeordnete Röper-Kelmayer gemeldet ist.

Abg. **Dr. Röper-Kelmayer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohes Haus, werte Zuhörer auf der Zuschauertribüne! Gesundheit muss bei jeder Partei einen zentralen Stellenwert einnehmen. Und was erkennen wir durch diesen Bericht, der uns heute vorliegt? Dass Gesundheit ein nicht kalkulierbarer Bereich ist, finanziell gesehen. Kalkulierbar in dem Sinn, es können immer wieder Steigerungen eintreten, die wir nicht vorsehen, die wir nicht prognostizieren können. Ganz einfach, weil es um das Thema Mensch geht. Das ist nicht sehr einschätzbar.

Dem hohen Landtag liegt heute die mittelfristige Finanzvorschau der Oö. Spitals-AG, der gespag für die Jahre 2007 bis 2011 vor. Die Rahmendaten 2007 und 2008 sind als verbind-

lich anzuerkennen. Was man dabei erkennt, ist eine signifikante Kostensteigerung. Ich möchte jetzt nicht zu viele Zahlen nennen, aber zwei Zahlen sind hier doch sehr eklatant, und zwar eine Steigerung von 6,59 % betreffend 2006 auf 2007 und 23,06 % Kostensteigerung 2007 auf das Jahr 2008. Leistungszunahmen, steigende Energiekosten und zusätzliche Fremdfinanzierungen, zusätzliche Teile der Ersatzinvestitionen betreffend, sind hierbei die Ursache dieser Kostensteigerungen.

Einen Großteil der Erneuerungen und Ersatzanschaffungen über den Betriebsabgang zu decken gemäß dem Oö. KAG ist auch einstimmig im Aufsichtsrat der gespag beschlossen worden. Was erkennen wir allerdings durch diesen Bericht, durch diese mittelfristige Finanzvorschau? Wir erkennen, gleichgültig, welche Finanzierungsprämisse wir wählen, dass im Gesundheitsbereich zum einen Dank des medizinischen Fortschritts, aber auch der konsequent veränderten Parameter in technischer Hinsicht, demografischer Hinsicht und auch leistungsbezogener Hinsicht immer mehr Geld gefordert wird und immer mehr Geld notwendig sein wird.

Ist das ein Finanzdesaster, das uns erwartet, was die Jahre 2009 bis 2011 vielleicht erhoffen lassen würden? Nein, es ist überhaupt kein Finanzdesaster. Wir können nicht auf der einen Seite stolz sein auf eine Zunahme von Leistungen. Ich nenne jetzt hier, ohne andere Krankenanstalten, Orte schmälern zu wollen, die Krankenanstalten Steyr, die Krankenanstalten Vöcklabruck und die Landesfrauenklinik. Wir können nicht berechtigt stolz sein auf ein Plus von onkologischen Leistungen, an orthopädischen Leistungen, wo wir alle wissen, das sind die teuersten Leistungen im Spitalsbereich. Wir können nicht berechtigt stolz sein auf diese Dinge ohne zu wissen, dass wir hierfür sehr viel mehr Geld benötigen.

Für Oberösterreich gilt, bezogen auf Qualitätskriterien, haben wir sehr gute Noten, nicht nur Oberösterreich, sondern Österreich insgesamt. Was gilt für Qualitätskriterien, was sind hier wichtige Parameter? Das Versorgungsniveau, der Zugang zur Versorgung, der Zugang zum Niveau der Spitzenleistungen und der Anteil der Gesundheitskosten am Bruttoinlandsprodukt. Da sind wir in Oberösterreich Spitze mit unseren Spitalsträgern der Stadt Linz für das AKH, dem Land Oberösterreich für die gespag und den Ordensspitälern. Wir können also stolz sein auf unsere Gesundheitspolitik, denn es zählt eigentlich nur eine Relation, und zwar die Relation Kosten und Leistungen, die auf ein hervorragendes System in Oberösterreich hinweisen. Das ist die einzige Relation, die eigentlich zählt. Kosten und Leistungen, das ist eine Relation, die zielt auf Qualität ab. Ein Finanzproblem gibt es also nicht, denn es ist immer eine Frage des Systems und nicht der Mittel. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Brunmair.

Abg. Dr. Brunmair: Werte Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist richtig, wie die Kollegin Röper-Kelmayr gesagt hat, wir können stolz auf unser Gesundheitswesen, auf unsere Krankenhäuser, auf unsere medizinische Versorgung sein. Aber wenn man diese mittelfristige Planung sich genau ansieht, muss man auch Sorgen haben, Sorgen um die Finanzierung dieser großartigen Leistungen. Ich muss da schon ein paar Zahlen, damit sie auch dem werten Publikum auf der Galerie zu Ohren kommen und allen hier zu Ohren kommen, man muss die Zahlen einmal nennen.

Der Abgang, das heißt der Verlust der oberösterreichischen Krankenanstalten 2006 232 Millionen Euro, 2011 laut Plan 340 Millionen Euro. Die Gemeindebeiträge, also was die Gemeinden, die finanziell ohnehin immer größere Probleme haben, die Gemeindebeiträge entwi-

ckeln sich von 93 Millionen Euro auf 136 Millionen Euro, also auch eine beinahe 50%ige Steigerung von 2006 bis 2011. Die Landesmittel, also die Beiträge des Landes von 139 Millionen Euro auf 251 Millionen Euro, wiederum von 2006 auf 2011.

Ich glaube, man muss diese Zahlen hier deutlich und laut sagen, weil es darum geht, wie finanzieren wir in absehbarer Zeit unsere Krankenhäuser, unser Gesundheitswesen tatsächlich. Herr Landeshauptmann, ich unterstütze deine Ankündigung gestern bei der Fünf-Jahres-Feier der gespag sehr wohl, dass wir hier darüber reden müssen, wie wird die Abgangsdeckung tatsächlich finanziert und bleibt hier die Abgangsdeckung ausschließlich, wie es bisher eben der Fall ist, eine Last der Gemeinden und des Landes oder was ist mit den weiteren zwei Partnern des Gesundheitswesens, dem Bund und den Sozialversicherungen? Ich glaube, dass es bei diesen Zahlen wirklich an der Zeit ist, hier die Diagnose zu stellen, in Zukunft wirklich noch finanzierbar und wie machen wir hier die Therapie und das wollte ich als Einleitung zur Diskussion über die mittelfristige Finanzierung sagen.

Es gibt auch noch ein paar weitere Baustellen würde ich sagen im Bereich der Gesundheitsfinanzierung oder überhaupt des gespag-Bereiches und des Krankenhausbereiches. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Baustellen haben wir viele. Bei jedem Krankenhaus haben wir eine Baustelle!") Es gibt aber auch großartige Baustellen, das sind positive Baustellen. Es gibt auch organisatorische Baustellen, Herr Landeshauptmann. Nicht mehr eine Baustelle ist die Versorgungsregion Hausruckviertel, wo sich zwei Spitäler, nämlich Wels und Grieskirchen, zwei unterschiedliche Träger zusammengefunden haben, in der Erkenntnis, dass man hier Geld sparen kann und das ist eine großartige Angelegenheit.

Es ist aber noch immer offen und jetzt habe ich es schon sehr oft gesagt, die Zusammenarbeit und der komplette Zusammenschluss, ich nenne es wieder einmal so, das Klinikzentrum, das ja eh schon nebeneinander steht, Wels und Grieskirchen sind immerhin zwanzig Kilometer oder noch mehr auseinander, aber hier in Linz haben wir ein Allgemeines Krankenhaus, eine Landesfrauen- und Kinderklinik und ein Unfallkrankenhaus. Wann endlich werden diese unterschiedlichen Träger, diese Spitäler so miteinander verschmolzen, dass wir wirklich hier die Ressourcen an finanziellen Einsparungen heben können? Das ist tatsächlich eine organisatorische Baustelle. Gleichfalls erwähne ich hier in dem Zusammenhang, dass in der Landesfrauen- und Kinderklinik immer noch große Raumressourcen freistehen, wo die Nutzung nach unserer Anfrage weiterhin offen ist.

Ein weiterer Punkt, den ich heute kritisch anmerken möchte zur gespag-Finanzierung, ist die doch sehr oberflächliche Diskussion, die jetzt eingeleitet wurde, was die interventionelle Kardiologie angeht, dass man jetzt, nachdem es Herzkathederuntersuchungen und -therapie in Oberösterreich oder österreichweit seit über zwanzig Jahren gibt, 1985 hat man damit begonnen oder noch früher, also das ist sozusagen in Großbetrieb gegangen, dass man jetzt auf einmal sorglos anfängt und eine Dezentralisierung, eine einseitige Dezentralisierung einfordert von gewissen Lokalpolitikern, von Vertretern auch der gespag sage ich hier einmal, weil sie halt ihre Schwerpunktkrankenhäuser Steyr und Vöcklabruck mit der interventionellen Kardiologie aufwerten möchten.

Wenn wir über eine Dezentralisierung diskutieren, dann möchte ich bitte eine Dezentralisierung oberösterreichweit diskutieren und nicht, weil es zwei solche Spitäler sind und im Innviertel mit einem anderen Problembereich, wenn man es aus dieser Sichtweise betrachtet, möchte ich da also auch das Innviertel hier einbringen. Wenn man also über eine Dezentralisierung diskutiert, dann müssen wir auch das Innviertel hier mit einbeziehen, weil hier auch dann die Kriterien entsprechend wären. Und gleichzeitig - und das gehört hier, glaube ich,

betont - ist der Zeitpunkt, dass wir jetzt ohne Wenn und Aber in eine Dezentralisierung hineingeht, der falsche, denn wer sich bei den Experten umhört und wer ein bisschen Bescheid weiß, der weiß, dass die Kardiologie, die Coronar-Behandlung gleichzeitig in der Diagnose und wahrscheinlich auch in der Therapie in eine ganz andere Richtung geht. Das heißt, dass das, was jetzt so einseitig gefordert ist, vielleicht oder wahrscheinlich in drei bis fünf Jahren überholt ist und das Ganze wieder auf den Kopf gestellt werden muss.

Daher zum Abschluss bitte ich bei dieser Diskussion um die interventionelle Coronar-Angiographie wirklich die Experten zu fragen, die Meinungen einzuholen und sich - wie ja bereits jetzt eh in einer Notbremse der SPÖ - auch gleichzeitig ein Antrag, ein Landtagsantrag eingebracht wird, dass man das in einem Unterausschuss oder mit Experten entsprechend diskutiert, damit wir hier nicht in die falsche Richtung gehen, bei dieser Sparte des Gesundheitswesens, das ja das Herzstück ist. Denn, wenn es um Coronar-Erkrankung geht, geht es meist um Leben und Tod. Und hier muss die bestmögliche Versorgung, auch in der Qualität, und das ist auch noch ein Punkt, der hier eine große Rolle spielt, es muss auch die Qualität der Versorgung, nicht nur die Zentralisierung oder die Dezentralisierung eine Rolle spielen, sondern auch die Qualität der Herzkatheder-Untersuchung.

Und daher werden wir mit Anmerkung dieser kritischen Punkte zur langfristigen Finanzierung diesmal entgegen unserer bisherigen Gewohnheit diesem Finanzierungsplan nicht zustimmen. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Die Rede war gut, aber der Schluss ist falsch!") (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Ulrike Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt schon sehr viel von Zahlen und Hintergründen gehört. Ich möchte aber das noch unterstreichen, was die Kollegin Röper-Kelmayer gesagt hat. Hinter all diesen Zahlen, hinter all diesen Kosten, über die wir immer nur reden, stehen die Menschen. Einerseits die Patientinnen und Patienten, andererseits aber auch die dort Beschäftigten im Gesundheitswesen. Ich habe heute schon einmal angesprochen, dass der neue Beschäftigungsmotor ganz klar der Gesundheitsbereich sein wird und jetzt auch schon ist, wenn man die Zahlen sieht. Wie viel sind denn dort tätig?

Leider Gottes - und das ist meine kritische Anmerkung – passiert aber insgesamt noch kein Umdenken im Gesundheitswesen und da habe ich mich gestern ein bisschen bestätigt gefühlt. Ich weiß nicht mehr, wer das gestern bei den Fünf-Jahre-gespag gesagt hat, dass wir eigentlich irrtümlicherweise von einem Gesundheitswesen, einem sehr guten in Österreich, in Oberösterreich reden, aber eigentlich haben wir ein Krankheitswesen. Das heißt, wir verwalten Krankheiten. Wir sind noch zu sehr in der Reparaturmedizin verhaftet, und das verursacht auch mehr Kosten als wir vielleicht hätten, wenn wir hier ein Umdenken, ein breites Umdenken in der Gesellschaft erreichen. Aber diese Diskussion hier zu führen, hat nicht direkt etwas mit dem Fünf-Jahres-Plan an der gespag zu tun.

Ich möchte noch auf zwei Punkte ganz speziell eingehen, weil sie auch schon angesprochen wurden und auch im Bericht noch einmal herausgehoben wurden. Die Nutzung von Synergien und die Kooperationen: Nutzung von Synergien - ja! Immer in dem Bereich, wo man auch abwägen muss, wem nützen die Synergien oder wann gefährden Synergien oder auch Kooperationen eine Wahlfreiheit der Patientinnen und Patienten. Wir müssen gerade in vielen Bereichen auch schauen, ist eine Kooperation oder ist eine gemeinsame Führung oder ein Austausch wirklich im Sinne einer qualitativen, regionalen Versorgung? Hier ist immer

Vorsicht walten zu lassen - oberstes Prinzip. Gerade auch im Bereich Wels und Grieskirchen, was ja einerseits zu begrüßen ist, aber andererseits auch viele Ängste in der Bevölkerung da sind. Die müssen wir ernst nehmen und ich glaube, die werden hoffentlich auch von beiden Betreiberinnen und Betreibern ernst genommen. Dass wir nicht dann von einem großen, von einem zentralen Krankenhaus alles was attraktiv ist, was spannend ist aus der Region, aus dem kleinen Krankenhaus, aus diesen Kooperationspartnern, aus der - wie sagt man - Dependance - aus der Außenstelle abgezogen werden, und dort nur mehr noch die Fälle bleiben, die halt nicht so attraktiv sind. Weder attraktiv in der Bezahlung noch attraktiv auch als Herausforderung für die Medizinerinnen und Mediziner, aber auch für das Pflegepersonal. Also, hier sind wir - glaube ich - aufgerufen, hier genau hinzuschauen. Wann ist eine Kooperation für die Menschen, die als Patientinnen und Patienten dort die regionale Versorgung brauchen und auch für die dort Tätigen auch wirklich sinnvoll? Es ist natürlich zu begrüßen, dass genau hier der Austausch passiert zwischen den Fachdisziplinen, dass hier mehr Rotation entsteht, dass einfach auch das Angebot für einen Mediziner, für eine Medizinerin attraktiv bleibt, weil es halt auch für gewisse Phasen im Krankenhaus, im hochwertigen Schwerpunktkrankenhaus auch wieder auftanken kann und hier tolle und interessante Aufgaben hat.

Wir müssen aber auch bei den Synergien aufpassen, dass wir nicht, weil wir halt gewohnt sind, das System so wie es jetzt ist, aufrechtzuerhalten. Und mir ist das irgendwie so bei den letzten Diskussionen, gerade auch bei den regionalen Strukturkonferenzen so in den Sinn gekommen. Eigentlich wollen wir an etwas festhalten, aber mit neuen Argumenten unterstützen. Wenn wir es nicht schaffen, wirklich hier mutigere Entscheidungen zu treffen und hier einfach diese eingefahrenen Wege auch dieser Kostenteilung, wer trägt was, wirklich aufzubrechen und wirklich zu versuchen in attraktiven - ob das Reformprojekte sind oder auch einmal mit Zahlen hinauszugehen, wo man sagt, was gibt es denn für zwei Pole und zwischen diesen beiden Polen finden wir gemeinsam eine Lösung. Weil nur so können wir die Synergien, die gerade zwischen Gesundheitsbereich und Sozialbereich bestehen. Wir können nicht immer nur von gespag als einem Teil, einem wichtigen Teil, reden, wenn wir nicht das Rundherum mit bedenken. Wir kommen in der gespag auf keinen grünen Zweig, wenn wir nicht das Gesamtsystem immer im Auge haben. Das ist der niedergelassene Bereich, wo natürlich die Kassen, die Versicherungsträger immer gleich abmahnen, wenn irgendwas in den niedergelassenen Bereich hinauskommt. Und der Sozialbereich immer auch gleich abmahnt, wenn man plötzlich sagt, okay, gewisse Komponenten kann man ja aus dem Krankenhaus, aus dem Akutkrankenhaus, aus dem Akutbett hinaus Richtung Sozialbereich verschieben. Immer wehren sich die anderen. Es ist auch verständlich, weil der, der die Kosten trägt, aber keine Planungskompetenz hat, ist das schwierig. Also, wenn wir hier nicht wirklich attraktivere und mutigere Schritte setzen, dann - glaube ich - werden wir immer noch dort hintümpeln. Und wenn jede Überlegung zum Beispiel mehr den Sozial- und Altenheimbereich zum Krankenhaus zu bringen und umgekehrt, immer in einem parteipolitischen Desaster landen, wie wir es kürzlich erlebt haben, dann glaube ich, sind wir von einer fortschrittlichen Entwicklung eines Gesundheits- und Krankensystems weit entfernt. Also, wirklich einmal zu versuchen, nicht jetzt immer die althergebrachten Wege beizubehalten, sondern wirklich hier einmal interessante Möglichkeiten anzudenken. Wir haben es mit dem in der Spitalsreformkommission beschlossenen Projekt Sierning angedacht. Leider Gottes merke ich auch hier, dass es massive Verzögerungen gibt. Und genau dieses Pilotprojekt, wo man schauen kann, bringt es wirklich das, was wir uns erwarten, wenn hier eine bessere medizinische Versorgung auch in Altenheimen ist, für ein gewisses Klientel, was einfach dann dort mehr an Pflegestatus als wie im alten Betreuungsstatus hat. Bringt es diese Synergien oder nicht, wenn das alles voran gleich vom Tisch gewischt wird?

Und ein weiterer wichtiger Punkt - und ich glaube, das ist nicht das erste Mal - wir haben bei den Kosten natürlich riesen viel Personalkosten. Aber, hier darf es keine Diskussion drüber geben, darf es eine Aufwertung geben, das darf nicht in Frage gestellt werden. Eine Aufwertung des Pflegepersonals ist oberste Prämisse für ein wirklich nachhaltig qualitatives Gesundheitswesen. Da dürfen wir nicht sparen. Wir dürfen nicht an den Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte sparen. Wir dürfen nicht immer neue Geräte fordern, neue Technologien immer wieder überall einfordern. Wir müssen wirklich in erster Linie an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer denken, die hier eine Aufwertung brauchen. Weil ohne einem guten Personal hat der Arzt nichts, wenn er operiert, und hat auch der beste Apparat nichts, wenn nicht hier auch ein geschultes Personal dafür zur Verfügung steht. Hier braucht es eine Verbesserung, eine weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Es muss die Möglichkeit geben, dass Pflegekräfte Aus-Zeit nehmen. Damit sie nicht, so wie jetzt, massiv von Burnout bedroht sind. Es müssen diese auch psychischen Belastungen, muss es Möglichkeiten geben, die einfach auch auszuleben. Hier einfach zu schauen, was für Möglichkeiten habe ich zur Unterstützung, wie kann es weitergehen. Also, hier darf nicht gespart werden. Auch in der Ausbildung, und das ist ein wesentlicher Punkt, den ich auch ansprechen möchte. Die Ausbildung in den Gesundheits- und Krankenpflegesschulen der gespag ist sehr hochwertig. Hier darf nicht daran gerüttelt werden. Hier dürfen nicht plötzlich neue Ideen, die einfach schnell einmal entstehen, (Zwischenruf Abg. Moser: "Wer rüttelt denn daran?") dieses wertvolle System unterlaufen. Hier braucht es klare, gute Arbeitsbedingungen, Ausbildung, aber auch Möglichkeiten der Planung, der flexibleren Planung auch für das Pflegepersonal. Also, ich trete dafür ein, dass hier dieser Fünf-Jahresplan ja vorliegt, und wesentliche Bereiche auch immer die Gehaltssituation oder Beschäftigungssituation dabei ist, dass wir hier nicht auf Kosten immerzu reduzieren, sondern auch überlegen, was ist das auch für ein Wirtschaftsfaktor für die Menschen und auch für das Land Oberösterreich?

Wir werden diesem Fünf-Jahresplan zustimmen, so wie auch im Aufsichtsrat zugestimmt wurde. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben im Bereich der Gesundheitsfinanzierung drei große Phänomene. Erstens, medizinischer Fortschritt: Wir wünschen uns alle, dass er rasant vor sich geht. Alles, was menschlicher Geist erfinden kann, um kranken Menschen zu helfen, um Leid zu lindern, um Leben zu verlängern, ist zu begrüßen. Und ich sage dazu, ist auch zu finanzieren.

Zweiter Punkt: Wir haben die Alterspyramide, eine Konsequenz auch aus dem Ersten. Oberösterreich wird älter und auch das ist zu finanzieren und Gesundheit und Pflege sind zusammenzuführen. Das ist ein Gebot der Stunde. In diese Richtung geht es. Das beginnt bei der Amtsorganisation und endet draußen in den Häusern. Wir brauchen dezentrale Lösungen, mobile Hilfe, denn mit Heimen allein werden wir die Probleme der Pflege nicht lösen.

Und wir haben drittens ein Finanzierungssystem, das noch immer ungerecht ist. Das derzeit nicht besonders schlagend ist, weil wir eine hohe Beschäftigung haben, ein hohe Konjunktur und daher die Sozialversicherungen hohe Einnahmen haben und daher auch ordentlich mitfinanzieren. Der Deckel des Bundes ist nach wie vor ungerecht und in Zeiten nicht guter Konjunktur ist auch der Deckel der Gebietskrankenkasse beziehungsweise der Sozialversicherungen nicht gerecht.

Meine Damen und Herren, man darf nicht übersehen, was sich das Land Oberösterreich zugemutet hat – 1.825.000.000 Euro Investitionen in zwölf Jahren. Natürlich kann man das, und das drückt sich auch in der Vorschau aus, nicht im selben Zeitraum auch bezahlen. Ich sage ihnen jetzt einen Vergleich: das genau neunmal so große Bayern investiert heuer 230 Millionen Euro in seine Spitäler. Das neunmal kleinere Oberösterreich investiert 215 Millionen Euro heuer in seine Spitäler. Daran sehen sie, welchen Stellenwert die Spitalsinfrastruktur in Oberösterreich hat. (Beifall)

Wir haben die Invest-Offensive beim AKH abgeschlossen und auch ausfinanziert. Wir haben bei den Orden eine Invest-Offensive, die in etwa zwei Jahren beendet sein wird. Und wir haben in der gespag eine Invest-Offensive, die in ungefähr vier Jahren beendet sein wird. Ein riesiges Programm, das wir etwa auf einen Finanzierungszeitraum von 25 Jahren, aber gerechnet ab dem Jahr 1998, aufgebaut haben. Es ist richtig und das geht aus ihrem Beschluss hervor, dass wir in den letzten Jahren auch Ersatzinvestitionen zum Teil drittfianziert haben. Wir werden wieder stärker aus dem Budget die Ersatzinvestitionen fördern. Wir haben aber das auch deswegen getan, weil wir damit den Gemeindedeckungsbeitrag in den letzten Jahren, wo es wenig Einnahmen gegeben für die Gemeinden, auch dadurch relativ niedrig halten konnten. Wir haben aber das Geld nicht für etwas anderes genommen, sondern wir haben aus dem vom Landtag beschlossenen Programm der Investitionen der Ordensspitäler daher mehr direkt finanziert als ursprünglich vorgesehen waren. Und wir werden daher den Darlehensrahmen, den uns der Landtag gegeben hat, deutlich unterschreiten, weil dieses Geld hier herüber besser eingesetzt war, weil damit die Deckungsbeiträge der Gemeinden sehr niedrig geblieben sind.

Meine Damen und Herren, wir haben gestern fünf Jahre gespag begangen, und für mich ist das ein Anlass auch vor dem Landtag mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der gespag, aber vor allem auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller unserer oberösterreichischen Spitäler herzlich zu bedanken für ihre Arbeit. (Beifall)

Ich möchte abschließend noch drei Bemerkungen machen: Erstens, der Schritt, den die Franziskanerinnen und die Kreuzschwestern gegangen sind, ist ein mutiger, fortschrittlicher und ein zukunftsorientierter und muss von der Politik sehr gewürdigt werden. Das ist die Zukunft, auch für die Erhaltung der Standorte im ländlichen Raum, die bei verschärften Richtlinien, die von der Europäischen Gemeinschaft kommen, sonst gefährdet sind oder sonst zu Spitälern werden, wo man wenig machen darf. Das ist der richtige Schritt zur Erhaltung der Standorte im ländlichen Raum und es ist der richtig ökonomische Schritt. Zweiter Punkt: In Sachen Coronar-Angiographie äußere ich mich heute nicht. Da sage ich nur soviel, bitte auf den Tisch der Sachlichkeit. Sachlich die Dinge ausdiskutieren, die technologische Entwicklung berücksichtigen, die CTs kommen, berücksichtigen, dass voriges Monat Niederösterreich beschlossen hat, in Waidhofen eine Coronar-Angiographie anzuschaffen, was für unsere Patienten in Steyr und im Linzer Raum Auswirkungen haben wird. Solche Frage gehören heraus von der Parteipolitik und hin zur Sachpolitik. Dort müssen sie nach sachlichen Kriterien und ökonomischen Kriterien gelöst werden.

Dritter und letzter Punkt: Meine Damen und Herren, das Land Oberösterreich setzt im Spitalsbereich und im Gesundheitsbereich nicht nur durch Worte einen Schwerpunkt, sondern durch Daten. Lassen sie mich daher drei Zahlen nennen: Wir haben in Oberösterreich für unsere Spitäler im Jahr 1990 550 Millionen Euro ausgegeben. Im Jahr 2000 1.050.000.000 Euro und wir werden heuer rund 1.450.000.000 Euro ausgeben. Ich glaube, diese Zahlen sagen mehr als Tausend Worte, daher beende ich meine Rede. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 1166/2007 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 1167/2007. Das ist der Bericht des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport betreffend das Landesgesetz mit dem das Landesgesetz über die Oberösterreichische Lehrer-Kranken- und Unfallfürsorge geändert wird. Ich bitte Herrn Landtagsabgeordneten Magister Thomas Stelzer über diese Beilage 1167/2007 zu berichten.

Abg. Mag. Stelzer: Bericht des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport betreffend das Landesgesetz, mit dem das Landesgesetz über die Oberösterreichische Lehrer-Kranken- und Unfallfürsorge geändert wird. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1167/2007.)

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge das Landesgesetz, mit dem die Oö. Lehrer-Kranken- und Unfallfürsorge geändert wird (Oö. LKUFG-Novelle 2007), beschließen.

Dritte Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kraler.

Abg. Kraler: Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Stelzer hat es schon gesagt, diese Gesetze haben immer sehr klingende Namen, aber es ist ja auch eine relativ trockene Materie. Kurz ein paar Worte dazu: Es geht wirklich im Wesentlichen um die Anpassung einer Rechtsentwicklung, die sich auf Bundesebene abgespielt hat. Konkret eben um eine Neudefinierung von versicherten Angehörigen im Bereich der LKUF. Als Angehörige gelten ab 1. August 2007, da soll auch das Gesetz in Kraft treten, auch Personen, die mit dem Mitglied nicht verwandt sind. Um das geht es konkret, aber seit mindestens zehn Monaten mit dem Mitglied im gemeinsamen Haushalt leben, unentgeltlich Hausarbeit verrichten oder sich um die Kindererziehung kümmern oder selbst einen Pflegeanspruch aus der Stufe 4 haben oder auch das Mitglied, wenn das einen Pflegebedarf der Stufe 4 hat, pflegen. Daneben geht es natürlich auch um die redaktionellen und legistischen Ergänzungen und Korrekturen, die dann notwendig sind, wenn so eine Novelle gemacht wird. Das Ganze hat keine Auswirkungen auf die verschiedenen Gruppierungen unserer Gesellschaft, geschlechterneutral ist das Ganze auch formuliert, und EU-konform ist es auch, und daher gibt es unsererseits keine Bedenken dem zuzustimmen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 1167/2007 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 1168/2007. Das ist der Bericht des gemischten Ausschusses, Ausschuss für Verfassung und Verwaltung und Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten betreffend das Oberösterreichische Landes- und Gemeinde-Dienstrechtsänderungsgesetz 2007. Ich bitte Herrn Landtagsabgeordneten Johann Hingsamer über die Beilage 1168/2007 zu berichten.

Abg. **Hingsamer**: Bericht des Gemischten Ausschuss (Ausschuss für Verfassung und Verwaltung und Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten) betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Landesbeamtengesetz 1993, das Oö. Landes-Vertragsbedienstetengesetz, das Oö. Gehaltsgesetz 2001, das Oö. Landes-Gehaltsgesetz, das Oö. Pensionsgesetz 2006, das Oö. Landesbeamten-Pensionsgesetz, das Oö. Kranken- und Unfallfürsorgegesetz für Landesbedienstete, das Oö. Nebengebühreuzulagengesetz, das Oö. Landesbediensteten-Schutzgesetz 1998, das Oö. Mutterschutzgesetz und das Oö. Staturgemeinden-Beamtengesetz 2002 geändert werden (Oö. Landes- und Gemeinde-Dienstrechtsänderungsgesetz 2007). (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1168/2007.)

Der Gemischte Ausschuss (Ausschuss für Verfassung und Verwaltung und Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten) beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Oö. Landesbeamtengesetz 1993, das Oö. Landes-Vertragsbedienstetengesetz, das Oö. Gehaltsgesetz 2001, das Oö. Landes-Gehaltsgesetz, das Oö. Pensionsgesetz 2006, das Oö. Landesbeamten-Pensionsgesetz, das Oö. Kranken- und Unfallfürsorgegesetz für Landesbedienstete, das Oö. Nebengebühreuzulagengesetz, das Oö. Landesbediensteten-Schutzgesetz 1998, das Oö. Mutterschutzgesetz und das Oö. Statutargemeinden-Beamtengesetz 2002 geändert werden (Oö. Landes- und Gemeinde-Dienstrechtsänderungsgesetz 2007) beschließen.

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Dr. Fraiss.

Abg. **Dr. Fraiss**: Ich stelle gemäß § 18 Abs. 3 in Verbindung mit § 24 Abs. 2 der Landtagsgeschäftsordnung den mündlichen Geschäftsantrag auf getrennte Abstimmung über den Artikel II Z. 1, 33 und 34 des Oö. Landes- und Gemeinde-Dienstrechtsänderungsgesetzes 2007 – das ist die Neuregelung der Lehrverpflichtung der Musikschullehrer – samt den entsprechenden Erläuterungen im allgemeinen und besonderen Teil und den Entfall der besonderen Wechselrede.

Dritte Präsidentin: Danke. Sie haben den Antrag über den Geschäftsantrag gehört, ich eröffne über diesen Geschäftsantrag die Wechselrede, zu der niemand zu Wort gemeldet ist. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung über den Geschäftsantrag auf getrennte Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Geschäftsantrag auf getrennte Abstimmung zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist. Zu Wort gemeldet zum Verhandlungsgegenstand ist der Herr Abgeordnete Hingsamer.

Abg. **Hingsamer**: Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Die Materie, die heute beschlossen werden soll, wurde im Ausschuss nicht nur gut beraten, im Unterausschuss gut beraten, sondern auch, glaube ich, sehr, sehr gut vorbereitet. Die Beratung war gekennzeichnet vom Engagement, vor allem aber auch von der Bereitschaft, hier quer über Parteien hinweg, vernünftig das Gesetz anzupassen. Es ist ein Gesetz, das sich bekennt für den öffentlichen Dienst im Land, in den Gemeinden, ich bin dankbar dafür, dass es gelingt auf dieser Ebene für den Dienst auf Landesebene, wie auch für den Dienst in den Gemeinden möglichst vergleichbare und gleiche Voraussetzungen für die Mitarbeiter zu schaffen. Sehr gute Mitarbeiter haben wir in beiden Gebietskörperschaften, aber die Motivation der Mitarbeiter muss auch eine Grundlage dafür sein, um effizient in den Gemeinden arbeiten zu

können, um Service letztendlich für den Bürger geben und bringen zu können. So ist im Unterausschuss so manche Diskussion gewesen, um Härten im Gesetz, die scheinbar in wenigen Teilbereichen noch da waren, auch zu entschärfen. So sind die einzelnen Punkte, in einer ganzen Reihe, die ich euch hier ersparen will, gut beraten und gut auch dann vereinbart worden. Der Landes- und Gemeindedienst braucht verlässliche Rahmenbedingungen, die Bediensteten brauchen dabei auch Vertrauen, die getroffenen Vereinbarungen und die getroffenen Änderungen in dem Gesetz sind ein wesentlicher Schritt, auch diese Rahmenbedingungen zu schaffen. Da bedanke ich mich für die gute Vorbereitung, bedanke mich für die guten Beratungen und wünsche und ersuche, dass dieses Gesetz in der Form, wie vorgelegt, auch beschlossen wird. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schenner.

Abg. **Schenner:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Schon die Einleitung des Berichtes ist gespickt mit legistischen Begriffen, trotzdem geht es hier nicht um trockene Materie, vielleicht nur für die, die nichts damit zu tun haben oder davon betroffen sind, sondern es geht um die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes, daher sicher eine wichtige Materie, da ist es auch gut, diese gründlich zu beraten und in den Beratungen auch aufeinander zuzugehen. Es wird einem bei diesen Beratungen auch immer bewusst, dass es einerseits im Land Oberösterreich Gruppen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gibt, deren sozialversicherungsrechtliche Rahmenbedingungen wir nicht selber bestimmen können, sondern die in Wien, im Bund, im Nationalrat festgelegt werden, dass wir andererseits Gruppen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben, die vergleichbare Tätigkeiten ausüben, wie Bedienstete von anderen Gebietskörperschaften, dass sich daher auch dort Vergleichsmöglichkeiten ergeben mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen, die wir ebenfalls nicht beeinflussen können. Kritisch wird es immer dann, wenn irgendwo anders, entweder auf Bundesebene oder in anderen Bundesländern, Regelungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschlechtert werden. Denn dann stellt sich für uns die Frage: Sollen wir da mitziehen oder sollen wir nicht mitziehen? Die Frage stellt sich vielleicht für so einen vulgärneoliberalen Ideologen überhaupt nicht, sondern der sagt, herunter mit den Rechten, die Privilegien sind sowieso nicht mehr zeitgemäß. Sonst gibt es zwei Möglichkeiten darauf zu reagieren, sich nicht zu freuen und trotzdem zähneknirschend diese negativen oder schlechteren Regelungen vom Bund oder von anderen Gebietskörperschaften zu übernehmen, oder, das ist die andere Variante, zu sagen, das Land Oberösterreich soll auch als mitarbeiterfreundliches Unternehmen ein Vorbild sein. Wir machen bei dieser Spirale der Beschneidung von Rechten nach unten nicht mehr mit, wir sagen, Stopp. Wir ziehen nicht mehr mit, weil der Bund Verschlechterungen macht, oder wir ziehen auch nicht mit, wenn andere Länder für ihre Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter schlechtere Rahmenbedingungen vorsehen.

Diese Haltung haben wir, weil wir glauben, dass wir damit nicht nur für die Mitarbeiter des Landes Oberösterreich etwas beitragen können, sondern weil wir diese Salami taktik insgesamt, immer ein Stückchen wegschneiden, damit in ganz Österreich einbremsen können und daher für alle Arbeitnehmerinnen insgesamt, ob sie jetzt beim Land oder bei privaten Dienstgebern beschäftigt sind, einen Beitrag zu einem besseren Umfeld in arbeits- und sozialversicherungsrechtlicher Hinsicht schaffen können.

Wir haben ja schon aufgrund des Geschäftsantrages jetzt mitgeteilt, dass wir einem Großteil des Gesetzes zustimmen, weil es natürlich viele Verbesserungen enthält, wir haben aber auch ganz deutlich gemacht, dass wir den Bestimmungen über die Musikschullehrer, über die Erhöhung der Lehrverpflichtung für die Musikschullehrer keine Zustimmung geben. Be-

gonnen hat ja diese Diskussion um diesen Punkt schon im Jahr 2005, da hat die Regierung mehrheitlich mit den Stimmen von ÖVP und Grünen beschlossen, eine neue Entlohnungsgruppe namens MSL einzuführen und beschlossen, die Lehrverpflichtung von 24 auf 26 Stunden für die ab September 2005 beschäftigten neuen Musikschullehrer zu erhöhen. Wir haben damals in der Regierung schon nicht zugestimmt aus mehreren inhaltlichen Gründen, auf die ich noch eingehen möchte, aber auch aus dem formalen Grund, dass wir geglaubt haben, das ist eigentlich Sache des Landtags, damals hat es geheißen, nein, wir haben ja gar keine eigene Entlohnungsgruppe festgelegt, wir haben nur die Bezeichnung geändert. Es hat auch geheißen, nein, wir haben auch die Lehrverpflichtung nicht erhöht, wir haben das Gehalt so weit gesenkt, dass man dasselbe Gehalt mit 26 Stunden erreicht, was man vorher mit 24 Stunden erreichte. Also, ein legislatischer Trick, aber man hat gesagt, den Landtag brauchen wir nicht dazu und jetzt zwei Jahre später, brauchen wir den Landtag natürlich schon, es muss das, was damals am Landtag vorbei gemacht wurde, hintennach abgesegnet werden. Ein wichtiger formalistischer Grund, aber nicht der wichtigste, der wichtigste ist der inhaltliche Grund, dass wir einfach nicht wollen, dass wir Arbeitszeiterhöhung ohne Lohnausgleich durchführen, dass wir auch nicht wollen, dass wir bei einzelnen Gruppen beginnen, Verschlechterungen einfach zu akzeptieren, denn das ist so eine Art Dammbrech. Irgendwo fängt es an, bei den neu eingetretenen Musikschullehrern beginnt es. Bei welchen Bedienstetengruppen setzt es sich dann fort? Diese Salamataktik machen wir nicht mit, also ein Nein zum Beginn der Salamataktik der Verschlechterung, ein Nein zur Arbeitszeiterhöhung ohne Lohnausgleich. Was man auch noch sagen muss, wir schaffen unterschiedliche Mitarbeitergruppen, nämlich die älteren und die neu eingestellten Musikschullehrer, während die älteren für 24 Stunden ihren Lohn bekommen, bekommen die anderen den gleichen Lohn für 26 Stunden. Was wir sonst immer kritisieren, gleiche Arbeit aber ungleicher Lohn, das schaffen wir da ab und führen wir da ein.

Da haben wir keine Einigung erzielen können, in drei anderen Punkten konnten wir in den konstruktiven Verhandlungen, das möchte ich ausdrücklich betonen, konstruktiven Verhandlungen im Unterausschuss erreichen, dass geplante Veränderungen nicht durchgeführt wurden oder zurückgezogen wurden. Zum Beispiel sollte nach der erstmaligen negativen Dienstbeurteilung bereits die Einreihung der Beamtin oder des Beamten in eine niedrigere Verwendungsgruppe möglich sein. Jetzt fragt man sich, wann gibt es eigentlich eine negative Dienstbeurteilung? Entweder, wenn die Fähigkeiten nicht ausreichen oder die Motivation, man könnte es salopper sagen, entweder der Mitarbeiter kann oder er will nicht. Wenn er nicht kann, dann muss man sich fragen, ist er nicht geeignet gewesen für seine Entlohnungsgruppe als er aufgenommen oder pragmatisiert wurde, dann hat aber nicht er einen Fehler gemacht, sondern derjenige, der ihn damals beurteilt hat, oder er kann später nicht, dann gibt es wieder zwei Möglichkeiten, entweder er hat die Fähigkeiten verloren, das kann ja nur aus gesundheitlichen Gründen sein, da darf es ja keine Verschlechterung geben, oder die andere Möglichkeit, dass sich erst im Nachhinein herausstellt, dass die Einstufung, die vorher gemacht wurde, nicht zugetroffen ist, das hat auch wieder nicht der Mitarbeiter zu vertreten. Also bleibt übrig, er will nicht, wenn jemand nicht will, dann frage ich mich, was es bringen soll, ob er in der einen oder anderen Entlohnungsgruppe tätig ist, er wird in beiden Bereichen nicht wollen, damit wäre eigentlich der ganzen Geschichte überhaupt nicht gedient. Wie ein Arzt, der nicht mehr will, wenn man das so sehen will, als Krankenpfleger arbeiten soll, das kann man sich in der Praxis auch nicht vorstellen, wir sind daher froh, dass diese Vorschläge wieder zurückgezogen wurden.

Ebenfalls sind wir froh, dass die Absicht, dass bei Krankheiten, die länger als 182 Tage gedauert haben, der Monatsbezug auf 85 Prozent reduziert werden soll, auch aufgegeben wurde. Niemand ist vor Krankheit gefeit, gerade wenn man an schweren Krankheiten leidet,

dann hat man nicht nur die psychische und physische Last, sondern man hat auch Mehrausgaben für Medikamente, Diäten usw. und zusätzlich zu dieser Belastung auch noch das Einkommen zu kürzen, hätte unserer Meinung nach die Fürsorgepflicht verletzt. Wir sind daher froh, dass dieser Vorschlag nicht durchgegangen ist. Ebenfalls nicht durchgegangen ist die Schwerarbeiterregelung zu verändern, sondern da haben wir die wie bisher bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen schon früher verankerten Regelungen, die wir bei der oberösterreichischen Pensionsreform ausgehandelt haben, beibehalten.

Veränderungen hat es auch gegeben beim Ersatz der Ausbildungskosten. Es wurde in den Verhandlungen erreicht, dass es eine Bagatellgrenze gibt, dass nicht alle Ausbildungskosten grundsätzlich zurückerstattet werden müssen, wenn das Dienstverhältnis beendet wurde und dass man, bevor man diese Ausbildung durchführt, auch schriftlich darüber informiert wurde, dass es sich hier um eine Ausbildung handelt, für die man später, wenn man den Dienstgeber wechselt und das Land nicht mehr in den Genuss der eigenen Arbeitsleistung kommt, diese Ausbildungskosten refundieren muss.

Wir haben beim Schicht- und Wechseldienst den Begriff mehrwöchiger Durchschnitt für die Feststellung der Erreichung der Wochenstundenzahl präzisiert auf 13 Wochen. Es gibt zwar jetzt den Ruhestand mit 65 ex lege und nicht mehr per Bescheid, aber es gibt trotzdem sechs Monate vorher eine schriftliche Verständigung, damit der Mitarbeiter sich auch entsprechend einrichten kann. Einige Veränderungen hat es auch noch gegeben bei der Treueabgeltung, die wird nicht mehr nach dem Letztbezug gewährt in allen Fällen, was ja gerade bei Teilzeitbeschäftigten ein großer Nachteil gewesen wäre, sondern es wird jetzt festgestellt, ob der Letztbezug oder die hochgerechnete valorisierte Beitragsgrundlage beim letzten Vollverdienst herangezogen wird für die Treueabgeltung.

Die Personalvertretung hat das Dienstrechtsänderungsgesetz 2007 ebenfalls behandelt in der Zeitschrift "Wir Landesbedienstete", unter Info ganz zum Schluss möchte ich den Mag. Alexander Mayrhofer vom LPA-Servicebüro zitieren, er schreibt da ganz am Schluss, dass es bei zwei Bestimmungen zu Änderungen bzw. zu Zurückziehungen gekommen ist: Die Möglichkeit einer Überstellung in die nächst niedrigere Verwendungsgruppe bei nicht zufriedenstellender Dienstbeurteilung auch ohne Zustimmung, sowie die Kürzung des Monatsbezuges auf einen bestimmten Prozentsatz bei länger als sechsmonatiger Dienstverhinderung. Diese Verschlechterungen konnten nach monatelangen Verhandlungen auf Beamtenebene schließlich in konstruktiven Gesprächen auf politischer Ebene verhindert werden. Ich lese aus dieser verklausulierten Formulierung ein verkapptes Lob an unser grundsätzliches Verhalten in den Verhandlungen, nämlich diese Verschlechterungen nicht zu akzeptieren, heraus und ganz ehrlich gesagt, dass die Personalvertretung gesagt hätte, Danke SPÖ, für die Unterstützung, das haben wir ohnehin nicht erwartet. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Trübswasser.

Abg. Trübswasser: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Kollege Schenner, ich kann dich beruhigen, es wurde auch nicht gesagt, Danke Grüne, dass ihr uns unterstützt habt. Ich möchte nur sagen, es hat in den Gesprächen ja parteienübergreifend hier Initiativen gegeben und Argumente, die bewirkt haben, dass das eine oder andere noch geändert wurde. Ich stehe dazu, selbstverständlich, und bin froh, dass hier die Gesprächsbereitschaft seitens des Personalreferenten vorhanden war. Auf eines müssen wir achten, es ist mir schon wichtig zu sagen, die Mehrheit der Landesbediensteten unterliegen anderer sozialrechtlicher Grundlagen, das sind die Vertragsbediensteten, wir müssen auch immer schauen, dass hier halbwegs eine Ausgewogenheit, eine Vergleichbarkeit besteht, weil sonst

haben wir die unselige Privilegiendebatte, wie wir sie in diesem Land schon immer wieder gehabt haben, nicht immer, aber gelegentlich gehabt haben. Eines was mir, wie soll ich sagen, viele, viele Gespräche eingebracht hat, das ist die Frage der Lehrverpflichtung für die Musikschullehrerinnen und –lehrer. Es hat für mich einige Aspekte, die ich hier ganz kurz anreißen möchte.

Erstens einmal denke ich, ist zu beachten, dass die Musikschulen in Oberösterreich eine Dimension erlangt haben, die einerseits für die jungen Menschen in diesem Land ganz wichtig ist, weil ich glaube, es gibt kein anderes Bundesland, das einen derartig hohen Ausbildungsstand, ein derart hohes Niveau im musikalischen Bereich hat wie Oberösterreich. Ich habe erst vor wenigen Tagen in Mauthausen bei der Uraufführung eines Oratoriums gesehen, das von einem Professor Christoph Zech von der Bruckner-Universität geleitet wurde, ein Orchester das zusammengestellt wurde eigentlich im Wesentlichen von Musikschullehrern, AbsolventInnen der Bruckner-Universität, hauptsächlich junge Menschen, das war für mich beeindruckend, wie ein riesen Orchester mit so an die 50 Leute aus dem Stand in Oberösterreich aufgestellt werden konnte. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist, als Kultursprecher oder Kulturpolitiker sehe ich natürlich mit einer gewissen Sorge, dass das immer größer werdende Musikschulwerk jetzt bereits fast 50 Prozent des Kulturbudgets in Anspruch nimmt. Tendenz steigend. Ich glaube, dass wir für die Eingrenzung dieser Kostenexplosion etwas tun müssen. Und jetzt diese Gespräche, Kollege Frais, die ich geführt habe mit Musikschullehrern, und das waren wirklich viele, da ist gesagt worden, wir verstehen, wenn wir die Qualität und den Zugang beibehalten wollen, das andere Argument wäre, wir beschränken soweit den Zugang, er ist eh schon beschränkt, weil die Wartelisten so lang sind, das wird weitgehend von denen, die zumindest zu mir gekommen sind, akzeptiert.

Es gibt da mehrere Modelle. Es gibt auch das Modell, dass man über alle die Erhöhung der Lehrverpflichtung macht mit einer Stunde. Würde wahrscheinlich momentan mehr bringen als um zwei Stunden für die Neueinsteiger. Da gibt es verschiedene Varianten. Es gibt sicherlich auch Varianten was die Fahrtkosten betrifft, hier einzusparen und so weiter. Es wurde dieser Weg gewählt. Und jetzt sage ich eines ganz klar in die Richtung der Kollegen und Kolleginnen von der sozialdemokratischen Fraktion. Ich habe mich dafür eingesetzt, dass wir eine Regelung finden, die, zumindest mit jenen, die mit mir gesprochen haben, jenen Musikschullehrern, akzeptiert wird, mit ihnen akkordiert wird.

In der Zwischenzeit hat es Personalvertretungswahlen gegeben. Und ein wichtiges Thema war die Lehrverpflichtung seitens der sozialdemokratischen Personalvertreter. Und es war eigentlich ein Nullthema. Ich habe mich bemüht in Gesprächen auch mit anderen Personalvertretern, ich habe mit euren Personalvertretern auch gesprochen, (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Wieviel neue Lehrer waren da dabei, Kollege Trübswasser?") bei mir waren nur alte Lehrer, und die haben sich eingesetzt für die (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Nein, die gewählt haben?") Nichterhöhung der Lehrverpflichtung, (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "98 Prozent sind ja gar nicht betroffen!") und jetzt kommt quasi das, was meine Bemühungen dann letztendlich beendet hat, die eigene Personalvertretung, die dieser Regelung zustimmt.

Und da muss ich ehrlich sagen, da fällt es jemanden, der von außen sozusagen für die Musikschullehrer etwas bringen oder für sie etwas erreichen will, fällt es mir relativ schwer in der Argumentation weiter zu tun, wenn gesagt wird, na schaut die Personalvertretungswahlen an, schaut die eigenen Personalvertreter an. Und damit sind jetzt für mich die Verhandlungen beendet gewesen. Ich kann nur eines sagen dazu: Das Argument, das auch vielfach

gebracht wird, wir haben zwei Kategorien von Musikschullehrern. Das ist richtig. Aber wir haben auch zwei Kategorien von Landesbediensteten. Wir haben immer für die, die neu einsteigen, andere rechtliche Bedingungen, andere Voraussetzungen, als die, die schon lange dabei sind. Ich denke, dass das Musikschulwerk Oberösterreich, es wird, glaube ich, nicht die letzte Maßnahme sein, die kostendämpfend wirkt, wobei ich sagen muss, dass die Kostendämpfenden Maßnahmen nicht immer zu Lasten des Unterrichtspersonals gehen müssen. Da gibt es andere Möglichkeiten auch. Ich glaube, dass wir zum Erhalt des Musikschulwerkes insgesamt uns genau überlegen müssen, und da bin ich schon sehr auch bei den Vorschlägen, die der Rechnungshof gemacht hat, dass wir uns genau überlegen müssen, wie wir es weiter entwickeln. Zum Beispiel das strategische Programm Oberösterreich 2010 hat ja auch ein Kapitel über die Musikschulen drinnen. Ich glaube, dass es durchaus spannend ist, nachzudenken, wie sich die Musikschulen insgesamt weiter entwickeln werden. Die Arbeitsbedingungen insgesamt müssen optimal sein. Die Arbeitszeit ist nur ein Teil der gesamten Arbeitsbedingungen. (Beifall.)

Dritte Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Stanek.

Abg. **Stanek:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Kollege Schenner! Ich habe sehr genau zugehört wie du gesprochen hast. Ich habe eigentlich kaum irgend etwas Positives über dieses Gesetz gehört, das heute zur Beschlussfassung aufliegt, sondern es ist nur darüber gesprochen worden, was nicht gut ist und warum die SPÖ einem Teilbereich nicht zustimmt. (Zwischenruf Abg. Schenner: " Da hast aber nicht genau zugehört!") Na ja, es ist dann auch noch gesagt worden, und das und das haben wir herausverhandelt. Es ist zwar kurz einmal angeschnitten worden, dass das Verhandlungsklima recht gut war, aber ich möchte schon betonen, dass grundsätzlich dieses Gesetz mit Ausnahme des Passus, dem ihr jetzt nicht zustimmt, einstimmig abgestimmt werden wird. Davon gehe ich ja nach wie vor aus. Das heißt, es war nicht nur die sozialdemokratische Fraktion, die hier auch Vorschläge eingebracht hat, sondern ich denke, dass in einem sehr konstruktiven Diskussionsprozess dieses Gesetz letztendlich abstimmungsreif verhandelt wurde.

Wenn aber heute nur über die kritischen Punkte dieses Gesetzes gesprochen wurde, dann darf ich schon auch ausdrücklich darauf hinweisen, dass es etliche Regelungen gibt, die für die Menschen, die von diesem Gesetz betroffen sind, wesentliche Vorteile bedeuten. So zum Beispiel das Recht auf Familienhospizfreistellung, auch zur Sterbebegleitung von Wahl- und Pflegeeltern oder zum Beispiel die Verlängerung der Inanspruchnahme eines Karenzurlaubes für die Pflege eines behinderten Kindes. Da könnte ich noch etliche andere Dinge anführen, zum Beispiel die Verlängerung des Maximalzeitraumes der Familienhospizfreistellung zur Betreuung von schwerst erkrankten Kindern usw. Das sind wesentliche Regelungen für die Bediensteten auf Landes- und auf Gemeindeebene.

Den Menschen, die ohnedies schon eine sehr sehr schwierige Situation auf Grund ihrer familiären Lage haben, wesentliche Hilfestellungen leisten. Grundsätzlich ist es eben so, wir leben in einem Land wo es Bundesbedienstete, Landesbedienstete, Gemeindebedienstete gibt, und wo es von der Natur der Sache her Unterschiede auch gibt. Interessant ist ja eines: wenn jetzt kritisiert wird, dass durch die Regelung rund um die Musikschullehrer unterschiedliche Bedienstetengruppen sozusagen geschaffen werden, dass die SPÖ, ich bin sehr froh darüber, aber dass die SPÖ zum Beispiel bei der Neuregelungen des Gehaltsgesetzes, bei der Neuregelung des Pensionsgesetzes überall mitgestimmt hat, wo selbstverständlich alle neu zum Beispiel in den Landesdienst eintretenden Bediensteten auch völlig neue Regelungen gegenüber den bisherigen Bediensteten haben. Und da war das offensichtlich kein

Diskussionsthema. Wenn die SPÖ hier wirklich einen konsequenten Weg gehen würde, dann hätte sie bei diesen Gesetzen logischer Weise auch nicht zustimmen dürfen.

Grundsätzlich ist es für mich demokratiepolitisch schon auch fraglich, dass ich sage, wir stimmen über ein Gesetz ab, dort, wo die Rosinen drinnen sind, da stimmen wir mit, und dort, wo es kritischere Punkte gibt, da nehmen wir uns heraus. Ich habe die absolute Grundeinstellung zur Politik, dass es unsere Aufgabe ist, dass wir zukunftsorientierte Entscheidungen in hoher Verantwortung den Menschen in diesem Land gegenüber zu treffen haben. Und wenn man sich nur aus populistischen Gründen immer wieder bei gewissen Dingen herausnimmt, und glaubt, damit politisches Kleingeld machen zu können, dann ist das meines Erachtens ein Verhalten, das ich als Abgeordneter wirklich höchst fragwürdig empfinde. Ich würde mir erwarten, dass in Wahrnehmung der Verantwortung hier eine ernsthaftere Diskussion an den Tag gelegt wird, weil ich glaube, dass dieses Gesetz oder dieses Gesamtgesetzeswerk ein sehr gutes ist, dass hier zukunftsweisende und richtige Entscheidungen für unsere Bediensteten auf Landes- und auf Gemeindeebene getroffen werden. (Beifall.)

Dritte Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Abgeordnete Stanek hat es eigentlich recht gut formuliert. Verantwortung tragen ist etwas anderes als sich nur die Zuckerl heraus zu suchen, dort dafür zu sein, und bei Veränderungen, die eben Veränderung bedeuten, es nicht mitzutragen. Veränderung ist notwendig. Ich glaube, wenn wir das Gute erhalten wollen, dann müssen wir ständig bereit sein, die Situation anzupassen. Ich vergleiche das immer mit meinen Bäumen im Garten, die ich von Zeit zu Zeit zurechtstutze, nicht unten abschneide, sondern die Äste wegschneide, die in die falsche Richtung wachsen, und damit sicherstelle, dass sie auch zukünftig entsprechend gut gedeihen werden.

Wir leben in einer Zeit, wo Veränderung notwendig ist. Wir haben Aufforderungen des Rechnungshofes, dass wir uns anpassen müssen, dass Veränderung gesetzt wird. Ich bedauere es natürlich im Sinne der SPÖ, dass sie von der Personalvertretung nicht gelobt worden ist. Das tut mir im Herzen weh. Ich halte das fast nicht aus. Aber vielleicht hat es auch etwas mit Vertrauenswürdigkeit zu tun. Wenn man immer nur vorgibt, etwas zu schützen ohne die Gesamtverantwortung zu sehen, dann hat man vielleicht doch nicht die Vertrauenswürdigkeit, die man hat, wenn man sich ernsthaft mit der Situation und der Entwicklung auseinander setzt.

Daher bedanke ich mich als verantwortliches Regierungsmitglied bei denen, die nicht nur mitdiskutiert haben, sondern auch mittragen, dezidiert bei den Grünen und bei den Freiheitlichen in dieser Frage, dass sie es auch mittragen, in der Gesamtheit mittragen, und sich nicht nur die Zuckerl heraussuchen, die Sie eben scheinbar herausverhandelt haben. Ob es gescheit ist oder nicht gescheit ist, ich bin mittlerweile so alt, dass ich weiß, dass es sich nicht auszahlt, dass man um jede Kleinigkeit streitet. Daher habe ich eine gewisse Großzügigkeit in mir. Ich glaube aber, dass es schon Gesamtverantwortung bedeutet, dass man es auch immer wieder beurteilt.

Ich nutze die Gelegenheit, um dem Musikschulwerk zu gratulieren. Die feiern in diesen Tagen das dreißigjährige Gründungsjubiläum. Ein Kind des Altlandeshauptmannes und ehemaligen Kulturreferenten Dr. Pühringer, (Zwischenruf Abg. Mag. Gumpinger: "Ratzenböck!") Dr. Ratzenböck. Man möge es mir verzeihen. (Zwischenruf Abg. Präsidentin Weichsler: "Lan-

deshauptmann Pühringer müsste dir verzeihen, nicht wir!") Josef Pühringer ist jetzt Kulturreferent und hat das Musikschulwerk gut weiterentwickelt. Es wird mir niemand unterstellen, dass ich meinen langjährigen Freund, Wegbegleiter und Förderer Dr. Ratzenböck irgendwo in der Ehre beschneiden würde.

Ich meinte natürlich den Dr. Ratzenböck, der das Musikschulwerk gegründet hat, das sich derart gut entwickelt hat, heute über 55.000 Schüler hat, aber halt auch viel Geld kostet. Das muss man in Klammer dazu sagen. Der Herr Abgeordnete Trübswasser hat es ja beschrieben, wo er sagt, ungefähr die Hälfte des Kulturbudgets fließt dort hinein. Jeder Euro ist richtig investiert. Das Ergebnis ist ein gut sichtbares. Da können wir drauf stolz sein. Und trotzdem müssen wir die Verantwortung wahrnehmen, dass wir auch zukünftig die Finanzierbarkeit sichern. Und daher glauben wir, dass wir moderat vorgegangen sind, indem wir die Stundenverpflichtung bei denen, die noch nicht bei uns sind, die die Bedingungen noch zur Kenntnis nehmen können oder unter diesen Bedingungen halt nicht zu uns kommen müssen, dass wir unter diesen Bedingungen die Stundenerhöhung vorgenommen haben.

Wir haben uns den Österreichdurchschnitt angesehen. Es gibt Länder, wo man mehr unterrichten muss als bei uns, und es gibt Länder, wo man weniger unterrichten muss. Wir sind immer dafür, dass wir ziemlich die Mitte erreichen. Die Stundenverpflichtung bei den Musikschullehrern hat sich einmal an den Volksschullehrern orientiert. Dort darf man aber in Klammer dazu sagen, die Vorbereitungszeit für einen Musikschullehrer ist wahrscheinlich nicht vergleichbar mit der eines Volksschullehrers. Dafür muss man wieder anerkennen, dass die Stunden in einer anderen Zeit gebracht werden müssen als der Volksschullehrer die Stunden bringt. In Summe ist ein Vergleich zulässig. Es ist aber auch ganz in Ordnung, dass man hier die Stundenverpflichtung etwas erhöht, damit die Finanzierbarkeit sicherstellt und auch mehr Kindern ermöglicht, dass sie im Musikschulwesen unterrichtet werden können. Immerhin haben wir auch Wartelisten.

Und die Bedingung ist eine klare für die Neuen. Mir wäre es lieber gewesen, wenn man die Stundenerhöhung für alle gemacht hätte. Das war ein Kompromiss, dass man es für die Neuen gemacht hat. Und es ist x-mal schon bewiesen worden, dass halt für neue Mitarbeiter ein wenig andere Rahmenbedingungen gelten. Das haben auch die alten Mitarbeiter, die heute 40 Jahre Dienstjubiläum feiern, einmal zur Kenntnis nehmen müssen, dass sie zu schlechteren Bedingungen in den Landesdienst eingestiegen sind. Das war nicht immer so, dass der öffentliche Dienst so attraktiv war. Und daher muss man auch zur Kenntnis nehmen, dass jede Zeit ihre Regelungen hat.

Bei der Personalvertretung bedanke ich mich dezidiert. Das zeigt Verantwortungsbewusstsein, dass sie mittragen, und freue mich natürlich, dass meine Fraktion, die hier mitgetragen hat, gegen eine andere Fraktion, die nur polemisiert hat, dass diese Fraktion, die mitgetragen hat auch bei der Personalvertretungswahl gewählt worden ist, sogar gewonnen hat. Das zeigt mir, dass Verantwortungsbewusstsein auch von den Damen und Herren Lehrerinnen und Lehrern akzeptiert wird. Dass die anerkennen, dass die Verantwortung wahrgenommen wird. (Beifall.) Daher ein dezidiertes Dank an den Mag. Paul Schürz, der der Verantwortliche ist, mit seinen Damen und Herren der Personalvertretung, dass sie auch mittragen und sagen, das gefällt uns zwar nicht, aber wir nehmen die Gesamtverantwortung wahr.

Und abschließend noch ein paar Bemerkungen zur Dienstbeurteilung und zu solchen Dingen. Ja, ich weiß natürlich, dass Dienstbeurteilungen von Menschen gemacht werden. Ich weiß auch, und hab genügend Dienstbeurteilungen schon gesehen, dass hier manchmal Zweifel angebracht sind. Sogar bei den Neuaufnahmen erleben wir das in den Kommissio-

nen, dass in einer Dienststelle beim Vorstellungsgespräch ein Sehr gut gegeben wird, und die gleiche Person in einer anderen Dienststelle weniger gut ist. Das gibt es. Das wird von Menschen beeinflusst. Und so ist es auch bei den Dienstbeurteilungen. Das macht keine Maschine. Das machen Menschen. Und es werden auch Fehler gemacht. Da bekomme ich Dienstbeurteilungen auf den Tisch mit Ausgezeichnet, Sehr gut, Ausgezeichnet wenn es geht, und in einem halben Jahr bekomme ich von dem, der beurteilt hat, den dringenden Wunsch, ich möge die Abteilung von diesem Mitarbeiter befreien, weil sie ihn nicht mehr aushalten. Da frage ich mich auch manchmal.

Darum habe ich sehr darauf gedrängt, dass die Frage der Dienstbeurteilung grundsätzlich verändert wird, weil das einfach keinen Sinn hat, wenn ich feststellen muss, dass 99,6 Prozent der Akademiker im Landesdienst mit Ausgezeichnet oder Sehr gut beurteilt sind. Das ist ein Schmarren. Das ist ein Unsinn. Das gibt es nicht. Ich brauche ja auch keine ausgezeichnete Beurteilung. Ich brauche nur eine Beurteilung, die lautet, der Mitarbeiter entspricht oder er entspricht nicht. Ob er dann sehr gut oder gut oder mittelgut entspricht, er entspricht oder er entspricht nicht. Wenn er entspricht, dann entspricht er. Und wenn er nicht entspricht, dann sind Konsequenzen zu ziehen, ist die Kündigung einzuleiten, sind Maßnahmen zu setzen. Sonst gar nichts. Das tut jeder normale Mensch auf der Welt, und das müssen wir auch so sehen, wenn wir haben wollen, dass wir auf Dauer akzeptiert werden. Wir müssen uns dort orientieren, wo die Mehrheit der Arbeitnehmer ist, nämlich die Privatangestellten. Wir haben im Landesdienst drei Viertel nicht pragmatisierte, für die gilt das Angestelltengesetz, und ein Viertel öffentlich-rechtliche Bedienstete, die haben lauter Ausnahmeregelungen. Und mein Bestreben ist es, das Viertel dort hin zu bringen, wo die drei Viertel selbstverständlich sind. Die Mehrheit der Oberöreicher muss mit dem Privatangestelltenrecht zurecht kommen. Und ausschließlich dort orientiere ich mich.

Ich will haben, dass es gerecht abläuft im Landesdienst, ich möchte aber auch haben, dass wir leistungsmäßig dorthin kommen, wo vergleichbare gute Dienstleistungsunternehmen bisher angekommen sind. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall.)

Dritte Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abg. Schenner. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl: "Zu einer tatsächlichen Berichtigung!")

Abg. **Schenner:** Keine tatsächliche Berichtigung, sondern eine Wortmeldung. Noch eine Wortmeldung. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl: "Ich würde dich nie berichtigen!") Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mich nicht beklagt bei der Personalvertretung, ganz im Gegenteil. Ich habe nur zitiert, und den letzten Satz zitiere ich noch einmal, "diese Verschlechterungen konnten nach monatelangen Verhandlungen auf Beamtenebene schließlich in konstruktiven Gesprächen auf politischer Ebene verhindert werden". Aus dem schließe ich, dass die Personalvertretung der Meinung war, dass es sich dabei um Verschlechterungen gehandelt hat und dass sie froh ist, dass diese Verschlechterungen verhindert worden sind. Und das betrachte ich auch als Lob, dass wir der Meinung waren, dass es Verschlechterungen sind und dass sie zu verhindern wären. Von der Personalvertretung, habe ich gesagt, habe ich kein Lob erwartet.

Ich habe ja auch von den beiden Debattenrednern, von dir Wolfgang und von dir, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, auch nicht erwartet, dass du die Dinge genau so dargestellt hast wie sie waren, sondern so, wie sie besser in die Polemik passen. (Beifall) Denn natürlich ist es so, dass es manche Zweigerl gegeben hat, wo auch wir zwar nicht ganz so hundertprozentig überzeugt waren, (Zwischenruf Abg. Stanek: "Das ist das Problem!") dass sie

in die falsche Richtung wachsen, aber wo wir gesagt haben, okay, das können wir uns vorstellen, dass man das kappt; also zum Beispiel den Bezugsentfall bei ungerechtfertigter Abwesenheit schon ab dem ersten Tag oder dass eine Krankheit den Urlaub nur unterbricht, wenn sie mindestens drei Tage dauert und nicht nur einen. Also, es sind keineswegs nur Dinge gewesen, die zum Positiven gewesen sind, wo wir gesagt haben, wir stimmen mit.

Aber all das hat eine Grenze, und die Grenze ist dort eingetreten, wo man die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich erhöht hat. Das gibt es auch in der Privatwirtschaft nicht. Das mit den Musikschullehrern, da war für uns die Grenze. Wofür die Verantwortung da, die da so oft genannt wurde, übernommen wurde, das weiß ich nicht. Aber wenn wir dafür, dass wir die Verantwortung für das Wohlergehen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes übernehmen, und wenn wir dafür, dass wir gegen Verschlechterungen heftig eintreten, als Populisten geziehen werden, dann bin ich gerne eine Populist. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Herr Klubobmann Fraiss hat sich zu Wort gemeldet.

Abg. Dr. Fraiss: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Kollege Hiesl hat jetzt seine Pflichtübung abgeliefert, die SPÖ als Populist zu bezeichnen, (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl: "Mit Überzeugung!") man kennt mittlerweile schon eure Sprüchlein in ganz Oberösterreich. Es geht nur, Kollege Hiesl, und jetzt rede ich dich als ÖAAB-Obmann an, um eine Kernfrage und die versteckt sich hinter dieser Musikschullehrerfrage. Wenn ich deiner Logik folge: weil das Musikschulwerk immer größer geworden ist, müssen automatisch jetzt die Musikschullehrer mehr arbeiten, muss eine Maßnahme erfolgen. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl: "Weil es einen Österreich-Durchschnitt gibt, habe ich gesagt!") Und eine Konsequenz daraus ist, dass die Lehrverpflichtung von 24 auf 26 Stunden erhöht wird. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl: "Du hast mich nicht richtig interpretiert!") Ich zitiere dich ganz wörtlich. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl: "Österreich-Durchschnitt habe ich gesagt!") Ich zitiere dich, wir reden von Oberösterreich, von 24 auf 26.

Wenn ich deiner Logik folge bedeutet das, dass bei allen Pflegeheimen, die in Hinkunft viel mehr Personal brauchen werden, wir sagen: das ist schon recht schön und gut, aber das kostet uns zu viel, darum, liebe Leute, ihr kriegt halt entweder weniger Gehalt oder, wenn ihr das nicht wollt, müsst ihr länger arbeiten. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl: "Mit der Logik kann ich nichts anfangen!") Wenn der Billa-Markt in Hinkunft erklärt, wir machen mehrere Filialen auf, dann müssen wir unsere Leute besser streuen, weil das gesamte Billa-Werk, wie bei uns das Musikschulwerk, ohne jetzt einen inhaltlichen Vergleich anzustreben, größer wird, müssen wir Maßnahmen setzen. Und dann machen wir es halt so, dass wir sagen, müsst ihr halt ein paar Stunden mehr arbeiten. (Zwischenruf Abg. Präsidentin Orthner: "Das ist populistisch!")

Das ist es, das ist ja genau das Problem, dass du nichts anfangen kannst damit und warum uns wir da unterscheiden. (Beifall) Weil wir der Meinung sind, Kollege Hiesl, weil wir der Meinung sind, dass auch die Politik die Verantwortung trägt, für ihr Musikschulwerk die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen. Da kann ich nicht sagen, wie eine Abstimmung ausgegangen ist. Denn wenn 95, 98 Prozent derjenigen, die nicht betroffen sind, dort abstimmen, weil die noch in einem alten Dienstvertrag drinnen sind, ist das nicht unbedingt ein Ergebnisausdruck dafür, was wir jetzt diskutieren. Wir reden jetzt über die paar Jungen, die seit Herbst des letzten Jahres eingestellt worden sind.

Uns geht es darum, wir wollen ganz konsequente Überlegungen. Wenn wir immer nachhaltige Politik sagen, müssen wir überlegen, wie wir für unsere Menschen nicht 42 Wochenstunden daraus machen, sondern darüber diskutieren, wie man allenfalls Veränderungen positiv gestalten kann. Das ist das, was du ja sonst nie machst, und das hat uns so irritiert dabei, dass man einfach nichts anderes macht als sagt, zwei Stunden länger arbeiten. Und du hast es ganz richtig gesagt, man hat früher die Volksschullehrer als Vergleich gehabt, und man hat im Grund gesehen, okay, da gibt es von mir aus weniger Vorbereitungszeit, dafür längere Fahrzeiten, die gegenüber einem Volksschullehrer jedenfalls vorhanden sind, was Musikschulen betrifft. Jetzt sind wir aber schon auf 26 Stunden. Und was ist, wenn das Musikschulwerk wächst, größer wird? Folgt das nächste Mal, dass wir dann sagen, 28 Stunden. Kollege Hiesl, das ist das, was wir nicht wollen.

Wir wollen nicht eine Anpassung im Negativen haben, sondern wir wollen sagen, was ist es der Gesellschaft wert? Und darum führen wir so viele Diskussionen darüber, was liefern jene Wirtschaftsbetriebe an Gewinnen nicht ab für die öffentliche Hand, damit wir uns ein Musikschulwerk leisten können, ohne dass wir die Musikschullehrer schädigen auf die Art und Weise, sondern dass sie den Lohn kriegen, den sie auch verdienen, denn wir würden den älteren Lehrern ja das Geld nicht geben, wenn es unverdienterweise wäre. Und warum kriegen es dann die jüngeren nicht? Das ist es, nicht der Populismus, sondern ein Dambruch, weil wir uns immer wieder an dem Nächsten orientieren. Wenn die Musikschullehrer 26 haben, sollten die Volksschullehrer vielleicht auch zwei Stunden jetzt mehr kriegen? Dafür kriegen die Mittelschullehrer dann zwei Stunden mehr, und dann werden wir kommen und sagen: Jetzt haben wir alle Lehrer erfasst, jetzt haben wir die dort in den Betrieben noch, dann können wir ja auf 42 Stunden übergehen.

Das ist es, was nichts mit Populismus zu tun hat, sondern was letztendlich unsere Aufgabe als Politiker ist, für die arbeitende Bevölkerung einzutreten, du als ÖAAB-Obmann und wir als Sozialdemokraten, danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich mache keine tatsächliche Berichtigung. Ich möchte nur klarstellen, dass ich mit den Schauermärchen leider nichts anfangen kann. Ich nehme als Personalverantwortlicher meine Verantwortung wahr, indem ich dann und wann Anpassungen mache. Ich bedanke mich bei allen, die mich in den letzten zwölf Jahren dabei begleitet haben. Ich glaube, dass der Landesdienst Oberösterreich in Summe gut da steht. Wir haben aber schon in der Vergangenheit dann und wann Anpassungen vorgenommen.

Bei den Musikschullehrern war die Meinung, dass wir den Österreich-Durchschnitt, was die Lehrverpflichtung anbelangt, erreichen möchten, weil das ein Anhaltspunkt ist für uns. Daher haben wir uns dafür eingesetzt. Und als Nebeneffekt erreichen wir, dass das Musikschulwerk damit auf Dauer leichter finanzierbar ist, dass mehr Schüler unterrichtet werden können und dafür haben wir uns eingesetzt, nicht mehr und nicht weniger. Da redet keiner von einer 42-Stunden-Woche oder von einem Dambruch oder von anderen Dingen, sondern von einer punktuellen Anpassung in einem Bereich, wo Veränderung unserer Meinung nach notwendig ist.

Eingeleitet habe ich mit der Gratulation, mit dem Dank an die Verantwortlichen des Musikschulwerkes, mit dem Hinweis, dass das Musikschulwerk sehr, sehr stark gewachsen ist, dass wir viel Geld brauchen, da brauche ich nichts dazu sagen. Ich bekenne mich aber zu

dem, was ich veranlasst habe. Ich habe ja die Regierungsvorlage eingebracht, und ich bin froh, dass sie von der Mehrheit auch mitgetragen wird. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Jetzt ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe diese Wechselrede. Wir kommen nun zur Abstimmung über den Verhandlungsgegenstand. Auf Grund des vorhin gefassten Geschäftsbeschlusses stimmen wir zunächst über Artikel II Z. 1, 33 und 34 ab, das ist die Neuregelung der Lehrverpflichtung der Musikschullehrer. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die Artikel II Z. 1, 33 und 34 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass diese Teile der Beilage 1168/2007 mit Stimmenmehrheit angenommen worden sind.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die übrigen Teile der Beilage 1168/2007. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 1168/2007 mit Ausnahme der Artikel II Z. 1, 33 und 34 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Teil der Beilage 1168/2007 einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 1169/2007, das ist der Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten betreffend das Landesgesetz über die Einforstungsrechte in Oberösterreich (Oö. Einforstungsrechtegesetz - Oö. ERG). Ich bitte Frau Landtagsabgeordnete Martina Pühringer, über die Beilage 1169/2007 zu berichten.

Abg. **Pühringer:** Beilage 1169/2007, das ist der Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten betreffend das Landesgesetz über die Einforstungsrechte in Oberösterreich (Oö. Einforstungsrechtegesetz - Oö. ERG). (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1169/2007.)

Der Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge das Landesgesetz über die Einforstungsrechte in Oberösterreich (Oö. Einforstungsrechtegesetz - Oö. ERG) beschließen.

Dritte Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Pühringer.

Abg. **Pühringer:** Danke, Frau Präsidentin. Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Vor zwei Wochen bekam ich von einer Freundin, die nicht aus dem Salzkammergut kommt, die Frage, was sind Einforstungsrechte? Einforstungsrechte sind Rechte, die man hat nicht auf eigenem Grund. So kurz habe ich der das erklärt. Es war dann noch eine längere Erklärung notwendig. Ich versuche jetzt hier auch, das zu erklären. Ich nehme an, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen alle, was Einforstungsrechte sind.

Ich habe mich hier damit beschäftigt, und es ist ein Spezifikum im Salzkammergut. Hier gibt es die meisten Berechtigten im Land Oberösterreich. Aber warum gibt es Einforstungsrechte? Ich bin zurückgegangen in der Geschichte, 1848 und 1849 wurden die Gerichtsbarkeit und Verwaltungsgrundrechte der Grundherren abgeschafft nach den Bauernaufständen. Und die Bäuerinnen und Bauern wurden damals überall Eigentümer. Bis dahin sind ja Grund und Boden nur Nutzungseigentum der Bauern gewesen und das Obereigentum war in den Händen der Grundherren.

1848 und 1849 war damals die Erneuerung für die Bäuerinnen und Bauern, dass alle Belastungen, Geld-, Natural- und Arbeitsleistungen, beseitigt wurden. Der Staat führte damals, der Kaiser, die Besteuerung des Grund und Bodens ein. Warum haben wir dann das noch im Salzkammergut? Das wurde damals versprochen, aber nicht gehalten. Und zwar, man ist im Zuge der Aufzeichnungen darauf gekommen, da würde hier gerade im inneren Salzkammergut, in dem stark bewaldeten Gebiet ja die Holzzulieferung, die man ja zur Salzgewinnung gebraucht hat, nicht mehr im Staatseigentum sein und wäre damit nicht gesichert. Daher wurde diesen Versprechungen nicht nachgegangen. Auf Grund von Aufzeichnungen und nach Jahrzehnten wurden die Besitzer vormals die Berechtigten eben mit Weiderechten, Holzbezugsrechten und Elementarholzbezug ausgestattet.

Das ist immer ein Zwiespalt in den Nutzungsrechten, das hat sich bis heute überliefert, fast 200 Jahre. Nämlich, es waren und sind da hauptsächlich im Salzkammergut Grundherren, Grundeigentümer die Bundesforste. Aus dieser Überlieferung, dass uns ja das einmal gehört hat, den Bäuerinnen und Bauern, wurden die Bundesforste nicht immer als Partner gesehen. Das hat zu vielen, vielen Differenzen geführt.

Zurückgehend auf das Servitutenpatent, darum auch Servitutsrecht vom 5. Juli 1953, aber genug der Geschichte, gehen wir zur Jetztzeit, Einforstungsrechte berechtigen, so steht es im Gesetz, Eigentümer von Liegenschaften Holz und sonstige Forstprodukte aus einem fremden Wald zu beziehen oder Weiderechte auf fremdem Grund auszuüben. Das führt natürlich zur Nutzungskonkurrenz mit den Grundbesitzern, sprich hauptsächlich mit den Bundesforsten und eben den Berechtigten.

Hier gibt es im Salzkammergut eine Vertretung, weil das Salzkammergut auch den Obmann stellt, das ist so, im Einforstungsverband. Eine Bäuerin aus dem Salzkammergut, wo hat die die ersten Kontakte mit dem Einforstungsrecht? Zuhause als junge Frau, wo unser Vater immer gesagt hat, vergesst ja nicht, ihr habt die Brandklausel. Was ist das? Elementarholzbezug, und das ist auch ein Zeichen, wie wichtig das damals war. Das war, wenn Naturkatastrophen oder eben durch Abbrennen, Brandklausel, wurde durch dieses Recht ein Holzbezug gesichert, obwohl man kein Waldbesitzer war. Das war der erste Kontakt, ist länger her.

Als Abgeordnete waren die ersten Wünsche vom Einforstungsverband sofort einmal, die holen wir uns, wie kennt sich die aus? Wir haben uns auch, und alle dankenswerterweise, wirklich bemüht, auch mit dem Einforstungsverband, dem scheidenden Obmann, Ökonomierat Raimund Schobersberger sei gedankt und dem Herrn Franz Ammering, der jetzt Obmann ist des Einforstungsverbandes, und dem Herrn Geschäftsführer, Mag. Hermann Deimling, hier wirklich immer ein Einvernehmen mit den Grundbesitzern und den Berechtigten zu schaffen. Aus diesem wurde erarbeitet mit Hilfe aller Berechtigten das Einforstungshandbuch Nr. 2. Nachdem das Gesetz ja, auf dem es beruht, von 1953 stammt, hat man hier so einen roten Faden geschaffen. Der hat viel, viel dazu beigetragen, dass es hier ein Miteinander gegeben hat.

In Oberösterreich sind insgesamt 3.200 Liegenschaften vom jährlichen Holzbezug im Ausmaß, was das auch für eine wirtschaftliche Dimension hat, von 55.000 Raummeter Brennholz und 7.500 Festmeter Bau- und Zeugholz berechtigt. 4.100 Liegenschaften haben so genannte Elementarholzbezugsrechte und, was ganz wichtig ist im Wanderland Oberösterreich, in der Region Salzkammergut, auch Weiderechte. Ich bin nämlich davon überzeugt,

Weidrechte und die Bewirtschaftung unserer Almen garantiert auch die wirtschaftliche richtige Nutzung des Waldes, garantiert unser Wanderland Oberösterreich.

Wie gesagt, seit 1953 gilt das Oberösterreichische Wald- und Weideservitutenlandesgesetz, das beruht auf dem Grundsatzgesetz 1933. Dass das natürlich zu überarbeiten war und dem Stand der jetzigen Rechtsprechung gleichzusetzen war, war eine wichtige Vorarbeit zu leisten. Da möchte ich ganz besonders danken dem Herrn Landesrat Stockinger für die Regierungsvorlage. Aber das hat er nicht alleine gemacht, sondern in Zusammenarbeit mit dem Einforstungsverband und mit der Agrarbezirksbehörde, den Waldbesitzern und, ganz besonders vom Agrarsenat herzlichen Dank dem Herrn Dr. Pfeil, der hier uns auch im Unterausschuss Hilfestellung gegeben hat, herzlichen Dank dafür. (Beifall)

Es war an der Zeit nach 54 Jahren, ein neues Gesetz zu machen. Nur hat man gesehen, man kann auch mit Gesetzen, die 54 Jahre alt sind, wenn man miteinander spricht und zusammenarbeitet zum Wohle unserer Landschaft sage ich sehr bewusst unserer Kulturlandschaft, Gutes erreichen. Aber es hat das in Gesetze formiert werden müssen und dass alle, auch die Berechtigten, zu ihrem Recht kommen.

Worum bitte ich alle, die damit zu tun haben? Worum ersuche ich? Dass man hier das Miteinander weiterhin betreibt, dass man zum Wohle unserer Menschen, die in der schönen Kulturlandschaft leben und arbeiten, wir Bäuerinnen und Bauern, dass wir das Miteinander vor das Trennende stellen, dass dieses neue Einforstungsgesetz als Hilfestellung und auch als Absicherung der Berechtigten gilt und weiterhin ein Miteinander, wie das im Land Oberösterreich üblich ist und nicht ein Gegeneinander.

Und herzlichen Dank allen die im Unterausschuss dazu beigetragen haben, dass wir das in einer Unterausschusssitzung zu Ende geführt haben. Herzlichen Dank für die Mitarbeit. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Peutlberger-Naderer.

Abg. Peutlberger-Naderer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen! Ich versuche Wiederholungen zu vermeiden und mich kurz zu halten. Das oberösterreichische Einforstungsrechtsgesetz aus dem Jahr 1953 war renovierungsbedürftig. Die Grundlagen, wie gehört, gehen bis in die Monarchie zurück und auch rechtshistorische Wurzeln reichen bis ins Mittelalter.

Betroffen von den Auswirkungen des nun überarbeiteten Gesetzes sind regional gesehen hauptsächlich das Salzkammergut, das Mondseeland, die Region Pyhrn Eisenwurzen, der Kobernaußerwald und vereinzelte Liegenschaften in den übrigen Landesteilen Oberösterreichs. Die wirtschaftliche Bedeutung dieses Gesetzes liegt, wie schon gehört, im Recht auf Holz- und Streubezug und im Weiderecht. Die Bauern mussten in der Geschichte schon öfter diese Rechte verteidigen und Nutzungskonflikte gab es genug. Dies machte es auch notwendig exakte Festsetzungen zu treffen.

Es gibt mehrere Kommissionen und Vertretungen, die die Aufgabe haben Regulierungen zu finden und Vergleiche zu erzielen. Ich wiederhole nur die Zahlen, also rund 4.100 Liegenschaften in Oberösterreich haben Rechte zum Bezug von Elementarholz, wenn ein Haus oder eine Scheune abbrennt und alles das ist in dem heute vorliegendem Gesetz geregelt. Kernpunkt und Zweck der Einforstungsrechte war seit jeher die ergänzende Deckung des

Haus- und Gutsbedarfes von Liegenschaften, deren Eigentumsfläche allein zur Deckung des Holzbedarfes im Wesentlichen nicht ausreichte. Und die Hochwälder, also die belasteten Liegenschaften, gehören im Wesentlichen der Bundesforste AG.

Die wesentlichen Änderungen in der nun vorliegenden Fassung beziehen sich auf Verwaltungsvereinfachungen und aus der Praxis abgeleitete Regelungen wie Mitbenützung von Wegen durch die Berechtigten. Auch die Übertragung von Einforstungsrechten war neu zu regeln. Die Agrarbehörde kann auf Antrag der berechtigten Partei, auch gegen den Willen der verpflichteten Partei, die gänzliche oder teilweise Übertragung eines Einforstungsrechtes von der bisher berechtigten Liegenschaft auf eine andere bewilligen. Und da war es uns besonders wichtig, diese wirtschaftliche Beurteilung auch so zu regeln, dass ein zusätzliches ökonomisches Standbein gegründet werden kann und das heißt, dass insbesondere die Größe einer Liegenschaft und ihrer Gebäude sowie die Art ihrer Bewirtschaftung zu berücksichtigen ist, also wenn man ein land- und forstwirtschaftliches Nebengewerbe ausüben möchte.

Die Wegeordnung habe ich erwähnt, die wichtigen Punkte, wie das Ablösen und das Bewerten wurden im Unterausschuss mit den Fachkundigen beraten und so können wir diesem überarbeiteten Gesetz heute zustimmen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Brandmayr.

Abg. **Brandmayr:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Damen und Herren! Meine Vorrednerinnen haben bereits dieses Einforstungsrechtgesetz, das neu geschaffen wird, novelliert wird, von den Grundzügen her durchleuchtet und erklärt. Ich darf mich auf drei wesentliche praktische Punkte konzentrieren.

Das Erste ist, die Einforstungsberechtigten haben gewisse Nutzungsrechte, eine gewisse Anzahl von Festmetern, Raummetern, die sie jährlich nützen können. Die vergangenen Sturmschäden bzw. auch Schneebruchschäden haben uns gezeigt, dass diese Aufräumarbeiten sehr schwierig sind und daher wird die Möglichkeit geschaffen, diese Nutzungsrechte, die man hat, auch für längere Jahre im Vorhinein gleich zu nützen. Das heißt, umso rascher geht dann die Aufarbeitung dieser Waldschäden, Schneebruchschäden, Windwurfschäden vor sich. Das ist eine ganz wichtige Maßnahme, die man bisher freiwillig hat machen können und jetzt im Gesetz festgeschrieben ist.

Das Zweite wurde auch besprochen, das Wegerecht. Bisher war dieses Wegerecht gestattet, aber dieses Wegerecht nur zum Transport von Holzfuhrwerken, nicht aber zum Viehtransport. Früher war es eben so, dass das Vieh auf die Almen getrieben wurde. Diese Zeiten sind vorbei. Jetzt werden sie oft mit Viehwägen oder mit Autoanhängern zu den Almen gefahren. Dieses Recht hat es bisher nicht gegeben, das wurde festgeschrieben. Und ich glaube das ist eine ganz wichtige Maßnahme, auch wichtige Maßnahme deswegen, damit die Almen nicht zuwachsen, sondern dass sie in Zukunft auch beweidet werden.

Und das Dritte ist, jene Holzrechte, die sogenannten Einforstungsrechte, die die Grundbesitzer haben, kann man sich aufsparen. Das heißt, ich muss sie nicht jedes Jahr nützen, sondern ich kann sagen in fünf, sechs Jahren habe ich eine größere Baustelle, ein größeres Bauwerk vor mir und ich kann mir diese Nutzungsrechte aufsparen und in einigen Jahren dann als Gesamtmaßnahme nützen.

Das sind drei ganz, ganz wichtige praktische Punkte und ich glaube es ist ein sehr modernes, sinnbringendes, wirkungsvolles Gesetz. Und ich bitte diesem Gesetz die Zustimmung zu geben. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 1169/2007 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 1164/2007, das ist die Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die im Rahmen der geplanten Großinvestitionen bei der Kaisertherme Bad Ischl NfG. & Co. KG und Tassilo Kurbetriebe Bad Hall GmbH NfG & Co. KG (Oö. Thermenoffensive) zu übernehmenden Mehrjahresverpflichtungen und Haftungen sowie die vorzunehmenden Liegenschaftsübertragungen. Ich bitte Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer, in Vertretung Herrn Landesrat Dr. Stockinger über die Beilage 1164/2007 zu berichten.

Landesrat **Dr. Stockinger:** Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die im Rahmen der geplanten Großinvestitionen bei der Kaisertherme Bad Ischl NfG. & Co. KG und Tassilo Kurbetriebe Bad Hall GmbH NfG & Co. KG (Oö. Thermenoffensive) zu übernehmenden Mehrjahresverpflichtungen und Haftungen sowie die vorzunehmenden Liegenschaftsübertragungen. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1164/2007.)

Die Oberösterreichische Landesregierung beantragt, der hohe Landtag möge beschließen:

1. Wegen der besonderen Dringlichkeit wird gemäß § 26 Abs. 5 der Landtagsgeschäftsordnung von der Zuweisung dieser Regierungsvorlage an einen Ausschuss abgesehen.
2. Die Oö. Landesregierung wird ermächtigt, die in der Subbeilage unter Punkt 2. und 3. aufgelisteten Landesliegenschaften in die Oö. Thermen-Immobilien GmbH und die unter Punkt 1. aufgelisteten in die Eurotherme Bad Schallerbach GmbH jeweils unentgeltlich als Sacheinlage einzubringen.
3. Die Gewährung von Gesellschafterzuschüssen aus Mitteln des Landes Oberösterreich an die Oö. Thermen-Immobilien GmbH in Höhe von insgesamt 31 Mio. Euro, zahlbar bis spätestens 31.12.2020, wird genehmigt. Ebenso wird die Übernahme der sich allenfalls aus einer zeitversetzten Hingabe der 31 Mio. Euro ergebenden Zwischenfinanzierungskosten bis längstens 31.12.2020 durch das Land Oberösterreich genehmigt.
4. Die Bereitstellung eines Kostenersatzes für die Pflege des Kurparks in Bad Hall in Höhe von jeweils höchstens 470.000 Euro p.a. auf die Dauer von vorerst 10 Jahren durch das Land Oberösterreich wird genehmigt.
5. Die Oö. Landesregierung wird ermächtigt, für eventuelle Verbindlichkeiten der Oö. Thermenholding GmbH aus dem Andienungsrecht in Höhe von max. 31 Mio. Euro im Rahmen eines zur Finanzierung der Investitionen der Oö. Thermen-Immobilien GmbH vorgesehenen Genussscheinmodells zu Gunsten der Oö. Thermenholding GmbH eine Haftung zu übernehmen, die auch allenfalls nicht geleistete Ausschüttungen aus dem Genussrecht umfasst.
6. Die Oö. Landesregierung wird weiters ermächtigt, für eine von der Oö. Thermen-Immobilien GmbH bis zum Einlangen der Gesellschafterzuschüsse des Landes Oberösterreich gemäß Punkt 3. hereinzunehmende Zwischenfinanzierung in Höhe von maximal 31 Mio. Euro zuzüglich der darauf entfallenden Finanzierungskosten eine Haftung zu übernehmen.

Dritte Präsidentin: Ich teile mit, dass zu diesem Verhandlungsgegenstand ein Zusatzantrag eingelangt ist, den wir Ihnen als Beilage 1178/2007 auf Ihren Plätzen aufgelegt haben. Gemäß den Bestimmungen der Landtagsgeschäftsordnung ist dieser Zusatzantrag in die Wechselrede miteinzubeziehen. Ich eröffne die Wechselrede. Der Herr Abgeordnete Trübswasser ist zu Wort gemeldet.

Abg. **Trübswasser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Ich mache es ganz kurz. Die Begründung des Zusatzantrages, nachdem der Beschluss sehr detailliert ausfällt und auch die Ausgestaltung der Kaisertherme und von Bad Hall, betreffend Wasserattraktionen etc. Ich möchte in einem Satz begründen, warum dieser Zusatzantrag und ich bedanke mich, dass er von drei Fraktionen mitgetragen wird.

Der Zusatzantrag betreffend den barrierefreien Ausbau, Umbau, Neubau aus einem ganz einfachen Grund. Erstens einmal sind das die Erfahrungen die bisher schon waren, die mich nicht zur Gänze vertrauen lassen, was zukünftig mit diesen Investitionen geschieht. Und das Zweite ist, wir haben immer und das ist das große Problem, den Interpretationsspielraum. Was sind Umbauten, was sind Zubauten? Bei Neubauten ist es relativ klar. Wie groß ist der Umfang der Änderungen, der rechtfertigt, dass barrierefrei gebaut werden muss?

Ich bedanke mich bei Direktor Achleitner, dass er das auch schriftlich mitgeteilt hat dem Herrn Landeshauptmann. Aber ich denke doch, dass wenn wir eine so umfangreiche Investition durchführen und Details auch in diesen Landtagsbeschluss hineinnehmen, dass für diesen Auftrag an die GmbH, bei der Durchführung darauf zu achten, dass durchgehend barrierefrei diese Erweiterungs- und Neubauten gemacht werden müssen. Ich danke Ihnen für Ihre Zustimmung. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Moser.

Abg. **Moser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne! Erstens einmal möchte ich festhalten, wenn der Kollege Trübswasser jetzt gemeint hat, der Zusatzantrag ist von drei Fraktionen unterzeichnet worden, dass mit uns niemand über diesen Zusatzantrag Kontakt aufgenommen hat. Das ist meine Information und ist das Erste.

Das Zweite ist, wir werden dem Zusatzantrag zustimmen. Ich frage mich aber jetzt schon, was haben wir in Oberösterreich für eine Gesetzgebung? Wir haben das barrierefreie Bauen. Schreiben wir das jetzt in jedes Gesetz oder bringen wir immer einen Zusatzantrag? Und ich möchte bitte feststellen, und ich glaube das brauche ich da herinnen nicht sagen, dass mir die Anliegen der Behinderten wirklich am Herzen liegen. Darum macht mich jetzt die ganze Angelegenheit zornig. Schreiben wir jetzt jedes Mal hinein in eine Vorlage oder in einen Vertrag, das muss aber auch gendergerecht sein, weil wir haben eigentlich den Beschluss im Oberösterreichischen Landtag, dass die Gesetze geschlechterneutral sind? Schreiben wir jetzt hinein barrierefrei? Ich sage jetzt eines, warum schreiben wir nicht hinein behindertengerecht, weil es gibt auch Sinnesbehinderte, die andere Bedürfnisse haben. Und da fangen wir an jetzt auseinanderzuidividieren und zusätzliche Aufgaben zu machen, so nach dem Motto, es kann ja so sein.

Und ich war jetzt überfordert, ich sage es offen und ehrlich. Ich weiß nicht ob ich richtig liege, Karl Frais: Bist du da im Aufsichtsrat drinnen oder in der Gesellschaft drinnen, stimmt die Information? (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Ja!") Dann muss ich sagen, ich vertraue dir, wir vertrauen dir soweit, dass du in der Gesellschaft schaust, wenn wir so viel Geld in die Hand

nehmen, dass auch barrierefrei gebaut wird. Und vor allem meine Bitte, behindertengerecht und wir werden dem auch zustimmen. Danke.

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Strugl.

Abg. Mag. Strugl: Frau Kollegin Moser! Du hast natürlich Recht. An sich wäre der Zusatzantrag deshalb nicht notwendig, weil es ohnehin eine gesetzliche Verpflichtung ist diese Anlagen barrierefrei zu errichten und diejenigen die damit betraut sind und auch verantwortlich sind haben uns das auch bestätigt, dass das selbstverständlich auch so geplant ist. Ich betrachte den Zusatzantrag, der von der grünen Fraktion initiiert worden ist, mehr als deklaratorischen Zusatz zu diesem Beschluss, weil, du hast ja selber gesagt, das ohnedies gesetzlich vorgeschrieben ist.

Ich möchte nur eines auch hinzufügen, weil ich selber Zeuge davon gewesen bin. Es ist heute vor Beginn der Sitzung auch der FPÖ-Fraktion angeboten worden, diesem Zusatzantrag beizutreten. Da war die Rückmeldung nicht sofort ganz eindeutig, weil zuerst gesagt worden ist, wir haben ja überhaupt mit dem Hauptantrag ein gewisses Problem, dann ist gesagt worden, na ja, aber dem Zusatzantrag können wir zustimmen. Das habe ich mit eigenen Ohren gehört. So ist es also nicht gewesen, dass die freiheitliche Fraktion nicht gefragt worden wäre. Zugegebenermaßen es war relativ knapp. Aber ich denke mir, so komplex ist der Sachverhalt nicht. Man kann sich relativ schnell dafür oder dagegen entscheiden. Die ÖVP-Fraktion wird diesen Zusatzantrag mittragen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Bei der Abstimmung werden wir so vorgehen, dass wir zunächst den Hauptantrag, das ist die Beilage 1164/2007 und sodann über den Zusatzantrag Beschluss fassen werden. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 1164/2007 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Zusatzantrag mit der Beilagennummer 1178/2007 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Zusatzantrag einstimmig angenommen worden ist. Ich stelle zusammenfassend fest, dass die Beilage 1164/2007 in der Fassung der Beilage 1178/2007 beschlossen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 1171/2007, das ist der Initiativantrag betreffend den Abschluss eines Finanzierungsübereinkommens für die zu errichtende Verbindung der Mühlkreisbahn mit dem Hauptbahnhof Linz. Ich bitte Herrn Landtagsabgeordneten Helmut Kapeller über die Beilage 1171/2007 betreffend den Abschluss eines Finanzierungsübereinkommens für die zu errichtende Verbindung der Mühlkreisbahn mit dem Hauptbahnhof Linz (City-S-Bahn) zu berichten.

Abg. Kapeller: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Initiativantrag betreffend den Abschluss eines Finanzierungsübereinkommens für die zu errichtende Verbindung der Mühlkreisbahn mit dem Hauptbahnhof Linz.

Der Oö. Landtag ersucht die Oö. Landesregierung, in Abstimmung mit der Stadt Linz mit der Bundesregierung in Verhandlungen einzutreten, um ein Finanzierungsübereinkommen für die zu errichtende Bahnverbindung der Mühlkreisbahn mit dem Hauptbahnhof Linz (City-S-

Bahn) abzuschließen. (Die Erste Präsidentin übernimmt den Vorsitz.) Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

Erste Präsidentin: Danke für die Berichtserstattung. Ich eröffne die Wechselrede. Es ist niemand zu Wort gemeldet. Dann lasse ich abstimmen und bitte die Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 1171/2007 betreffend den Abschluss eines Finanzierungsübereinkommens für die zu errichtende Verbindung der Mühlkreisbahn mit dem Hauptbahnhof Linz (City-S-Bahn) zustimmen ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Dann beraten wir die Beilage 1172/2007, das ist der Initiativantrag betreffend eine Novelle des Ökostromgesetzes. Da bitte ich die Frau Kollegin Schwarz zu berichten.

Abg. **Schwarz:** Gerne übernehme ich die Berichterstattung zum Antrag 1172/2007 betreffend eine Novelle des Ökostromgesetzes. Im Wesentlichen ist ja schon alles gesagt worden. Ich möchte nur nochmals betonen, die neue Österreichische Ökostromregelung sollte sich in ihren tragenden Prinzipien an den mittlerweile auch in der Praxis bewährten deutschen Regelungen im "Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien" orientieren. Wesentliche Punkte dieser mittlerweile von über 40 Ländern übernommenen Ökostromregelung sind: langfristige Tarifgarantie für die Betreiber von Ökostromanlagen, jährliche degressive Tarife für neue Anlagen, um die Technologie bis zum Jahr 2020 an die Marktreife heranzuführen, Deckelung der Kostenbelastung für besonders energieintensive Betriebe im Rahmen des festzulegenden Aufbringungs- und Tarifsystems, genau festgelegte Effizienzkriterien für die Umsetzung der einzelnen Projekte. Ich bitte um Ihre Zustimmung für diesen inhaltlichen Antrag.

Erste Präsidentin: Danke für die Berichterstattung. Wünscht jemand das Wort? Dann eröffne ich die Wechselrede mit dem Herrn Landesrat Dr. Stockinger.

Landesrat **Dr. Stockinger:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Entwicklung von neuen Technologien – und es geht gerade auch im Energiebereich um Zukunftstechnologien – sind Berechenbarkeit der Rahmenbedingungen, Nachhaltigkeit und klare Prinzipien in der Förderung besonders wichtig und wir sind gut beraten in Oberösterreich, wenn wir hier sehr konsequent auf diese Zukunftsschienen setzen. In den letzten Monaten gibt uns ja weltweit die Entwicklung Recht, wenn ich denke, dass wir etwa mit unserem Programm zur Biomassenutzung rundum bestätigt werden. Ich glaube, da ist es auch notwendig, weil das heute schon einem diskutiert worden ist, über Biomasse und Fernwärme, Nahwärmeversorgung hier nicht kleinkrämerisch zu taktieren und dies zum Gegenstand politischer Kleinkrämerie zu machen, auch wenn sie in Kontrollberichten drinnen stehen, sondern den Mut zu haben, konsequent in die Zukunft zu gehen. Und ähnlich ist es beim Ökostromgesetz, da hat es in den letzten Monaten Fehler gegeben auf Bundesebene. Da ist eine hoffungsvolle Entwicklung, die wir in Oberösterreich besonders unterstützt haben, durch eine unglückselige Novelle gebremst worden. Angesichts der internationalen Entwicklung, vor allem auch der neuen EU-Rahmen, ist erfreulicher Weise beim Klimaschutzgipfel auf Bundesebene hier eine Kehrtwende, ein Umdenken klar als Ergebnis fixiert worden und ich glaube, dass unser heutiger Appell an die Bundesregierung in Richtung der Prinzipien für das neue Ökostromgesetz ein wichtiger inhaltlicher Beitrag ist nachdem Gott sei Dank der Würfel in Richtung Neuformulierung der Ökostromrichtlinien bereits gefallen ist. Ich würde mir wünschen, dass das hier jetzt sehr schnell geht, denn wir haben einen Vorsprung zu verteidigen in machen Bereichen und wir haben die Chance mit der Ökonomie gesamtwirtschaftlich zu punkten, nicht nur im Klimaschutz zu punkten, nicht nur der Landwirtschaft neue Alternativen zu geben, nicht nur regionalwirtschaftlich und umweltpolitisch zu

punkten, sondern in Wirklichkeit ein gesamtwirtschaftliches, volkswirtschaftliches Konzept für unser Land daraus zu machen und daher ist als wichtiger Baustein die neue Ökostromregelung besonders vordringlich und ich hoffe, dass die Bundesregierung alle Kräfte, die sich da bemühen, die Parteien, die Interessensgruppen, vor allem auch die Sozialpartner, die sind zum Teil an der Wiege der unglückseligen Lösung letztes Mal gestanden, dass es hier zu einem schnellen Umdenken und zu einer schnellen Reparatur kommt. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke! Nächster Redner ist Herr Landesrat Anschöber.

Landesrat **Anschöber:** Geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die letzten paar Monate haben sehr wohl jedem, der regelmäßig Zeitungen liest, Nachrichten hört und manchmal den Fuß vor die Haustür setzt gezeigt, dass es keine apokalyptischen Verschwörungen sind, keine Angstmacherei, keine Verliebtheit in Katastrophenszenarien oder sonst etwas, wenn davon gesprochen wird, dass wir in einer sehr, sehr ernst zu nehmenden Situation sind, was die Klimaveränderung betrifft, denn seit Oktober des vergangenen Jahres jagt eigentlich eine Alarmprognose die andere, was die Auswirkungen, die Dramatik, das Tempo, und die nur mehr sehr kurz vorhandene Zeit betrifft, um die Klimaveränderungen tatsächlich zu begrenzen. Und neben diesen intellektuellen Botschaften hat es sozusagen die Botschaft für den Bauch gegeben. Die Botschaft für den Bauch, die seit acht Monaten lautet "beim Wetter stimmt irgend etwas nicht mehr" und wenn Sie sich etwa mit mir einmal den April in Erinnerung rufen oder den gesamten Winter, der kein Winter war, dann zeigt das als Einzelerlebnis eigentlich noch gar nichts, denn ein Einzelergebnis und –erlebnis ist nie ein Beweis für eine langfristige Veränderung, aber es ist eine Bestätigung aller Trends, die von den Wissenschaftlern prognostiziert werden, dass es spürbar wärmer wird, dass damit die extremen Witterungssituationen dramatisch zunehmen, dass die Schäden dramatisch zunehmen und wer das jetzt noch nicht begriffen hat, dem ist eigentlich nicht zu helfen. Und wir haben eine Möglichkeit die Klimaveränderung tatsächlich zu begrenzen, nicht zu stoppen, zu begrenzen und zwar wegzukommen schrittweise von den fossilen Energieträgern hinzukommen zur Energieeffizienz und zu den erneuerbaren Energieträgern. Da sind wir in Oberösterreich europaweit, meine sehr verehrten Damen und Herren, da können wir durchaus stolz sein, nach Schweden die Nummer zwei mit einem Anteil von 29 Prozent erneuerbarer Energie am Gesamtenergieverbrauch. Aber da hat sich in den letzten zwölf Monaten eine schwierige Situation dadurch ergeben, dass bei uns mittlerweile Duzende Projekte für Ökostromanlagen von den unterschiedlichsten Investoren und Betreibern auf Eis liegen, weil seit einem Jahr die entsprechende bundes-gesetzliche Rahmensituation schlecht ist, dramatisch verschlechtert wurde, Und genau darum geht es, jetzt eine Allianz der Klimaschützerinnen und Klimaschützer mit der Wirtschaft und mit jenen, die für den Arbeitsmarkt etwas tun wollen, zu schmieden, damit wir die Wirtschaftspotentiale, die es im Bereich der erneuerbaren Energieträger und deren Errichtung gibt, auch tatsächlich nützen. Und wir haben in Oberösterreich 150 Firmen, die in diesem Bereich tätig sind, die haben etwa im letzten Jahr 1,6 Milliarden Euro Umsatz erzielt, Tausende Beschäftigte mittlerweile, das heißt, hier sind wir längst aus der Nische heraußen, auch wirtschaftlichpolitisch und arbeitsmarktpolitisch gesehen und in einem boomenden Wirtschaftszweig. Der angesehene Unternehmensberater Roland Berger war erst vor drei Wochen in Deutschland, der festgestellt hat, wenn das Tempo so anhält und sich der Trend so fortsetzt, dann wird in Deutschland die Ökoindustrie im Jahr 2020 die Automobilindustrie und den Maschinenbau als den stärksten Industriezweig überholt haben und damit zur wichtigsten Arbeitsmarktsäule Deutschlands werden. Das zeigt uns, welche Potentiale wir haben in diesem Bereich, was wir einerseits tun müssen aus ökologischer Verantwortung heraus für unsere Kinder und Kindeskiner und was wir andererseits an ökonomischen Chancen tatsächlich ja nützen können. Und ich bin deswegen sehr, sehr froh, dass es hier grundsätzlich einen Konsens, zumindest einen sehr

breiten Konsens gibt. Ich danke dafür, dass es diese Initiative des Oberösterreichischen Landtages gibt nach Wien und ich hoffe sehr darauf, dass wir erfolgreich sind und dass wir noch im heurigen Jahr eine Reparatur dieses misslungenen Gesetzes erreichen können, damit die Weichen weiter gestellt werden für mehr Ökostrom, damit für weniger CO₂-Emissionen und gleichzeitig für mehr Arbeitsplätze in einer tatsächlichen Zukunftsbranche. Herzlichen Dank! (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke! Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, dann schließe ich die Wechselrede und lasse abstimmen und bitte Sie, wenn Sie dem Antrag zur Beilage 1172/2007 betreffend eine Novelle des Ökostromgesetzes zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen worden.

Ich möchte Ihnen mitteilen, dass im Verlauf dieser Sitzung folgende Anträge eingelangt sind: 1179/2007, ein Initiativantrag betreffend einen 5-Punkte-Plan zur Vorbeugung gegen Kindesvernachlässigung und 1187/2007, ein Initiativantrag betreffend ein Konzept für einen bedarfsgerechten Personaleinsatz in der Jugendwohlfahrt. Diese Beilagen werden dem gemischten Ausschuss, dem Sozialausschuss und dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorbereitung zugewiesen.

Die Beilage 1180/2007, das ist ein Initiativantrag betreffend eine Novelle zum Bundesgesetz über die Prüfung der Umweltverträglichkeit (Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 – UVP-G 2000), diese Beilage wird dem Ausschuss für Umweltangelegenheiten zugewiesen.

Beilage 1181/2007, Initiativantrag betreffend die Abschiebung krimineller Asylwerber und 1182/2007, ein Initiativantrag betreffend eine Novelle des Oö. Leichenbestattungsgesetzes 1985, beide Beilagen erhält der Sozialausschuss zur Vorberatung.

1183/2007, Initiativantrag betreffend Finanzierung der medizinischen Ausbildung in Linz, diese Beilage erhält der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Beratung.

Die Beilage 1184/2007, das ist ein Initiativantrag betreffend ein Übereinkommen, mit dem der Bau des Linzer Westrings abgesichert werden soll, diese Beilage wird dem Ausschuss für Verkehrsangelegenheiten zur Vorbereitung zugewiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und die Sitzung geschlossen.

(Ende der Sitzung: 14.12 Uhr)